



Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2008

Federführend ist das Innenministerium

Inhalt

I. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	5
1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle	5
2 Verarbeitung personenbezogener Daten	6
3 Organisation, Personal, Haushalt.....	7
4 Mitwirkungsaufgaben der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren..	7
5 Wirtschaftsschutz und Spionageabwehr	8
6 Geheimschutz und Zuverlässigkeitsüberprüfungen	10
II. RECHTSEXTREMISMUS.....	12
1 Überblick	12
2 Schwerpunkte	15
2.1 Teilnahme der NPD an der schleswig-holsteinischen Kommunalwahl	15
2.1.1 Wahlergebnisse	15
2.1.2 Hintergründe der Wahlteilnahme	16
2.1.3 Wahlkampf	17
2.1.4 Tätigkeit in den kommunalen Vertretungen	19
2.2 Streit zwischen „Freien Nationalisten“ und dem NPD-Parteivorstand	20
2.3 Zunehmende Bedeutung elektronischer Medien im Rechtsextremismus.....	24
2.4 Rechtsextremistische Musik-Szene	29
3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen	32
3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD).....	32
3.1.1 Entwicklung und Organisation	32
3.1.2 Agitationsfelder der NPD	33
3.1.3 Die „Kemna-Affäre“	37
3.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)	38
3.3 Neonazistische Personenzusammenschlüsse.....	40
3.3.1 Bedeutende Demonstrationen unter Beteiligung schleswig-holsteinischer Rechtsextremisten.....	43
3.4 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG).....	48
4 Regionale Schwerpunkte	49
4.1 Kiel und Kreis Plön	49
4.2 Kreis Rendsburg-Eckernförde.....	50
4.3 Kreis Dithmarschen.....	51
4.4 Kreis Pinneberg	52
4.5 Nördliches Schleswig-Holstein - Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Stadt Flensburg	52
4.6 Neumünster	53
4.7 Lübeck und Kreis Ostholstein.....	55
4.8 Südöstlicher Landesteil - Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn	55
5 Schrifttum und Verlagswesen	58
6 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2006 bis 2008	59

III. LINKSEXTREMISMUS.....	60
1 Überblick	60
2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums	61
2.1 Undogmatischer Linksextremismus	61
2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte	61
2.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt	62
2.1.3 Entwicklungen der undogmatischen Szene	64
2.2 Dogmatischer Linksextremismus	66
2.3 „Rote Hilfe e. V.“	69
3 Aktionsfelder	70
3.1 „Anti-Faschismus“	72
3.2 „Anti-Repression“	77
3.3 „Anti-Atomkraft“	79
3.4 „Anti-Militarismus“	79
3.5 „Anti-Rassismus“	81
4 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2006 bis 2008.....	83
IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN	84
1 Übersicht.....	84
2 Islamismus	87
2.1 Islamistische Ideologie.....	87
2.1.1 Islamismus: Ein religiös motivierter politischer Extremismus	87
2.1.2 Was wollen Islamisten? Ziele und Charakteristika	88
2.1.3 Salafistische Aktionsfelder: Missionierung und Radikalisierung.....	94
2.1.4 Formen möglicher Radikalisierungsprozesse	98
2.2 Islamistischer Terrorismus	99
2.2.1 Internationale Entwicklungen im Jahr 2008.....	99
2.2.2 Islamistischer Terrorismus in Deutschland	103
2.2.3 Islamistischer Terrorismus in Schleswig-Holstein	104
2.2.4 Terrorprozesse gegen Personen aus Schleswig-Holstein	105
2.3 „Hizb Allah“ [„Partei Gottes“].....	106
2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG).....	110
2.5 „Tablighi Jama’at“ [„Gemeinschaft der Verkündung und Mission“]	112
2.6 „Türkische Hizbullah“	114
2.7 Islamistische Aktivitäten im Internet.....	116
2.7.1 Internationale Entwicklungen.....	116
2.7.2 Deutschsprachiges Internet.....	118
3 Nicht islamistisch motivierter Ausländerextremismus: „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)	120
3.1 KONGRA-GEL-Strukturen in Deutschland	120
3.2 Strategien und Aktionsfelder des KONGRA-GEL	122
3.2.1 Bündelung der Kräfte	122
3.2.2 Unterstützung für den Guerillakrieg in der Türkei.....	123
3.2.3 Abdullah Öcalan bleibt Symbolfigur des KONGRA-GEL	124
3.2.4 Hohes Konfliktpotenzial mit nationalistischen Türken in Deutschland	125
3.3 KONGRA-GEL zwischen „Friedenskurs“ und dem Ringen um internationale Aufmerksamkeit.....	125
3.4 Exekutivmaßnahmen gegen den KONGRA-GEL	126
3.5 Ausblick	128
4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerschaften der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2006 bis 2008.....	128

Vorbemerkungen

Der vorliegende Bericht erwähnt nicht alle Beobachtungsobjekte der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde und auch nicht alle Ereignisse des Jahres 2008, sondern nur die bedeutenderen Organisationen und Gruppierungen sowie Geschehnisse.

Hinweise auf Vorkommnisse außerhalb des Landes Schleswig-Holstein wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind.

Die in den Abschnitten II bis IV aufgenommenen Zitate entsprechen in ihrer Schreibweise jeweils dem Original.

I. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle

Verfassungsschutz ist, so Artikel 73 des Grundgesetzes, gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“ vom 20. Dezember 1990 beschreibt den gemeinsamen Handlungsrahmen, den die Länder für ihre Verfassungsschutzgesetze übernommen haben. In Schleswig-Holstein ist dies das „Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein“ vom 23. März 1991.

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder zu unterrichten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist er befugt, sach- und personenbezogene Informationen zu sammeln und auszuwerten über

- Bestrebungen, die gegen diese Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Zur Informationsgewinnung ist der Verfassungsschutzbehörde der Einsatz so genannter nachrichtendienstlicher Mittel erlaubt. Hierzu gehören z. B. der Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute), die heimliche Beobachtung (Observation) und das Anfertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen. Mit den Informationen können die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder im Einzelfall Maßnahmen treffen und die Gefahrenschwelle bestimmen, jenseits derer Verbotsmaßnahmen zum Schutze der Verfassungsordnung erforderlich sind. Die Erkenntnisse können die Grundlage sein für Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien,

Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z. B. für Informationsstände).

Der Verfassungsschutz ist ausschließlich zur Erhebung und Verarbeitung von Informationen befugt; er ist strikt von der polizeilichen Exekutive getrennt. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben keinerlei polizeilich-exekutive Befugnisse.

Eine mitwirkende Funktion hat die Verfassungsschutzbehörde im Bereich des Geheimschutzes. Sie unterstützt Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung von Geheimnisträgern und Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind und gibt Empfehlungen, wie vertraulich zu behandelnde Unterlagen durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

Die Verfassungsschutzbehörde unterliegt Kontrollen, die sicherstellen, dass die Aufgaben nur in dem gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen wahrgenommen werden. Diese Kontrolle wird in erster Linie vom Parlament durch die Parlamentarische Kontrollkommission, im Einzelfall durch eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Verfassungsschutz, aber auch von den Gerichten, dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz, dem Landesrechnungshof und der Öffentlichkeit wahrgenommen.

2 Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben personenbezogene Daten in Dateien verarbeiten. Die wichtigsten Dateien sind

- das abteilungsinterne Datenverarbeitungssystem der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde zur eigenen Aufgabenerfüllung und
- das „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ (NADIS) als gemeinsam unterhaltene Datei der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zur gegenseitigen Unterrichtung.

Letztere ist lediglich eine Hinweisdatei, aus der zu entnehmen ist, ob und gegebenenfalls wo über eine bestimmte Person Akten vorliegen. Fast 70 % der Speicherungen weisen auf durchgeführte Sicherheitsüberprüfungen hin, die den überprüften

Personen den Umgang mit Verschlussachen erlauben, oder auf Zuverlässigkeitsüberprüfungen. Ende 2008 waren etwa 9.500 Personen durch die schleswig-holsteinische Verfassungsschutzbehörde im NADIS erfasst; davon rund 6.600 aufgrund einer Sicherheits- oder Zuverlässigkeitsüberprüfung.

3 Organisation, Personal, Haushalt

Der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein ist als eine Abteilung des Innenministeriums organisiert, die sich in folgende Referate gliedert:

- Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz
- Nachrichtenbeschaffung
- Auswertung Rechts- und Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit
- Auswertung Ausländerextremismus, Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz

Der Personalbestand der Verfassungsschutzabteilung lag bei 93 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Für Sachmittel und Investitionen des Verfassungsschutzes standen im Jahr 2008 insgesamt 842.000 Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Die Mittel beinhalten keine Personalkosten. Diese werden bei den entsprechenden Personalkostentiteln des Ministeriums ausgewiesen.

4 Mitwirkungsaufgaben der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren

Das Aufenthaltsrecht soll den Zuzug von Ausländern steuern und Zuwanderung unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien gestalten. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie auf wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland gelegt werden. Darüber hinaus enthält es auch sicherheitsrelevante Vorschriften.

So hat die Verfassungsschutzbehörde Mitwirkungsaufgaben bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln wahrzunehmen. Danach können die Ausländerbehörden Daten von Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragen, an die Sicherheitsbehörden übermit-

teln, um festzustellen, ob Versagungsgründe gegen die Erteilung eines Aufenthaltstitels oder sonstige Sicherheitsbedenken vorliegen.

Seit Inkrafttreten des Terrorismusbekämpfungsgesetzes und des Zuwanderungsgesetzes werden auch erhöhte Sicherheitsanforderungen an Einbürgerungsbewerber gestellt. So fragen die Einbürgerungsbehörden im Rahmen des Untersuchungsgrundsatzes zur Vorbereitung ihrer Entscheidung regelmäßig bei den Verfassungsschutzbehörden an, ob gegen den Einbürgerungsbewerber Erkenntnisse vorliegen, die zur Versagung der Einbürgerung führen könnten.

Im Jahr 2008 wurden in Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren 3.822 Anfragen durch die schleswig-holsteinischen Ausländerbehörden an die Verfassungsschutzbehörde gestellt, wobei bei 33 Personen sicherheitsrelevante Erkenntnisse vorgelegen haben.

Üblicherweise zeichnen sich die Personen, die der Unterstützung von sicherheitsgefährdenden Bestrebungen verdächtig sind, dadurch aus, dass sie komplexe Bezüge zu bundesweit oder international agierenden Organisationen oder Personengruppen aufweisen. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder eng miteinander kooperieren.

In Schleswig-Holstein besteht seit 2007 eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe, an der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden, der Polizei und der Verfassungsschutzbehörde teilnehmen. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, diejenigen Einzelfälle einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, die besondere Sicherheitsrelevanz haben. Insbesondere wegen der Bedeutung der Rechtsfolgen einer Entscheidung im Aufenthaltsverfahren sowohl für die betroffenen Ausländer als auch für die Bürgerinnen und Bürger des Landes ist eine enge behördenübergreifende Zusammenarbeit unerlässlich.

5 Wirtschaftsschutz und Spionageabwehr

Unverändert haben ausländische Nachrichtendienste ihre Aufklärungsbemühungen in der Bundesrepublik fortgesetzt. Nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehör-

den sind weiterhin vorrangig chinesische und russische Dienste daran beteiligt. Den Schwerpunkt der Ausforschung durch fremde Dienste bildet der Wirtschaftssektor, auf den sich die Abwehrbemühungen der Verfassungsschutzbehörden gegenüber illegalem Technologietransfer (Proliferation) bzw. Wirtschaftsspionage konzentrieren. Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Schleswig-Holstein berät Unternehmen, klärt über Umfang und Zielrichtung der Bedrohung auf und unterstützt bei der Auswahl geeigneter Abwehrmaßnahmen. Ein besonderes Augenmerk gilt der geheim-schutzbetreuten Wirtschaft des Bundes, für die die Verfassungsschutzbehörde als Ansprechpartner vor Ort bei Verdachtsfällen oder Auffälligkeiten mit möglicherweise nachrichtendienstlichem Hintergrund zur Verfügung steht.

Nachdem die Verfassungsschutzbehörden einige Jahre lang kaum gegen die verbreitete Meinung durchdringen konnten, das Thema „Spionage“ habe sich mit dem Ende des „Kalten Krieges“ erledigt und Abwehrmaßnahmen seien kaum zu rechtfertigen, bahnt sich in jüngerer Zeit ein Bewusstseinswandel an. Ursächlich dafür ist die Einsicht, dass die global verflochtene Wirtschaft und ihre IT-Strukturen besonders verletzlich sind, wenn es darum geht, sich fremdes Know-how widerrechtlich anzueignen und darauf beruhende Wettbewerbsvorsprünge ohne Investition in Forschung und Entwicklung auf Kosten konkurrierender Unternehmen oder anderer Volkswirtschaften auszugleichen.

Zwar sind in den vergangenen Jahren auch herkömmliche nachrichtendienstliche Spionageoperationen festgestellt worden, aber mit IT-gestützten Angriffen sind qualitative und methodische Änderungen eingetreten, die besondere Probleme aufwerfen:

- IT-Strukturen sind zugleich Ziel *und* Vektor - im Sinne von Transportweg - gegnerischer Angriffe: gespeicherte Daten wie z. B. Konstruktionsunterlagen, Kundenlisten, Finanzierungspläne werden durch eingeschleuste Schad-Software widerrechtlich, meist auch unbemerkt an einen Außenstehenden übermittelt.
- Falls der Datenabfluss überhaupt bemerkt wird, bleiben Urheber und letztendlicher Verbleib der Daten häufig im Dunkeln (staatlich gelenkte Wirtschaftsspionage? Konkurrenzausspähung durch Wettbewerber? kriminelles Hacking?). Indizien wie Intensität und Anlage der Angriffe deuten in vielen Fällen auf einen nachrichtendienstlichen Hintergrund hin.
- Anders als bei herkömmlichen nachrichtendienstlichen Operationen, bei denen typische Bewegungen und Aktionen im Einsatzgebiet mit dem Risiko der Entde-

ckung durch Sicherheitsbehörden mit der Folge strafrechtlicher und sonstiger Sanktionen verbunden sind, bedarf es bei IT-gestützten Angriffen jedenfalls nicht einer Agentenführung im herkömmlichen Sinn. Entweder erfolgt der Informationsabzug durch ausschließlich technische Eingriffe oder so genannte Non-Professionals wie Delegationsmitglieder bei Firmenbesuchen, Praktikanten, Gastwissenschaftler, denen eine Tätigkeit für einen fremden Nachrichtendienst strafrechtlich kaum nachgewiesen werden kann.

- Die Vernetzung von IT-Strukturen bietet den fremden Nachrichtendiensten die Möglichkeit, Auslandsaufenthalte von Geschäftsreisenden oder wirtschaftliche Verbindungen wie z. B. Jointventures zu nutzen, um Schad-Software auf eigenem Territorium auf Laptops und andere Rechner einzuschleusen und somit unter Ausnutzung des „Heimvorteils“ völlig risikolos zu agieren. Hierfür gibt es inzwischen zahlreiche Belege, die es dringend geboten erscheinen lassen, auf Laptops nur die für Präsentationen unmittelbar benötigten Daten in das Ausland mitzuführen, derartige Rechner nach Rückkehr nicht wieder innerhalb des Firmennetzwerks zu betreiben und als Geschenk erhaltene USB-Sticks möglichst zu vernichten.

6 Geheimschutz und Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Die zentrale Mitwirkungsaufgabe des Verfassungsschutzes ist die Bearbeitung des personellen und materiellen Geheim- und Sabotageschutzes.

Staatliche Verschlusssachen bedürfen des besonderen Schutzes gegen Einsichtnahme durch Unbefugte, insbesondere aber gegenüber fremden Nachrichtendiensten. Daher werden Verschlusssachen besonders gekennzeichnet und ihre Kenntnisnahme ist nur einem besonders ermächtigten Personenkreis gestattet, der zuvor von der Verfassungsschutzbehörde im Rahmen ihrer Mitwirkungsaufgabe sicherheitsüberprüft wurde. Ablauf und Umfang des Überprüfungsverfahrens sind im Landessicherheitsüberprüfungsgesetz geregelt. Das Verfahren ist freiwillig und erfolgt nur mit Zustimmung der Betroffenen.

Zusätzlich berät die Verfassungsschutzbehörde alle Behörden des Landes, in denen Verschlusssachen bearbeitet werden, um deren Schutz in materieller Hinsicht und vor Sabotagehandlungen sicherzustellen. Eine stetig wachsende Bedeutung erlangte in den letzten Jahren der Schutz von Verschlusssachen, die auf IT-Systemen verarbeitet werden und daher moderne Sicherheits- und Verschlüsselungseinrichtungen erfordern.

Derzeit sind 1.473 Personen zum qualifizierten Zugang zu Verschlusssachen im Bereich der Landesverwaltung Schleswig-Holstein ermächtigt. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 142 Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt.

Bei Zuverlässigkeitsüberprüfungen, die von den jeweils zuständigen Aufsichtsbehörden im Bereich der Atom-, Luft- oder Hafensicherheit sowie auf dem Gebiet des Sprengstoffrechts durchgeführt werden, ist die Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holstein eine von mehreren angefragten Stellen. Dabei hat sie im Jahr 2008 insgesamt 6.239 Anfragen bearbeitet.

II. Rechtsextremismus

1 Überblick

Die Gesamtzahl der in Schleswig-Holstein bekannten Rechtsextremisten ist mit 1.420 gegenüber 1.410 im Jahr 2007 praktisch unverändert geblieben. Der seit Jahren zu beobachtende Trend eines Bedeutungszuwachses der aktionistisch geprägten Kräfte setzte sich aber fort. Einem weiteren leichten Rückgang bei der „Deutschen Volksunion“ (DVU) stehen etwa gleich große Zuwächse bei den rechtsextremistisch orientierten Subkulturellen und den Neonazis gegenüber. Die Mitgliederzahl der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) blieb in Schleswig-Holstein konstant. Weiterhin bestehen enge Überschneidungen zwischen Neonazis und der NPD.

Wenngleich im Jahr 2008 keine spektakulären neuen Entwicklungen im Rechtsextremismus zu beobachten waren, gab es im Berichtszeitraum einige Ereignisse, die in der Zukunft größere Auswirkungen auf die rechtsextremistischen Strukturen haben könnten. So ist nach dem Rückzug des Gründers der DVU, Dr. Gerhard Frey (München), offen, welche Rolle diese eher unbedeutende Partei im Rechtsextremismus spielen könnte. Derzeit beschränkt sie sich durch den so genannten Deutschlandpakt eher darauf, der NPD ohne unliebsame Konkurrenz aus dem eigenen Lager die Teilnahme an Wahlen zu ermöglichen. Zu Spekulationen über einen Gesinnungswandel der DVU bezüglich ihrer Zusammenarbeit mit der NPD besteht zwar noch kein Anlass, jedoch wurde im Verlauf des Jahres offenkundig, dass der bundesweite Aufwärtstrend der NPD unterbrochen ist; die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern ist dabei höchst unterschiedlich. Durch parlamentarische Präsenz und die dadurch zur Verfügung stehenden finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten ist die Partei in den hiervon betroffenen Ländern weiterhin recht aktiv.

Das bestimmende Thema in der NPD war der Finanzskandal um ihren ehemaligen Schatzmeister. Aufgrund der ihm zugeschriebenen Mitverantwortung geriet auch der Bundesvorsitzende Udo Voigt in die Kritik. Erschwerend für ihn kam hinzu, dass die Partei bei den letzten Wahlen keine nennenswerten Erfolge mehr erzielen konnte. Das Verhältnis des Parteivorstandes zu den „Freien Nationalisten“, die nach wie vor für die NPD unentbehrlich sind, war zumindest zeitweilig stark getrübt. Hierdurch beschäftigte sich die NPD mehr mit sich selbst als mit nach außen gerichteten politi-

schen Aktivitäten. Zum Ende des Berichtsjahres war nicht absehbar, ob Voigt, der die Partei Mitte der 1990er-Jahre von der Bedeutungslosigkeit zur bestimmenden rechtsextremistischen Kraft in Deutschland geführt hatte, über genügend Anhänger verfügt, um seine Abwahl zu verhindern.

Von den Spannungen zwischen „Freien Nationalisten“ und dem Parteivorstand war insbesondere Schleswig-Holstein betroffen. Dennoch ist ein tatsächlicher Bruch des Bündnisses auch hier kurzfristig nicht zu erwarten, denn im eigentlichen politischen Ziel von Rechtsextremisten, den freiheitlichen Rechtsstaat zu beseitigen, sind zwischen der NPD und den neonazistischen „Freien Nationalisten“ kaum Unterschiede auszumachen.

Das in Schleswig-Holstein für die NPD hervorzuhebende Ereignis war die Beteiligung an der Kommunalwahl im Mai. Durch das für die NPD nicht zufrieden stellende Ergebnis wurde deutlich, dass es der Partei nach wie vor noch nicht gelungen ist, sich in nicht rechtsextremistischen Bevölkerungskreisen als wählbare politische Kraft zu etablieren. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die hierfür zunächst erforderliche Durchdringung des vorpolitischen Raumes Fortschritte gemacht hat. Die eigentlich aktuellen rechtsextremistischen Kernthemen „Überfremdung“ und „Islamisierung“ wurden zwar im Wahlkampf nicht erwähnt, dürften aber dennoch von den Wählern erkannt worden sein.

Herausragende Ereignisse der „Freien Nationalisten“ waren die sich alljährlich im Frühjahr in Lübeck wiederholende Demonstration und die Teilnahme zahlreicher Schleswig-Holsteiner an einer am 1. Mai in Hamburg durchgeführten Demonstration (siehe dazu unter Nr. II 3.3.1). Hierbei war es zu gewalttätigen Konflikten mit politischen Gegnern und der Polizei gekommen. Die Verantwortung dafür wurde insbesondere den so genannten Autonomen Nationalisten zugeschrieben, einem besonders aktions- und gewaltbereiten Teil des neonazistischen Spektrums. Bei Veranstaltungen von Rechtsextremisten, die sich den „Autonomen Nationalisten“ zugehörig fühlen, kam es außerhalb Schleswig-Holsteins zu situationsbedingten Übergriffen auf politische Gegner und Polizeibeamte. Ideologisch unterlegt scheint diese Entwicklung zumindest in Norddeutschland noch nicht zu sein, so dass von einer „neuen Qualität“ des Neonazismus derzeit noch nicht gesprochen werden kann. Die Versuche, insbe-

sondere Angehörige der schleswig-holsteinischen Subkultur-Szene für diese Art von Aktivitäten zu begeistern, waren nur von kurzer Dauer, da der offenkundige Ideengeber und Anführer wegen seiner Inhaftierung im weiteren Verlauf des Jahres nicht mehr politisch tätig werden konnte.

Die dargestellte Entwicklung steht auch nicht im Widerspruch zur polizeilichen Statistik der rechtsextremistischen Straftaten, obwohl der Vergleich mit der Statistik des Jahres 2007 einen Anstieg im Jahr 2008 um 72 % oder um 316 Delikte ausweist. 2008 sind in Schleswig-Holstein insgesamt 756 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verübt worden, davon 46 Gewalttaten. Der weit überwiegende Teil der Straftaten sind dabei „Propagandadelikte“ nach § 86 a Strafgesetzbuch. Bei einem Vergleich der Deliktzahlen zum Vorjahr ist jedoch zu berücksichtigen, dass seit Beginn des Jahres 2008 die Systematik zur Erfassung und Bewertung rechtsextremistischer Straftaten durch die Polizeibehörden grundlegend verändert worden ist. Bis einschließlich 2007 wurden Straftaten nur dann als „politisch rechts“ bewertet, wenn auch ein tatsächlicher politischer Hintergrund ermittelt werden konnte. War dies nicht der Fall, wurden die Straftaten als „nicht politisch motiviert“ eingestuft und nicht in die Statistik aufgenommen. 2007 betraf dies insgesamt 327 Delikte. Seit Beginn des Jahres 2008 erfolgt eine Beweislastumkehr: Alle Staatsschutzdelikte werden zunächst als politisch motiviert bewertet. Erst dann, wenn ein extremistischer Hintergrund sicher ausgeschlossen werden kann, fallen diese Straftaten in die Kategorie „nicht politisch motiviert“. 2008 wurden nur noch 58 Delikte dieser Kategorie zugeordnet. Tatsächlich ist damit im Vergleich zum Vorjahr lediglich ein geringer Anstieg von Straftatenzahlen zu verzeichnen.

Ein wichtiger Indikator für die rechtsextremistische Bedrohungslage ist auch die Zahl der „Gewalttaten“. Hierbei handelt es sich meist um Körperverletzungsdelikte. Diese Zahl ist mit 46 Delikten im Jahresvergleich um 22 % rückläufig und befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 2004. Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern im Vorfeld der Kommunalwahl in Kiel haben jedoch erneut gezeigt, dass insbesondere im Bereich der subkulturell geprägten Rechtsextremisten bei gegebenem Anlass nur eine geringe Hemmschwelle zum Einsatz von Gewalt besteht. Dagegen sehen ideologisch gefestigte Rechtsextremisten schon aus taktischen Erwägungen grundsätzlich von der Ausübung von Gewalt ab.

2 Schwerpunkte

2.1 Teilnahme der NPD an der schleswig-holsteinischen Kommunalwahl

2.1.1 Wahlergebnisse

Die NPD hat bei den Kommunalwahlen im Mai in der Landeshauptstadt Kiel und in den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Ostholstein und Nordfriesland folgende Ergebnisse erzielt:

Kreisfreie Stadt/Kreis	Stimmen	%	Sitze
Kiel	1.478	1,7	1
Herzogtum Lauenburg	1.668	2,1	1
Ostholstein	1.108	1,4	0
Nordfriesland	463	0,7	0
insgesamt:	4.717		2
<i>Husum (Gemeindewahl)</i>	<i>1</i>	<i>0,0</i>	<i>0</i>

Auf der Internet-Seite des NPD-Landesverbandes und auf einer eigens für die Kommunalwahl eingerichteten Internet-Seite hat die NPD unter der Überschrift „NPD-Mandate gegen den Linksdruck“ wie folgt Stellung zum Ausgang der Wahl bezogen:

„Zuerst einmal das wichtigste: Wir bedanken uns bei den 4.717 Schleswig-Holsteinern, die unserer Partei trotz Medienhetze und ‚Linkspartei‘-Propaganda ihr Vertrauen geschenkt haben! Während es in Ostholstein und Nordfriesland nicht für einen Sitz gereicht hat, werden in Kiel und Lauenburg in den nächsten fünf Jahren zwei Nationaldemokraten deutsche Interessen vertreten. (...) Es ist den Medien (...) sehr erfolgreich gelungen, die Proteststimmung und Unzufriedenheit in eine für die etablierten Parteien ungefährliche Bahn zu lenken. Der NPD ist es nicht gelungen, mit eigenen Mitteln gegen diese Übermacht anzukommen. Dabei wurde mit den vorhandenen Mitteln das geschafft, was machbar war: (...) 102 Kandidaten setzten teilweise ihren Beruf und ihre Wohnungen aufs Spiel (...). Daß die NPD (noch) nicht als wählbare Alternative wahrgenommen wird, ist ein Problem, das es jetzt in den Kreisverbänden anzupacken gilt. Als Fazit bleibt festzuhalten: Ein überzeugender Wahlsieg sieht anders aus. Trotzdem sind die beiden hart errungenen Mandate ein Anfang und werden uns Ansporn sein, unsere Arbeit in der nächsten Zeit zu intensivieren (...).“

Der Kieler Kandidat nahm in seiner Stellungnahme sogleich die übrigen Parteien ins Visier:

„Im Rathaus ist jetzt schon der große Katzenjammer ausgebrochen. Zu recht: Erstmals sind die Altparteien nicht mehr unter sich und müssen hinnehmen, daß ihnen auf die Finger geschaut wird. (...) Und die Ergebnisse in den Stadtteilen Mettenhof, Gaarden und Dietrichsdorf mit bis zu 4,5 % zeigen uns auch, daß die Menschen dies erkennen, wenn die Probleme überhand nehmen.“

2.1.2 Hintergründe der Wahlteilnahme

Ausschlaggebend für die erst spät verkündete Teilnahme der NPD an der Wahl war augenscheinlich ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem die Verfassungswidrigkeit der Fünf-Prozent-Sperrklausel im schleswig-holsteinischen Kommunalwahlgesetz festgestellt wurde. Der Landesverband kommentierte dies auf seiner Internet-Seite wie folgt:

„Durch die Entscheidung des höchsten Deutschen Gerichtes ist nun ein Stück Demokratie zurückgekehrt. Die Wähler werden bei zukünftigen Kommunalwahlen nicht mehr ihre Wahlentscheidung davon abhängig machen, ob die favorisierte Partei eine Chance hat, die 5 %-Hürde zu überspringen. Nun kann sich der Wähler endlich für die Partei entscheiden, die er sich im Parlament wünscht. Niemand muß befürchten, daß seine Stimme verloren geht und niemand muß ein vermeintlich ‚kleineres‘ Übel wählen. Die Parlamentarier der etablierten Parteien werden sich zukünftig damit abfinden müssen, daß auch in schleswig-holsteinischen Parlamenten Vertreter der NPD einziehen werden.“

Somit kann die Wahlbeteiligung nicht unbedingt im direkten Zusammenhang mit der vom Parteivorsitzenden Udo Voigt bereits 1997 propagierten ideologischen und taktischen Neukonzeption der Partei, die unter anderem die „Schlacht um die Wähler“ beinhaltete, gesehen werden. Der Parteivorstand hatte damals in einem Strategiepapier ausgeführt, man müsse allein schon wegen der von den „Machthabern“ betriebenen Verweigerung von Grundrechten für die „nationale Opposition“ an Wahlen teilnehmen, würden dadurch doch die Behörden ihre „rechtswidrigen Behinderungspraktiken“ wegen der Gefahr einer drohenden Wahlanfechtung unterlassen. Die NPD müsse aber auch zu Wahlen antreten, weil diese der wichtigste Ausdruck der politischen Willensbildung in einer Demokratie seien. Für die Bürger gelte eine solche Kandidatur als entscheidendes Kriterium der politischen Glaubwürdigkeit einer Grup-

pierung. Sie diene darüber hinaus der Vermittlung der operativen Ziele: Ausbau der Parteistrukturen, Bekanntmachung der Forderungen und Zuwachs an Mitgliedern.

2.1.3 Wahlkampf

Die eigentliche Überraschung war die Wahlteilnahme in Kiel. Hier konnten in allen 27 Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt werden. Aufgrund der relativen Schwäche des zuständigen Kreisverbandes war es jedoch offenbar unumgänglich, auch politisch unerfahrene Kandidaten aufzustellen, die bislang nicht aus NPD-Zusammenhängen bekannt waren. Einige dieser Personen waren zudem durch Straf- und Gewalttaten bekannt. Insofern waren gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Sympathisanten der NPD und gegnerischen gewalttätigen Linksextremisten absehbar. Mitte April registrierte Sachbeschädigungen bei Angehörigen der links- als auch der rechtsextremistischen Szene und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern waren deshalb zu erwarten. Die rechtsextremistische Gewalt ging dabei vor allem von den NPD-Anhängern aus der Kieler Subkultur-Szene aus. Die NPD versuchte, von den Zwischenfällen zu profitieren, indem sie die alleinige Schuld bei den etablierten Parteien suchte, die ihre „Kampftruppen“ (gemeint war die „Antifa“) auf die NPD-Kandidaten jagen würden. Da die NPD bereits bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl 2005 durch gewalttätige Auseinandersetzungen mit Linksextremisten Negativ-Schlagzeilen produziert hatte, wurden mit Gewalt ausgelegene Konflikte im weiteren Verlauf des Wahlkampfes vermieden. Die NPD bot der linksextremistischen Szene fortan keine Angriffsmöglichkeiten mehr, da sie weitgehend auf öffentliche Aktivitäten verzichtete.

Zum Thema „Wahlplakate“ hatte die NPD in einer Sonderausgabe der Partei-Publikation „Deutsche Stimme“ erklärt, dass sie keine Plakate aufstellen werde. Der Grund hierfür dürfte die regelmäßige Zerstörung von NPD-Plakaten in vergangenen Wahlkämpfen durch politische Gegner sein. Kurz vor dem Wahltermin griff der bundesweit bekannte Neonazi (und damals noch NPD-Parteivorstandsmitglied) Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern) aktiv bei den Kreisverbänden Lauenburg/Stormarn und Ostholstein in die dortigen Wahlkampfaktivitäten der Partei ein. In der wie gewohnt euphorischen Berichterstattung darüber heißt es:

„Seit Montag, 20. Mai (Anmerkung: gemeint ist der 19. Mai) ist unser Spitzenkandidat Kay Oelke mit Thomas Wulff in einem Lautsprecherwagen im Kreisgebiet unterwegs, um den Bürger eindringlich auf die Mißstände in unserer Heimat hinzuweisen (...). Beinahe von Sonnenaufgang bis zum Einbruch der Dämmerung sind die beiden auf den Straßen im Einsatz (...).“

Die bisherigen Internet-Seiten und eine eigens für die Kommunalwahl eingerichtete Seite, für die in vielen regionalen Zeitungen geworben wurde, bildeten die Grundlage des Wahlkampfes. Geworben wurde mit dem Slogan „Nur ein Kreuz für die Nationaldemokraten ist eine Stimme gegen die da oben: Denn für jeden von uns fliegt ein Etablierter raus!“. Wie erwartet verzichtete die Partei weitgehend auf offenkundig rechtsextremistische Themen, um sich der Öffentlichkeit als wählbare Alternative zu präsentieren. So wurden regionale und tagespolitische Themen in den Vordergrund gestellt, wie „Brücke über den Fehmarnbelt“, „Erweiterung des Müllheizkraftwerkes in Neustadt“, „Ausverkauf von städtischem Eigentum“ (Kieler Wasserwerke), „Umwelt- und Küstenschutz“, „Familien, Senioren und Jugend“ oder „Stärkung des örtlichen Handwerks“. Beim Thema „Kieler Zustände: Die Ausländerfrage“ verfiel man jedoch auch in die übliche Verunglimpfung von Ausländern, indem man aus dem „Straftaten-Bericht“ des schleswig-holsteinischen Innenministers folgende Schlüsse zog:

„Von den knapp 80.000 festgestellten Straftätern waren etwas mehr als 13 Prozent Ausländer. Das heißt, ihr Anteil an den Straftätern ist etwa doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Bevölkerung. Diese Rechnung hat jedoch einen entscheidenden Fehler: Denn da immer mehr Ausländer in den vergangenen Jahren eingebürgert wurden, rutschen auch immer mehr Straftäter ausländischer Herkunft von der Rubrik <<Ausländerkriminalität>> in die Zählung deutscher Täter. Real dürfte die Kriminalitätsrate in dieser Bevölkerungsgruppe beim drei- bis vierfachen der einheimischen schleswig-holsteinischen Menschen liegen. Verschärft wird die Problematik noch durch die Ghettobildung bestimmter Ausländergruppen (...). Der alte Werftarbeiterstadtteil Kiel-Gaarden ist längst fest in ausländischer Hand. (...) gibt es auch hier kaum eine Ortschaft, in der die deutsche Gaststätte nicht längst einer Dönerbude weichen mußte, und auch der Gemüsehändler spricht vielerorts nur noch türkisch. Die Zulassung für ausländische Gewerbetreibende gehört auf den Prüfstand, wenn dadurch alteingesessene deutsche Geschäftsleute ihre Existenz verlieren. Die Massen-<<Integration>> von Ausländern ist der Untergang eines gesunden Volkes, daher sprechen wir uns für eine konsequente Ausländerrückführung aus, damit wir auch zukünftig eine Lebensgrundlage haben.“

Auch im Kreis Nordfriesland zeigte die NPD beim Thema „Sicheres Nordfriesland?!“ ihre ausländerfeindliche Intention, indem sie - wenn auch indirekt - gegen „Deutsche mit Migrationshintergrund“ agierte:

“(...) Unsere Kinder sind selbst in Schulbussen nicht mehr sicher, und in manchen Städten oder Straßen kann man sich (als Deutscher) abends kaum noch auf die Straße trauen, befinden sich diese doch längst in krimineller Hand.“

2.1.4 Tätigkeit in den kommunalen Vertretungen

Die Ausübung der errungenen Mandate erfolgte zunächst äußerst zurückhaltend. Rechtsextremistische Provokationen der anderen Ratsmitglieder oder der Öffentlichkeit blieben in den ersten Monaten aus. Das galt sowohl für die Arbeit in Gremien als auch für die NPD-Medien. Erst Ende September entstand in Kiel eine neue, nicht auf den ersten Blick als rechtsextremistisch erkennbare Internet-Seite. Deren Begründungstext lautet:

„Wir freuen uns, daß Sie sich entschlossen haben, sich direkt bei uns über die Arbeit der NPD im Kieler Stadtrat zu informieren. Unser Arbeitskreis ist ein Zusammenschluß von national gesinnten Kameradinnen und Kameraden, die sich für die Belange unserer Heimatstadt Kiel interessieren. Ein Teil von uns ist parteipolitisch in der NPD gebunden, aber viele andere arbeiten ohne parteipolitische Bindung bei uns mit. Uns alle verbindet die Liebe zu unserer Landeshauptstadt Kiel und zu unserem Heimatland Deutschland!“

Offenkundig sollten durch den fehlenden direkten Bezug zur NPD auch Interessenten erreicht werden, die ansonsten allein schon durch deren Urheberschaft abgeschreckt worden wären. Das Layout der Seite entsprach jedoch der Internet-Seite des NPD-Kreisverbandes Kiel/Plön. Die veröffentlichten Beiträge spiegeln die populistischen, aus früheren Wahlkämpfen hinlänglich bekannten Themen der NPD wider: „Längere Öffnungszeiten für Kindergärten!!“ oder „Diskussion über zukünftige Energieversorgung Kiels gerät zur Politposse“.

Auch im Kreis Herzogtum Lauenburg gab es keine spektakulären rechtsextremistischen Provokationen. Für die Darstellung seiner Tätigkeit nutzte der dortige NPD-Vertreter die Internet-Seite des Kreisverbandes. Die Beiträge ließen aber die Absicht

zur Diskreditierung der anderen im Kreistag vertretenen Parteien erkennen. Mitte November erklärte der NPD-Mandatsträger, er habe Unregelmäßigkeiten bei Protokollen des Innenausschusses festgestellt und bezeichnete dies als Vertuschungsversuch gegenüber den Bürgern. Die Überschrift des Beitrages lautet dementsprechend reißerisch: „Skandal im Innenausschuß!“.

Bislang ist weder im Kreis Herzogtum Lauenburg noch in Kiel erkennbar, dass es der NPD gelingen könnte, durch Präsenz in kommunalen Vertretungen ihre Anhängerschaft in das bürgerliche Spektrum hinein zu erweitern. Das Wahlergebnis verdeutlicht die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Während die NPD nach der Beteiligung an der schleswig-holsteinischen Landtagswahl 2005 trotz des gleichfalls schlechten Ergebnisses immerhin ihren Anhängerkreis erweitern konnte, sind derartige Effekte nach der Kommunalwahl ausgeblieben. Zwar haben zwei Vertreter der NPD den Einzug in kommunale Vertretungen geschafft, jedoch ist die Partei durchaus nicht in breiten Bevölkerungsschichten verankert.

2.2 Streit zwischen „Freien Nationalisten“ und dem NPD-Parteivorstand

Im Laufe des Jahres 2008 mehrten sich die Anzeichen für ein Zerwürfnis zwischen überwiegend norddeutschen „Freien Nationalisten“ und der NPD. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung stand ausgerechnet der Neonazi Thomas Wulff, der gemeinsam mit dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt den Grundstein für die enge Zusammenarbeit von Neonazis und NPD gelegt hatte: Das Parteipräsidium der NPD hatte in einer am 19. September 2004 veröffentlichten Erklärung die Schaffung einer „Volksfront von rechts“ unter Einbeziehung „aller in der nationalen Opposition befindlichen Parteien und Aktionsformen“ propagiert. Durch ein in diesem Zusammenhang geschlossenes Wahlabkommen zwischen NPD und der konkurrierenden „Deutschen Volksunion“ (DVU) sowie durch die Einbindung der aus offenkundig neonazistischer Motivation handelnden „Freien Nationalisten“ konnte die Partei sich bis heute zu der den Rechtsextremismus dominierenden Kraft entwickeln. Das Bündnis erwies sich entgegen vieler Erwartungen als relativ stabil. Aufgrund der ideologischen Spannweite, die von bekennenden Neonazis über die NPD bis zur dagegen behäbig erscheinenden DVU reichte, war dies nicht unbedingt zu erwarten. Wahlerfolge der NPD lieferten jedoch die nötige Bindungskraft, um politische Gegensätze zu überdecken. Gelegent-

liche verbale Angriffe aus dem neonazistischen Bereich konnten jedoch das Bündnis nie ernsthaft gefährden. Dem NPD-Vorsitzenden Voigt gelang es dabei stets, ein eigenständiges Profil der Partei zu wahren. In den einzelnen Ländern wurde die Zusammenarbeit zwischen NPD und den so genannten Freien Kräften auf unterschiedliche Weise vollzogen. In Schleswig-Holstein entwickelte sie sich die Zusammenarbeit weit mehr als nur symbiotisch. Protagonisten des Neonazismus erlangten gleichzeitig Führungspositionen im hiesigen NPD-Landesverband.

Ausbleibende Wahlerfolge, die mit zumindest stagnierenden Mitgliederzahlen einhergingen, sowie der Finanzskandal der NPD, durch den auch Voigts Position in Mitleidenschaft gezogen wurde, zogen bei den „Freien Nationalisten“ Zweifel am Führungsanspruch der Partei, aber zumindest des Vorsitzenden nach sich. Zugleich holte der einstige Mitbegründer der „Volksfront von rechts“ Thomas Wulff (Bundesvorstandsmitglied von November 2006 bis Mai 2008) zum publizistischen Rundumschlag gegen die Führungsriege der Partei aus. Die über das Internet verbreitete „Abrechnung“ war reißerisch mit „2008 - Das Ende der Volksfront“ überschrieben. Auch wenn die Erklärung entgegen ihrer Überschrift aufgrund des bundesweit nur begrenzten Einflusses von Wulff sicher nicht zum Abbruch der Beziehungen zwischen „Freien Nationalisten“ und NPD führen wird, zeigt sie zumindest für Schleswig-Holstein und einige angrenzende Regionen ein hohes Spannungspotenzial zwischen den Bündnispartnern. Wulff hat seit Mitte der 1990er-Jahre einen maßgeblichen Einfluss auf die schleswig-holsteinische Neonazi-Szene. Die von ihm mit initiierten damaligen Entwicklungen, die zur Bildung einer Reihe so genannter Kameradschaften im Lande führten, wirken bis heute fort. So wird der NPD-Landesverband maßgeblich von Personen beeinflusst, die diesem unzweifelhaft neonazistischen Spektrum zuzurechnen sind. Die vor Jahren einsetzende Erosion der hiesigen Kameradschafts-Szene führte nicht zufällig zur Bildung von einigen NPD-Kreisverbänden mit unübersehbarer neonazistischer Dominanz.

Als primärer Auslöser der gegenwärtigen Differenzen zwischen der NPD-Führung und den „Freien Nationalisten“ sind die Folgen der Ereignisse bei der Beisetzung des bekannten Neonazis Friedhelm Busse am 26. Juli in Passau (Bayern) zu sehen. Insofern findet dieser Konflikt sinnbildlich auf dessen Grab statt. Wenngleich die NPD Busse in einem Nachruf als eine Symbolfigur der nationalen Bewegung in Deutsch-

land gewürdigt hat, der den heutigen „Nationalen Widerstand“ entscheidend mitgeprägt habe, zog sich Wulff den Unwillen des Parteivorstandes zu, weil er auf dem bereits abgesenkten Sarg eine Reichskriegsflagge ausbreitete und deswegen vorübergehend festgenommen wurde. Zwei Tage später ließ die Staatsanwaltschaft das Grab öffnen, um die Reichskriegsflagge sicherzustellen. Das NPD-Parteipräsidium veröffentlichte daraufhin am 31. Juli eine Erklärung mit dem Titel „Der Einsatz für ein sozial gerechtes Deutschland bedarf keiner Symbolik von Gestern“. Darin warf die Parteiführung zwar der Staatsanwaltschaft vor, eine „Grabschändung zur Sicherstellung einer bei der Beisetzung beigelegten Fahne“ begangen zu haben, distanzierte sich vor allem aber von dem Versuch „(...) Einzelner, das letzte Geleit für Friedhelm Busse durch die Beisetzung der verbotenen Reichskriegsflagge des III. Reiches für eine Selbstinszenierung zu instrumentalisieren (...)“. Busse habe gegenüber Parteifunktionären wenige Wochen vor seinem Tod erklärt, wer heute glaube, mit Symbolik von gestern Politik machen zu können, werde die Zukunft nicht gestalten können. „Freie Kräfte“ bezeichneten daraufhin in einer am 5. August im rechtsextremistischen Nachrichtenportal „Altermedia“ veröffentlichten Entgegnung die Äußerung des NPD-Präsidiums als scheinheilig und als untauglichen Versuch, „(...) sich von allen Vorwürfen reinzuwaschen“:

„Hier wird mit dreisten Lügen versucht, das Lebenswerk und den Werdegang des Kameraden Friedhelm Busse für die Zwecke der NPD zu verbiegen und zu missbrauchen. (...) Kamerad Friedhelm Busse hat sich immer als politischer Soldat in der Tradition der SA gesehen. Er trug stets voller Stolz den Ehrenring der SS, (...). Wir können solch billige und herabwürdigende Angriffe auf die freien Kräfte nicht hinnehmen und werden die Zusammenarbeit mit diesem Parteipräsidium beenden, falls es zu keiner Einigung hinsichtlich eines vernünftigen Verhaltens der NPD kommt.“

Zu den Erstunterzeichnern gehörten zahlreiche „prominente“ Neonazis, Kameradschaften, Aktionsgruppen und Aktionsbüros, die NPD-Kreisverbände Kiel/Plön, Lübeck/Ostholstein und Lauenburg/Stormarn sowie deren Vorsitzende. Beistand erhielt Wulff erwartungsgemäß auch vom Hamburger Rechtsanwalt und Mitglied des NPD-Parteivorstandes Jürgen Rieger. In einem gleichfalls über „Altermedia“ verbreiteten Brief Riegers an Voigt vom 6. August missbilligte dieser ausdrücklich die Haltung des Parteipräsidiums. Ein einziger Skandal sei es, „Steiner“ (so wird Wulff in der Szene auch genannt) als Provokateur zu bezeichnen:

„Offensichtlich sind einige Personen im Präsidium der Auffassung, daß man die freien Kräfte nicht mehr benötigt, und sie systematisch vor den Kopf gestoßen werden sollen, nach der Devise: ‚Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.‘ Das sind nach meiner Auffassung ‚Provokationen und parteischädigende Maßnahmen‘, weil ohne den Eintritt der freien Kräfte und ohne den massiven Einsatz der freien Kräfte bei den Wahlkämpfen es weder in Sachsen noch in Mecklenburg-Vorpommern irgendeine NPD-Fraktion gegeben hätte. (...) Ich erwarte deshalb eine öffentliche Erklärung des Präsidiums, wo ausdrücklich klargestellt wird, daß Thomas Wulff nicht als politischer Selbstdarsteller oder Provokateur seitens der Partei angesehen wird.“

Die von Rieger geforderte „Erklärung“ erfolgte offenkundig nicht. Dies offenbarte die isolierte Stellung Riegers und des von ihm in Schutz Genommenen im Parteivorstand. Der Zuspruch aus der neonazistischen Szene für Wulff - und damit auch für Rieger - hält sich nach Wulffs Erklärung über das Ende der „Volksfront“ in Grenzen. Die ebenfalls über „Altermedia“ verbreitete Stellungnahme des langjährigen Weggefährten und NPD-Kritikers Christian Worch (Hamburg) lässt sogar eine gewisse Schadenfreude erkennen, indem er Überlegungen zu den Hintergründen des Entstehens der „Volksfront“ im Jahr 2004 anstellt:

„Vielleicht gab es von beiden Seiten her Hintergedanken. Das ist oftmals so, wenn man Verträge oder Bündnisse schließt. Jeder hat spezielle Erwartungen, die auf seine Bedürfnisse zugeschnitten sind, und man bekommt nicht immer im Verhältnis eins zu eins das, was man sich von so einem Vertrag oder Bündnis verspricht. Die NPD wollte ihre politische Schlagkraft durch (neuerliche) Miteinbindung radikaler parteifreier Kräfte erhöhen. Vielleicht schielte sie auch ein wenig darauf, daß dem Beispiel der drei prominenten vormals parteifreien Nationalisten Wulff (...) möglichst viele andere folgen und als Mitglieder beitreten würden. Diese hingegen hatten die Vorstellung, die NPD weiter zu radikalisieren, weil eben parteifreie Kräfte üblicherweise nun mal radikaler sein können als eine Partei, die in stärkerem Maße gesetzliche Grundlagen berücksichtigen muß (...). Hintergedanke der Hauptinitiatoren der ‚Volksfront‘-Erklärung dürfte gewesen sein: Einfluß innerhalb der Partei zu gewinnen, um die NPD zunehmend in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken.“

Bezüglich Wulffs Erklärung zum Ende der „Volksfront“ wirft Worch ihm schließlich die Unausgegorenheit seiner Erklärung vor und stellt (zutreffend) fest, dass Wulff selbst noch Mitglied sei und dass er seinen Anhang innerhalb der NPD aufgefordert habe, zumindest noch Mitglied zu bleiben. Vor dem Hintergrund von Wulffs nach wie vor

starkem Engagement für die NPD erscheint damit die Erklärung über das Ende der „Volksfront“ in der Tat nicht konsequent. Ursächlich für das angekündigte Ende der „Volksfront“ dürfte wohl eher die persönliche Enttäuschung über das Verhalten des Parteivorstandes ihm gegenüber gewesen sein. Nachdem er dort den Rückhalt verloren hatte und auch in dem aufgrund seines Wohnsitzes zuständigen NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern keine herausragende Funktion erreichen konnte, verlagerte er seine Aktivitäten nach Schleswig-Holstein und schloss sich dem hiesigen Landesverband an. Hier wusste man Wulffs Verdienste offenbar zu „würdigen“, denn er erhielt unverzüglich ein Amt im Landesvorstand. Hierdurch wurde der ohnehin sehr weit gehende Einfluss neonazistisch geprägter Kräfte in der schleswig-holsteinischen NPD weiter gestärkt.

2.3 Zunehmende Bedeutung elektronischer Medien im Rechtsextremismus

Trotz der rückwärts gewandten Weltanschauung des Rechtsextremismus verschließen sich dessen Akteure nicht den modernen Möglichkeiten der so genannten Informationsgesellschaft. Insbesondere die Bedeutung des Internets hat in rechtsextremistischen Kreisen in den vergangenen Jahren weiter zugenommen. Um untereinander zu kommunizieren, ihre Ideologie zu verbreiten und neue Anhänger zu gewinnen, bedienen sich Rechtsextremisten immer häufiger und professioneller der vielfältigen Möglichkeiten des „World Wide Web“. Da ihnen die englischsprachige Durchdringung derartiger Technologien weltanschaulich bedingt missfällt, versuchen sie, dies zu vermeiden und ersetzen den Begriff „Internet“ grundsätzlich durch „Welt-netz“.

Etwa 1.000 von deutschen Rechtsextremisten betriebene Internet-Seiten wurden Ende 2008 durch die Verfassungsschutzbehörden gezählt. Dies entspricht in etwa auch dem Stand Ende 2007. Die Spanne der Angebote umfasst neben Diskussionsforen, Versandhandel und Nachrichtenportalen auch Internet-Präsenzen von Neonazi-Kameradschaften und rechtsextremistischen Musikgruppen. Es kommt den Akteuren dabei zugute, dass es mittlerweile kaum noch Programmierkenntnisse erfordert, eine optisch akzeptable Internet-Seite zu erstellen und zu pflegen. Ein Ausdruck dessen ist die bundesweite Zunahme so genannter Blogs. Diese Seiten mit dem Charakter eines öffentlichen Tagebuchs sind sehr einfach zu erstellen. In letzter Zeit häufen

sich zudem Seiten, die zu besonderen Szene-Anlässen wie Kundgebungen, Konzerten usw. mobilisieren. Aus Schleswig-Holstein waren Ende 2008 mehr als 20 verschiedene Internet-Angebote bekannt. Zudem wurden mehrere neu erstellte Blogs mit Bezügen ins Land festgestellt.

Zum „Pflichtprogramm“ für alle aktionistisch orientierten Rechtsextremisten gehört die Seite des „Aktionsbüro Norddeutschland“. Sie wird seit mehreren Jahren von einer Einzelperson aus Schleswig-Holstein betrieben und ist in das so genannte Netzwerk Nord eingebunden. Das „Aktionsbüro“ dient als virtuelle Anlaufstelle und Knotenpunkt diverser rechtsextremistischer Aktivitäten in Schleswig-Holstein. Besucher finden unter anderem Aufrufe zu Demonstrationen, juristische Ausarbeitungen zu verschiedenen, für Rechtsextremisten bedeutsamen Themen, Kontaktadressen und Aktionsberichte.

Im September 2008 haben Aktivisten aus Schleswig-Holstein ein neues Informationsportal ins Internet gestellt. Unter der Überschrift „So sind wir“ stellen sie sich als „revolutionäre Freiheitskämpfer für ein unabhängiges sozialistisches Deutschland“ dar. Veröffentlicht werden hauptsächlich politische Artikel (unter anderem ein „Solidaritätsbericht“ über den in der Justizvollzugsanstalt Lübeck einsitzenden Rechtsextremisten und Mörder Kay Diesner), daneben aber auch Anleitungen zur Herstellung von Transparenten und eine Vielzahl von Verweisen auf andere rechtsextremistische Internet-Seiten. Angeschlossen ist außerdem ein zugangsgeschütztes Forum; auf vielen einschlägigen, auch bundesweit bedeutsamen Seiten, gibt es Verlinkungen. Die Betreiber streben offenbar an, diese Seite als zentrale Plattform der schleswig-holsteinischen Neonazi-Szene zu etablieren.

„Aktionsgruppen“ aus den Bereichen Kiel, Ostholstein und Dithmarschen haben 2008 dafür gesorgt, dass die Anzahl der regional geprägten Internet-Seiten erheblich gesteigert wurde. Einige dieser Blogs wurden jedoch nur sehr sporadisch betreut und mit neuen Inhalten hinterlegt. Gleichwohl wurden auf einer dieser Seiten politisch missliebige Personen „geoutet“: In typischer „Anti-Antifa“-Manier wurden Namen, Fotos und weitere persönliche Informationen zu „linken“ Szene-Angehörigen veröffentlicht.

Rechtsextremistische Musikgruppen aus Schleswig-Holstein haben derzeit keine eigenen Internet-Seiten. Nachdem die Seite einer Band Anfang 2008 indiziert wurde und seither nicht mehr erreichbar ist, sind keine vergleichbaren Internet-Auftritte mehr festgestellt worden.

Rechtsextremistische Vertriebe hingegen nutzen das Internet zunehmend, um ihre Produkte zu verkaufen. Neben dem klassischen Absatzmarkt rechtsextremistischer Konzertveranstaltungen gewinnt der Verkauf über eigene so genannte Online-Vertriebe mehr und mehr an Bedeutung. So unterhalten auch mehrere schleswig-holsteinische Versandhandelsunternehmen im Internet eigene Angebote, in denen szenetypische Bekleidung, Tonträger und sonstige Devotionalien erworben werden können. Im Vordergrund steht dort eindeutig der kommerzielle Charakter, weniger die politische Agitation.

Den wohl bedeutendsten Auftritt schleswig-holsteinischer Rechtsextremisten im Internet praktiziert die NPD. Der Landesverband verfügt ebenso über eine eigene Seite wie jeder der sechs Kreisverbände. Zum Teil lassen sich allerdings erhebliche Unterschiede in der Qualität der verschiedenen Seiten ausmachen. Während einige Kreisverbände durchaus ansprechende, regelmäßig aktualisierte Seiten präsentieren, beschränken sich andere auf die Einstellung von wenigen „Pressemitteilungen“ im Jahr. Allen Seiten gemeinsam ist aber die regelmäßige Berichterstattung über verschiedene Aktivitäten der Partei, wie Informationsstände, Kranzniederlegungen oder Wahlkämpfe. Internet-Nutzern, insbesondere der eigenen Klientel, kann so mit verhältnismäßig geringem Aufwand das nicht den Tatsachen entsprechende Bild einer erfolgreichen Entwicklung der NPD vorgetäuscht werden.

Auch bei der schleswig-holsteinischen Kommunalwahl im Mai bediente sich die Partei durch Sonderseiten der Möglichkeiten des Internet. Im Vorfeld der Wahl hatte sie eine durchaus professionelle Seite geschaffen, die sich merklich von den übrigen Internet-Auftritten der Partei abhob. Eine betont unverfängliche Adresse hatte es ihr zudem ermöglicht, in mehreren Tageszeitungen Kleinanzeigen zu schalten und für die Seite zu werben. Auf der Sonderseite konnten sich die Besucher über Kandidaten und Programmatik der NPD informieren, Wahlkampfmaterialien wurden zum Herunterladen bereitgehalten und es konnten kostenlose Info-CDs bestellt werden. Nach

der Wahl wurden die Ergebnisse bekannt gegeben, und auch Berichte über angebliche „Wahlpannen“ zu Lasten der NPD durften nicht fehlen. Eine weitere Seite mit nicht offenkundigem NPD-Bezug wurde nach dem Einzug eines NPD-Mitglieds in die Kieler Ratsversammlung eingerichtet. Dort informiert die Partei regelmäßig über die Arbeit ihres Ratsherrn; so können z. B. Anträge und Sitzungstermine eingesehen werden.

Rechtsextremisten beschränken ihre Aktivitäten im Internet jedoch nicht allein auf szenetypische Seiten. Auch an sich vollkommen unpolitische Angebote werden verstärkt genutzt. Die vielfältigen Möglichkeiten des neuen „Web 2.0“, das heißt die zunehmende Gestaltung der Inhalte des Internets durch die Nutzer selbst und deren Vernetzung untereinander, ermöglichen schnelle, unkomplizierte, anonyme und nahezu allgegenwärtige Kommunikation.

Eine der typischen Ausprägungen hieraus sind die „Sozialen Netzwerke“. Einige dieser Plattformen haben sich zu elektronischen Kontaktbörsen mit mehreren Millionen Nutzern entwickelt. Die Mitglieder stellen sich in „Profilen“ selbst dar und haben die Möglichkeit, mit Bekannten oder Gleichgesinnten in Kontakt zu treten, Neuigkeiten auszutauschen sowie neue Bekanntschaften zu schließen. Nimmt ein Netzwerk an Größe und Bekanntheitsgrad zu, so steigt meist auch das Interesse an einer Instrumentalisierung: Große „Soziale Netzwerke“ werden immer unverhohlener durch Rechtsextremisten für deren politische Agitation und Kommunikation genutzt.

Gleiches gilt auch für Video-Plattformen oder (Musik-)Tauschbörsen, auf denen Nutzer immer häufiger Videos mit rechtsextremistischer Propaganda und/oder Musik einstellen und untereinander austauschen. Die Betreiber der Seiten gehen zwar gegen derartige Inhalte vor (in der Regel werden die Beiträge entfernt), stehen dabei aber vor dem Problem einer immensen Datenflut. Durch die Masse an Dateien, die in solchen Portalen durch die Nutzer eingestellt wird, ist eine inhaltliche Überprüfung kaum möglich. Einige Angebote setzen daher auf Selbstreinigungskräfte und bieten den Nutzern an, „unangemessene“ Inhalte, also insbesondere auch rechtsextremistische, zu melden. So soll auch möglichen Zensurvorfällen vorgebeugt werden.

Dass auch eine Sperrung oder Indizierung rechtsextremistischer Seiten die Betreiber kaum hindert, weiterhin aktiv zu sein, konnte Anfang des Jahres beobachtet werden. Durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wurden unter anderem auch die Seiten von „widerstandnord“, dem Vorgänger des bereits genannten „Netzwerk Nord“, indiziert und in der Folge deaktiviert. Somit war auch das „Aktionsbüro Norddeutschland“ nicht mehr erreichbar. Nur wenige Tage später waren sämtliche Inhalte der indizierten Seite unter einer anderen Adresse und in neuem Layout wieder verfügbar. Die Zwangspause wurde sogar für eine Überarbeitung des Angebotes genutzt. Ganz offensichtlich hatten die Betreiber bereits Vorkehrungen getroffen, um auf derartige Vorkommnisse ohne große Zeitverluste zu reagieren.

Dieses Beispiel zeigt, dass Rechtsextremisten die neuen technischen Möglichkeiten inzwischen als einen unverzichtbaren Bestandteil bei der Umsetzung ihrer Aktivitäten betrachten. Zwar agieren sie dabei nicht immer professionell, und teilweise dürften hinter einer vermeintlichen „Aktionsgruppe“ nur Einzelpersonen stehen, das Medium Internet gewinnt jedoch immer mehr an Bedeutung. Die Folgen sind dann durchaus greifbar. In der Anonymität des Netzes können sich interessierte Nutzer auf einschlägigen Seiten beispielsweise mühelos mit Vorlagen und Anleitungen zum Sprühen von Graffiti versorgen.

Wer gezielt nach rechtsextremistischen Internet-Seiten sucht, wird schnell fündig. Problematisch ist aber das fortschreitende Eindringen rechtsextremistischer Inhalte in an sich vollkommen unverdächtige Plattformen. Aufgrund der stetig wachsenden Popularität und der effektiven Unkontrollierbarkeit des Internets ist die Wahrscheinlichkeit, dass vor allem Jugendliche im Alltag mit rechtsextremistischen Inhalten konfrontiert werden, groß. Die Gefahr der Wahrnehmung rechtsextremistischer Positionen als Normalzustand und in dessen Folge eine - zunächst unterschwellige - Akzeptanz bis hin zu einer Aneignung derartigen Gedankenguts sollte nicht unterschätzt werden. Ähnlich wie seit Jahrzehnten die Skinhead-Musik birgt auch das Internet die Gefahr, dass Hemmschwellen abgebaut und vor allem Jugendliche und junge Erwachsene zum Einstieg in die Szene animiert werden.

2.4 Rechtsextremistische Musik-Szene

Die rechtsextremistische Musik-Szene befindet sich seit längerem in einem Wandel. Zum einen wirken sich die Aktivitäten der NPD und der Neonazis, die seit einigen Jahren die rechtsextremistische Musik als Mittel zur Nachwuchsgewinnung und Mobilisierung für sich einsetzen, aus. Zum anderen spiegeln sich die Veränderungen der rechtsextremistischen, insbesondere der Skinhead-Szene auch in der Musik-Szene wider. Als Folge haben sich - sowohl um dem Bedürfnis der Szene-Angehörigen nachzukommen als auch dem Fokus der Öffentlichkeit und der Sicherheitsbehörden auszuweichen - neben der typischen Skinhead-Musik (Hardrock, Heavy Metal) weitere Musikstile (NS-Black-Metal, Hard- und Hatecore, Balladen) mit rechtsextremistischen Inhalten etabliert.

Trotz dieser Modifizierungen hat Musik für die Angehörigen der rechtsextremistischen Subkultur einen besonderen Stellenwert und stellt für das Szene-Selbstverständnis einen unabdingbaren Faktor dar:

„Für die Polizei ist glaub ich langsam die Hauptaufgabe, das mit der Musik zu unterbinden. Sie haben erkannt, dass die Musik mit das Wichtigste ist.“

(Zitat aus dem rechtsextremistischen „Thiazi-Forum“, Internet)

Ein anderer rechtsextremistischer Internet-Nutzer untermauert diese Äußerungen mit:

„Musik dient als Propagandamittel! Tragen wir unsere Ideen in die Welt!“

(Zitat aus dem rechtsextremistischen „Thiazi-Forum“, Internet)

Bundesweit fanden 2008 127 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte statt (2007: 138). In Schleswig-Holstein wurden davon drei Konzerte durchgeführt (2007: sieben). Eine Veranstaltung fand Anfang Januar unter Beteiligung einer rechtsextremistischen Musikgruppe im „Club 88“ in Neumünster vor rund 60 Teilnehmern statt. Zwei weitere Konzerte wurden im April und Mai im Kieler „Rotlichtviertel“ abgehalten, wobei die Teilnehmerzahl bei 50 bzw. 250 Personen lag.

Rechtsextremistische Liedermacher hatten bundesweit 30 Auftritte (2007: 23). In Schleswig-Holstein wurden 2008 fünf derartige Musikveranstaltungen bekannt, gegenüber zwei Liederabenden im Jahr 2007. Zwei Liederabende konnte die rechtsextremistische Szene des Eckernförder Einzugsgebietes im Frühjahr in Kosel (Kreis Rendsburg-Eckernförde) durchführen. Weitere zwei Liederabende fanden im Herbst in Neumünster statt, einer im „Club 88“, einer in der Gaststätte „Titanic“. Zudem konnte Ende des Jahres eine Veranstaltung in einer Lübecker Gewerbehalle registriert werden. An den Liederabenden, bei denen teilweise bis zu vier rechtsextremistische Sänger auftraten, nahmen zwischen 20 und 80 Rechtsextremisten teil.

Die Auftritte rechtsextremistischer Bands und Liedermacher bei sonstigen rechtsextremistischen Veranstaltungen haben 2008 im Bund mit 50 (2007: 64) abgenommen. Dabei handelt es sich z. B. um Parteiveranstaltungen oder szenetypische Veranstaltungen, in deren Verlauf es nach politischen Beiträgen zu Live-Auftritten von rechtsextremistischen Musikern kommt. In Schleswig-Holstein wurden 2008 drei Ereignisse bekannt (2007: zwei). Im Juni wurde eine derartige Veranstaltung im Rahmen einer Sonnenwend-Feier mit einem Liedermacher in Kosel abgehalten. Des Weiteren fanden im Juli eine „Solidaritätsveranstaltung“ zugunsten eines erkrankten Liedermachers im „Club 88“ in Neumünster sowie das NPD-Sommerfest in Bünsdorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) statt, bei denen jeweils vor rund 80 Teilnehmern diverse rechtsextremistische Liedermacher auftraten.

		2004	2005	2006	2007	2008
Rechtsextremistische Skinhead-Konzerte	Bund	137	193	163	138	127
	Land	4	2	2	7	3
Rechtsextremistische Liederabende	Bund	42	52	29	23	30
	Land	12	9	3	2	5
Skinhead-Bands und Liedermacher bei sonstigen Veranstaltungen	Bund	38	47	75	64	50
	Land	2	8	2	2	3

Bundesweit sind rund 140 Bands sowie 30 Liedermacher aktiv. Hierzu zählten 2008 vier rechtsextremistische Skinhead-Musikgruppen aus Schleswig-Holstein:

- Die fünfköpfige Band „Holsteiner Wölfe“ aus dem Raum Ratzeburg (Kreis Herzogtum Lauenburg) ist 2008 lediglich bei einer kleineren Veranstaltung Mitte des Jahres in Rehna (Mecklenburg-Vorpommern) aufgetreten. Die unbedeutende Gruppe ist nahezu inaktiv.
- Die seit Ende 2006 bekannte Gruppe „Das letzte Aufgebot“ aus dem Raum Lübeck trat im Berichtsjahr zweimal auf. Die lediglich im norddeutschen Raum bekannte Band veröffentlichte mit zwei weiteren Bands ihre erste CD in Form einer so genannten Split-CD.
- Die ebenfalls aus dem Raum Lübeck stammende Band „Einherjer“ trat 2008 zwar auch nur zweimal auf, jedoch war sie eine der fünf Gruppen, die Ende Oktober anlässlich eines rechtsextremistischen Skinhead-Konzertes in Mallentin (Mecklenburg-Vorpommern) vor rund 1.000 Rechtsextremisten aufspielte.
- Die ostholsteinische Band „Words of Anger“ ist die bekannteste schleswig-holsteinische Gruppe. Seit September 2007 trat sie jedoch nicht mehr auf und beschränkte 2008 ihre Aktivitäten auf Studio-Aufnahmen, aus denen unter anderem zwei Beteiligungen an „Split-CDs“ resultierten.

Unter den aktiven rechtsextremistischen Liedermachern befinden sich drei Schleswig-Holsteiner, die in den Kreisen Steinburg und Ostholstein sowie in Lübeck wohnhaft sind.

Die Zahl der bundesweit aktiven rechtsextremistischen Versandhändler, bei denen Tonträger und andere rechtsextremistische Devotionalien erhältlich sind, belief sich in 2008 nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr auf rund 75 Unternehmen (2007: rund 80). Ein Großteil der Vertriebe verfügt über eigene Musik- oder Textil-Label, unter denen einschlägige Tonträger und Bekleidungsartikel produziert werden. Zudem bieten Szene-Angehörige bei Konzerten Tonträger und Merchandise-Artikel rechtsextremistischer Musikgruppen an. Daneben existieren als beliebte regionale Treffpunkte zahlreiche Szene-Läden, die entsprechendes Material anbieten. In Schleswig-Holstein sind Vertriebe/Ladengeschäfte in Kiel, Eckernförde (Kreis Rendsburg-Eckernförde), Lägerdorf (Kreis Steinburg) und Tornesch/Seestermühe (Kreis Pinneberg) vorhanden.

3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen

3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

3.1.1 Entwicklung und Organisation

Die NPD ist weiterhin die führende rechtsextremistische Partei in Deutschland. Ihre Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre scheint jedoch einstweilen gestoppt. Die Mitgliederzahl sank bundesweit im Vergleich zum Jahr 2007 um rund 200 und beträgt nunmehr rund 7.000. In Schleswig-Holstein stagnierte die Mitgliederzahl und liegt nach wie vor bei etwa 240.

Die um das Jahr 2004 einsetzende Aufwärtsentwicklung der NPD stützte sich vor allem auf Wahlerfolge in ostdeutschen Bundesländern. Vergleichbare Ergebnisse wie in Mecklenburg-Vorpommern (7,3 % in 2006) und Sachsen (9,2 % in 2004) blieben in den alten Bundesländern bislang aus. Die 2008 erreichten Wahlergebnisse waren für die Partei enttäuschend. So wurden bei den Landtagswahlen in Niedersachsen 1,5 %, in Hessen 0,9 % und in Bayern 1,2 % erzielt. Lediglich bei den Kommunalwahlen in Bayern, Schleswig-Holstein und Brandenburg konnten durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Klausel einzelne Bewerber in die kommunalen Vertretungen einziehen. Außerdem führten interne Querelen, insbesondere durch die Finanzaffäre um den Bundesschatzmeister Erwin Kemna und die daraus resultierende Personaldiskussion um den Bundesvorsitzenden Udo Voigt, zu einer Schwächung der Partei.

Da schleswig-holsteinische Funktionäre nur in geringem Umfang in die Parteispitze eingebunden sind, blieb der hiesige Landesverband von den innerparteilichen Auseinandersetzungen weitgehend verschont.

Am 24. Februar führte der Landesverband im Kreis Steinburg seinen Landesparteitag mit rund 150 Teilnehmern durch, an dem auch der Bundesvorsitzende als Gastredner teilnahm. Bei den Vorstandswahlen wurde der bisherige Landesvorsitzende Uwe Schäfer (Plön) wie erwartet in seinem Amt bestätigt.

Aufsehen erregte lediglich die im November erfolgte Aufnahme des bundesweit bekannten Neonazis Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern) als Mitglied in den NPD-Landesvorstand.

Organisiert ist die NPD in Schleswig-Holstein in sechs Kreisverbänden. Zu öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen war sie - ausgenommen Aktionen während des Kommunalwahlkampfes in Schleswig-Holstein und vermehrten kleineren Kundgebungen und Mahnwachen des Kreisverbandes Nordfriesland/Schleswig-Flensburg/Flensburg im zweiten Halbjahr - kaum in der Lage. An Aktivitäten anderer rechtsextremistischer Organisationen oder Organisatoren, wie z. B. bei der in Lübeck stattfindenden Demonstration „Bomben für den Frieden?“ (siehe dazu unter Nr. II 3.3.1), nahmen wiederum auch vermehrt NPD-Mitglieder teil.

Für propagandistische Zwecke bedient sich der Landesverband weitgehend seiner gedruckten und elektronischen Medien. Im Abstand von zwei Monaten erscheint die Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“. Diese enthält oftmals Artikel, die bereits auf den Internet-Seiten der Partei veröffentlicht wurden. Die „Schleswig-Holstein-Stimme“ berichtet über allgemein-politische Themen und über Aktivitäten der Kreisverbände. Vereinzelt werden in einigen Regionen auch so genannte Bürgerzeitungen herausgegeben, die vor allem lokale Themen aufgreifen. Im Internet sind sowohl der Landesverband als auch die Kreisverbände jeweils mit einer eigenen Seite vertreten.

3.1.2 Agitationsfelder der NPD

In der Öffentlichkeit verzichten NPD-Funktionäre weitgehend auf die Verwendung offensichtlich rechtsextremistischer Thesen. Dennoch wird die Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch fortlaufende Diffamierung der parlamentarischen Demokratie offensichtlich. Beispielhaft für die herabsetzende Kritik am demokratischen Rechtsstaat ist ein Kommentar auf der Internet-Seite der schleswig-holsteinischen NPD zur Reform des Verfassungsschutzgesetzes in Schleswig-Holstein:

„Wozu in einem vermeintlich freiheitlichen Rechtsstaat wie der BRD eine solche politische Geheimpolizei benötigt wird, bleibt das Geheimnis der herrschenden Politikerkaste. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist sicherlich nur ein vorgeschobener Grund - vielmehr geht es darum, eine aufstrebende nationale Oppositionsbewegung zu unterdrücken, um den eigenen Machterhalt zu sichern.“

Darüber hinaus gibt es auch zahlreiche Beispiele für rassistische, antisemitische oder auch revisionistische Agitation der NPD. Ziel rassistischer Hetze seitens der NPD wurde, wie zu erwarten, auch der neue US-amerikanische Präsident Barack Obama. Der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel ließ auf der Internet-Seite der NPD zur Wahl Obamas verlauten:

„Das weiße, von europäischen Auswanderern getragene Amerika befindet sich durch Einwanderung und Rassenmischung in Auflösung und hat mit dem Afrika-Sprößling einen symbolischen Totenträger ins Präsidentenamt gewählt. (...) Schon das weiße Amerika war eine kulturelle Zumutung für die Welt und zwang freien Völkern mit Waffengewalt ihr multirassisches und damit rassenvernichtendes Gesellschaftsmodell auf; ein nicht-weißes Amerika ist jedoch eine Kriegserklärung an alle Menschen, die eine organisch gewachsene Gemeinschaftsordnung aus Sprache, Kultur, Geschichte und Abstammung für die Essenz des Menschlichen halten. (...) Die alte Selbstbehauptungsstrategie des Judentums, Inländervorrechte durch Minderheitenrechte zu ersetzen und ethno-kulturelle Unterschiede zwischen dem Eigenen und dem Fremden zu verwischen, deckt sich mit den Interessen aller Minderheiten, Mischlinge und Entwurzelten im Schmelztiegel Amerika. (...) Als der zur Promenadenmischung aus John F. Kennedy und Martin Luther King stilisierte Barack Obama im Hochsommer 2008 nach Berlin kam, jubelten ihm (...) mehr als 200.000 Multikulti-Deppen zu.“

In einem Beitrag auf der Internet-Seite der Bundes-NPD mit dem Thema „Alle deutschen Schüler ins Konzentrationslager?“, der Bezug auf die Studie „Ein Blick in die Mitte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung nimmt, wird die antisemitische Haltung der NPD deutlich:

„Hier fragt sich nur, was Hövelmann (Anmerkung: Innenminister von Sachsen-Anhalt; er hatte sich zu der Studie geäußert) mit den Jugendlichen anstellen will, die sich gegen die staatlich injizierten Schuld- und Sühne-Viren resistent zeigen, weil sie 63 Jahre nach Kriegsende ihr Recht einklagen, einer selbstbewußten Nation unter anderen selbstbewußten Nationen anzugehören? Wird für die, die nicht die bundesrepublikanische Staatsmode von Büßerhemd und Narrenkappe tragen wollen, wieder eine Baracke in Buchenwald oder Auschwitz aufgeschlossen? Vielleicht mit jungen ‚Migranten‘ als Aufsehern, die dann als Hövelmanns willige Vollstrecker jungen Deutschen ihre angebliche Erbschuld mit der Auschwitz-Keule einprägen? (...) Schließlich kommt ja auch die neue Studie zu dem Ergebnis, daß die NS-Vergangenheit für junge Menschen noch immer eine große Rolle spielt - im Positiven wie im Negativen. Will heißen: Die geschichtspornographisch eingefärbte Trauer- und Bewältigungsarbeit entscheidet über das Maß an andres-

siertem nationalen Selbsthaß, den in- und ausländische Mächte zur Durchsetzung ihrer deutschenfeindlichen Interessen ja unbedingt brauchen.“

In einem so genannten Kurzbericht des NPD-Kreisverbandes Lübeck/Ostholstein zum Thema „Mindestlohn“ wird bei der Wortwahl wiederum die Affinität der NPD zur Ideologie des Nationalsozialismus offensichtlich:

„Nur ein gerechter Mindestlohn für alle Volksgenossen kann hier Abhilfe schaffen!“

Der Begriff „Volksgenosse“ wurde durch den nationalsozialistischen Sprachgebrauch verbreitet und bezeichnete nach Vorstellung der Nationalsozialisten die Angehörigen „deutschen oder artverwandten Blutes“. Die „Volksgenossen“ bilden wiederum die „Volksgemeinschaft“, die - nach Vorstellung der NPD - die freiheitliche demokratische Grundordnung ersetzen soll.

Wenngleich die NPD mit der Thematisierung so genannter sozialer Themen in den westdeutschen Bundesländern nicht den Zuspruch der Wähler erringen konnte, stellt sie diesen Bereich auf Bundesebene nach wie vor ins Zentrum ihrer Agitation. Anfang März verkündete sie auf ihrer Internet-Seite, dass sie und ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ mit dem Frühling eine neue Öffentlichkeitsoffensive „Sozial geht nur national“ starten werde. Aus diesem Grund sei geplant, in den nächsten Wochen hunderttausende Flugblätter, Zeitungen und Aufkleber zu verbreiten. Höhepunkt der Kampagne sollte eine Großdemonstration am 1. Mai in Nürnberg sein. Hierzu wurden diverse Kampagne-Materialien (z. B. Faltblätter mit dem Thema „Arbeit für alle Deutschen“) erstellt.

Aufsehen erregten allein die 1.-Mai-Demonstration in Nürnberg und die hieraus resultierende Gegendemonstration. Der schleswig-holsteinische Landesverband war offenkundig nicht in der Lage, diese Kampagne öffentlichkeitswirksam umzusetzen.

Dass die NPD die aktuelle Finanzmarkt-Krise nutzte, um ihre Vorstellungen einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ als Gegenmittel zu propagieren, kann nicht überraschen. Beispielhaft hierfür ist ein im Internet verbreiteter Beitrag des NPD-Generalsekretärs Peter Marx:

„Der Raubtierkapitalismus muß jetzt gestoppt werden, bevor die gesamte deutsche Volkswirtschaft in den Abgrund gerissen wird. (...) Es ist an der Zeit zu erkennen, daß die Globalisierung gescheitert ist. Das Gegenkonzept der NPD heißt raumorientierte Volkswirtschaft.“

In einem weiteren Beitrag auf der Internet-Seite der NPD wird der so genannte Dritte Weg, die „raumorientierte Volkswirtschaft“, konkretisiert:

„Eine wesentliche Bedingung für eine solche an Raum und Volk orientierte Wirtschaftsordnung ist ein Bankensystem, daß sich nicht mehr in privater, sondern in staatlicher, und damit in Volkes Hand befindet und somit auch nur diesem letztlich verpflichtet ist. (...) Die nationale Politik wird der Wirtschaft die Rahmenrichtlinien vorgeben, die diese in die Lage versetzt, die materiellen und kulturellen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes und auch aller anderen Völker, die begriffen haben, daß Kapitalismus in seiner Endkonsequenz Völkermord bedeutet, zu bewahren. Die NPD fordert eine am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft. Also den ‚Dritten Weg‘ - Raumorientierte Volkswirtschaft jetzt!“

Insofern erscheint die ebenfalls auf der Internet-Seite der Bundes-NPD verbreitete Einlassung des Bundesvorsitzenden Udo Voigt nur konsequent:

„Es ist Zeit für einen Systemwechsel (...). Das geht aber mit den etablierten Politikern nicht, darum müssen sie bei der nächsten Wahl in die politische Wüste geschickt werden. (...)“

Zur Umsetzung der „Propaganda-Offensive“ wurde ein Kampagnen-Flugblatt mit dem Titel „Kapitalismus und Globalisierung stoppen! Banken verstaatlichen“ entworfen. In Schleswig-Holstein wurden daraufhin am 8. November, dem bundesweiten „Aktionstag“ der NPD, Informationsstände in Reinfeld (Kreis Stormarn) und Ratekau (Kreis Ostholstein) durchgeführt, die jedoch kaum auf Interesse in der Bevölkerung stießen.

Im Übrigen blieb die öffentliche Präsenz der NPD, von regionalen Ausnahmen abgesehen, in Schleswig-Holstein unter dem Niveau der Vorjahre. Ihre Funktionäre waren auch nicht in der Lage, die 2007 angekündigte Taktik der „Wortergreifungsstrategie“ umzusetzen, mit der versucht werden sollte, politische Veranstaltungen gegnerischer Parteien im Sinne der NPD umzufunktionieren. Gab es im Jahr 2007 noch immerhin

zwei Versuche des Landesverbandes, wurde im Jahr 2008 nur eine derartige Veranstaltung bekannt: Im Oktober versuchten Angehörige des NPD-Kreisverbandes Kiel/Plön, sich eine Diskussionsveranstaltung im Rahmen einer Aktionswoche „Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen“ am Gymnasium Altenholz (Kreis Rendsburg-Eckernförde) in ihrem Sinne zunutze zu machen; sie wurden deshalb vom Veranstalter nach kurzer Zeit ausgeschlossen. Daraufhin verteilte die NPD in Altenholz ein Flugblatt, in dem behauptet wurde, ein Studienrat des Gymnasiums habe „einen Kameraden von uns“ ins Gesicht geschlagen, und versuchte, sich als Opfer darzustellen:

„Mit derselben moralischen Entrüstung, ereiferten sich Inquisitoren, wenn sie über Ketzer zu Gericht saßen, um sie dann im Namen der Nächstenliebe zu Tode zu rösten. Inquisitoren glauben immer, richtig zu handeln. Die Geschichte liefert viele Beispiele dafür.“

3.1.3 Die „Kemna-Affäre“

Das bestimmende Ereignis des Berichtsjahres war nicht die relative Erfolglosigkeit der NPD, sondern eine Finanzaffäre: Am 12. September verurteilte das Landgericht Münster (Nordrhein-Westfalen) den ehemaligen Schatzmeister der Partei, Erwin Kemna, zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und acht Monaten ohne Bewährung. Er hatte gestanden, zwischen 2004 und 2007 in 80 Fällen Parteigelder in Höhe von insgesamt 741.000 Euro veruntreut und auf seine Privat- und Geschäftskonten seiner mittlerweile insolventen Firma umgeleitet zu haben. Spätestens nach Kemnas Verurteilung geriet auch der Parteivorsitzende Udo Voigt ins Kreuzfeuer der Kritik. Voigt war noch im Mai beim - aufgrund der Finanzaffäre vorgezogenen - Bundesparteitag der NPD in Bamberg mit 90 % der Stimmen in seinem Amt bestätigt worden. Er hatte Kemna bis zuletzt in Schutz genommen und unterstellt, dass die staatlichen Maßnahmen gegen den Bundesschatzmeister nur durchgeführt worden seien, um an Daten der NPD zu gelangen. Die NPD sei in Bezug auf Kredite auf Privatpersonen angewiesen, deren Namen geschützt werden müssten.

Die Kritik der Parteibasis, aber auch die von hohen Parteifunktionären, wie Udo Pastörs (Mecklenburg-Vorpommern), wurde jedoch zusehends schärfer:

„Wenn bei mir in der Fraktion Geld wegkommen würde und ich hätte vorher gesagt, geht mit den Finanzen um wie ihr wollt, dann könnte mich niemand mehr retten und ich müsste zurücktreten. (...) Dass dies nicht auch für den Vorsitzenden gelten soll, kann ich meinen Parteifreunden schwer vermitteln.“

Kurz vor dem Jahreswechsel sorgte eine im Internet verbreitete Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden des NPD-Landesverbandes Niedersachsen, Andreas Molau, auf dem im Frühjahr 2009 geplanten Bundesparteitag für den Vorsitz zu kandidieren, für einen Überraschungscoup im Führungsstreit der NPD:

„In einer der schwersten Krisen der NPD habe ich mich in Absprache mit einigen führenden Persönlichkeiten der Partei, darunter den Vorsitzenden der beiden Landtagsfraktionen, Udo Pastörs und Holger Apfel, dem Generalsekretär Peter Marx sowie dem stellv. Parteivorsitzenden Sascha Roßmüller, entschlossen, auf dem Bundesparteitag im Frühjahr 2009 für das Amt des Parteivorsitzenden zu kandidieren.“

Udo Voigt ging in seiner „Neujahrsbotschaft“ nur indirekt auf Molaus Erklärung ein und suchte die Schuld für die Personaldiskussionen wie üblich bei den so genannten Systemmedien:

„Innerparteilich beginnt dieses Jahr allerdings mit einer, meiner Meinung nach, destruktiven Personaldebatte, welche offensichtlich mittels der Systemmedien von außen in die Partei hineingetragen wird. (...) Ich hoffe sehr, daß der kommende Bundesparteitag bald stattfinden kann und gehe davon aus, daß dort auch die notwendig gewordene personelle Klarheit geschaffen wird. Dort werde ich mich stellen. Die Delegierten werden über den weiteren Weg der NPD entscheiden, nicht die Systemmedien.“

Anfang des Jahres 2009 sah dann schon wieder alles anders aus. Molau zog seine Kandidatur zurück.

3.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Die DVU spielt im organisierten Rechtsextremismus nur eine Nebenrolle. Als einstmals stärkste Partei in diesem Spektrum wurde sie schon 2007 von der NPD überundet. Ihr Mitgliederbestand sank erneut und liegt nunmehr nur noch bei etwa 6.000. Dennoch ist die DVU weiterhin die zweitstärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland. Der bisherige Parteivorsitzende und -gründer, Dr. Gerhard Frey (Mün-

chen), trat am 11. Januar 2009 beim Bundesparteitag nicht wieder zur Wahl des Parteivorsitzenden an. Sein Nachfolger wurde der 37-jährige Matthias Faust, zuletzt hamburgischer DVU-Landesvorsitzender und ehemaliger DVU-Spitzenkandidat bei der hamburgischen Bürgerschaftswahl.

Die Folgen von Freys Rückzug für die Partei sind noch nicht einzuschätzen; Prognosen über ihren künftigen Kurs wären derzeit rein spekulativ. Ein kurzfristiger Bedeutungszuwachs für die Partei ist auch trotz des Wechsels an der Spitze unwahrscheinlich. Inwieweit der neue Vorsitzende die Möglichkeit erhalten wird, ein eigenes Profil zu entwickeln und ob die DVU weiterhin eine zentralistisch geprägte Partei sein wird, kann ebenfalls noch nicht eingeschätzt werden.

In Schleswig-Holstein entfaltete die DVU wiederum keine öffentlich erkennbaren Aktivitäten. Die Mitgliederzahl dürfte nunmehr bei rund 210 liegen. Der Hinweis auf der Internet-Seite der DVU auf den Landesverband Schleswig-Holstein und dessen Vorsitzende Renate Köhler (Westerland/Sylt) war im Berichtszeitraum einer der wenigen Belege für die Existenz des hiesigen Landesverbandes. Im Rahmen des mit der NPD geschlossenen „Deutschlandpaktes“ trat die DVU-Landesvorsitzende immerhin als Kandidatin der NPD bei der Kommunalwahl im Mai im Kreis Nordfriesland an.

Der „Deutschlandpakt“ zwischen DVU und NPD erscheint einstweilen nicht gefährdet, obwohl die NPD entgegen vorheriger Absprachen auch bei der Landtagswahl im August 2009 in Thüringen antreten wird. Die DVU verzichtete bereits - in Anerkennung ihrer dortigen Bedeutungslosigkeit - auf eine Kandidatur.

Hervorzuhebende Aktivitäten der DVU im Berichtsjahr waren auf Bundesebene die Wahlbeteiligungen an der Bürgerschaftswahl in Hamburg und den Kommunalwahlen in Brandenburg.

Zur Bürgerschaftswahl im Februar in Hamburg setzte die Partei auf die hinlänglich bekannten Themen „Arbeit statt Zuwanderung“, „MICHEL statt Moschee - Keine orientalische Machtsymbolik in unserer Stadt!“ und „Geld für Deutsche statt Bundeswehr im Ausland“. Der Einzug in die Hamburger Bürgerschaft gelang der DVU nicht; mit einem Ergebnis von 0,8 % erzielte sie nicht einmal einen Achtungserfolg. Ein Schuldiger für das schlechte Abschneiden war schnell gefunden:

„Mogelpackung ‚Die Linke‘ griff diesmal Protestwähler ab. (...) Für die anderen Parteien blieb angesichts des augenblicklichen Sogs zur ‚Linken‘, die insbesondere Protestwähler abgriff, kaum Raum. So erreichte die DVU mit ihrem überaus engagierten und couragierten Spitzenkandidaten Matthias Faust 0,8 Prozent (...).“

Bei den Kommunalwahlen in Brandenburg im September traten sowohl die DVU als auch die NPD an. Obwohl die DVU seit 1999 im Potsdamer Landtag vertreten ist und in mehr Landkreisen antrat als die NPD, erzielte sie landesweit ein schlechteres Ergebnis als diese. Insofern waren auch bei dieser Wahl die Ergebnisse, gemessen am eigenen Anspruch der Partei, enttäuschend, auch wenn es ihr aufgrund des Wegfalls der Fünf-Prozent-Klausel gelang, dort, wo sie angetreten war, mit einzelnen Kandidaten in die kommunalen Vertretungen einzuziehen.

3.3 Neonazistische Personenzusammenschlüsse

Die seit Jahrzehnten in der Beschreibung des Rechtsextremismus übliche getrennte Darstellung von „klassischen“ Rechtsextremisten, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnend gegenüberstehen, und Neonazis, die sich darüber hinaus ideologisch am historischen Nationalsozialismus orientieren, ist durch politische Entwicklungen in den letzten Jahren zunehmend in Frage zu stellen. Auch die früher nicht dem Neonazi-Spektrum zugerechnete NPD weist vermehrt Bezugspunkte zu dieser Ideologie auf. Zudem sind „Freie Nationalisten“ als Nachfolger der aus den zum großen Teil in den 1970er-Jahren entstandenen neonazistischen Gruppierungen inzwischen zum integralen Bestandteil der NPD geworden. Insbesondere in Schleswig-Holstein sind die Grenzen zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen fließend und Unterscheidungen demgemäß nur schwer möglich. Als Folge der Verflechtungen ging die Bedeutung der neonazistisch geprägten „Kameradschaften“ zurück. Allerdings sind weiterhin alle maßgeblichen Aktivisten aus neonazistischen Kreisen zumindest informell eng miteinander vernetzt. Regelmäßige kritische Äußerungen aus diesem Lager gegenüber der NPD zeigen, dass sich die Protagonisten auf Seiten der „Freien Nationalisten“ gegenüber der Partei als eine Art Avantgarde empfinden.

Maßgebliche neue Entwicklungen hat es im schleswig-holsteinischen Neonazismus seit längerem nicht mehr gegeben. Nach wie vor sind Revisionismus und Ausländer-

feindlichkeit die Themenschwerpunkte. Noch immer spielt das durch Tobias Thiessen (Alveslohe, Kreis Segeberg) betriebene „Aktionsbüro Norddeutschland“ eine wichtige Rolle als „Stichwortgeber“, Koordinierungsstelle und Organisationsplattform.

Die Stärke der schleswig-holsteinischen Neonazi-Szene hängt immer maßgeblich davon ab, inwieweit es gelingt, Anhänger der rechtsextremistischen Subkultur oder ideologisch wenig gefestigte Szene-Angehörige in die politischen Aktivitäten einzubinden. Immer wieder finden Versuche statt, mit Fragmenten eines rechtsextremistischen Weltbildes sympathisierende Angehörige gesellschaftlicher Randgruppen anzusprechen. Dauerhaft ist dies bisher nicht gelungen. Die vor und während der Kommunalwahl im Mai in Kiel beobachtete Entwicklung hat jedoch gezeigt, dass hierfür oftmals nur wenige „geeignete“ Personen erforderlich sind, um gesellschaftliche Randgruppen zumindest für einen begrenzten Zeitraum zu politischen Aktionen zu bewegen. Derartige Entwicklungen sind als gefährlich zu bewerten, da die Gewaltschwelle des sich angesprochen fühlenden Personenkreises erfahrungsgemäß grundsätzlich niedriger ist als bei ideologisch gefestigten Rechtsextremisten. Dass dieses Potenzial auch Interesse für die „Autonomen Nationalisten“ und ihre „Schwarzen Blöcke“ zeigt, erscheint nur konsequent. „Autonome Nationalisten“ sind eine spezielle Ausprägung der neonazistischen Szene, deren Entstehung und Habitus unter anderem auf Einflüsse anderer Jugendsubkulturen sowie der linksextremistischen Autonomen zurückzuführen sind. „Widerstand und Gegenwehr“ werden von den „Autonomen Nationalisten“ als legitime Reaktion deklariert. Ideologisch ist diese Entwicklung auf Bundesebene nur vereinzelt und in Schleswig-Holstein gar nicht unterlegt.

Inhaltlich spielt für den Neonazismus neben den geschichtsrevisionistischen Themen die Auseinandersetzung mit „staatlichen Repressionen“ und Angriffen linksextremistischer Gegner die Hauptrolle. Bislang waren Veranstalter rechtsextremistischer Kundgebungen und hier insbesondere die NPD grundsätzlich darauf bedacht, sich in der Öffentlichkeit positiv darzustellen. Gerade die NPD wollte keinerlei Verbotgründe liefern und mögliche Wähler nicht verprellen. Bei einer von Neonazis am 1. Mai in Hamburg durchgeführten Demonstration kam es dann allerdings zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten und der Polizei. Die Schuld hieran wurde vielfach dem im Demonstrationzug mitmarschierenden

„Schwarzen Block“ zugeschrieben und Mutmaßungen über einen künftigen Strategiewechsel der Rechtsextremisten angestellt. Im Verlauf der weiteren im Berichtsjahr durchgeführten Demonstrationen hat sich diese Vermutung allerdings noch nicht bestätigt. Insofern ist das Auftreten des „Schwarzen Blocks“ am 1. Mai zwar als Warnsignal, jedoch nicht als Strategiewechsel zu bewerten.

Diese Demonstration in Hamburg war Anlass für ein kurz darauf in Dithmarschen durchgeführtes Treffen, bei dem Anhänger für die Idee des „Schwarzen Blocks“ rekrutiert werden sollten. Danach wurde eine neue Internet-Seite mit verschiedenen Bezeichnungen wie „Nationaler Widerstand Kiel“, „Autonome Nationalisten Kiel“ oder auch „Kieler Nationale“ bekannt. In der Rubrik „Über uns Autonome Nationalisten Kiel“ stellte sich die Gruppe als „antikapitalistisch“ dar:

„(...) gegen die Ausbeutung unseres Volkes durch die geldgierigen Heuschreckenplagen der neuen Zeit, zurück zu einer nationalen und wahrhaften völkischen Wirtschaft, an welcher wir alle wachsen können.“

In einer Darstellung zu den Zielen des „Nationalen Widerstand Kiel“ wird deutlich, dass fehlende Organisationsstrukturen und bestehende Uneinigkeiten innerhalb der Szene ausschlaggebend für die Neugründung waren:

„Wir erhoffen uns (...) eine größere Einigkeit und einen größeren Informationsfluss für den Widerstand im Norden. (...) Ob nun autonom oder traditionell, wir dürfen uns nicht zersplittern (...).“

Durch einen „nationalen Bund“ sollen Schlagkraft, Sicherheit und Kameradschaft möglich sein. „Außerdem können wir dem Feind geschlossen gegenüberreten.“

Der Theorie des Anstifters dieser Aktivitäten sollten dann offenkundig Taten folgen: In der Rubrik „Aktuelles“ erschien ein Kommentar zur NPD-Kundgebung am 12. Juni in Kiel aus Anlass der konstituierenden Sitzung der Ratsversammlung:

„Im Schutze eines 30 Mann starken schwarzen Blockes aus Kiel wurde Hermann Gutsche zum Rathaus eskortiert. Das war nötig, da selbsternannte Antifaschisten (...) Krawalle und Randalie angekündigt haben.“

Der kurze Beitrag endete, „Ja, liebe Antifa, das war wohl nichts! Aber dennoch: Wir sehen uns wieder in Kiel auf UNSEREN Straßen!“, und mit einem Foto verummter Rechtsextremisten, darunter Peter Borchert (Kiel). Nach Borcherts Inhaftierung am 29. August für den Rest des Jahres erlahmten die auf Konfrontation gerichteten Aktivitäten.

Unabhängig hiervon fielen zum Ende des Jahres vermehrt Informationen über die Versuche von Einzelpersonen an, in verschiedenen Regionen des Landes neonazistische Strukturen aufzubauen. Es bleibt abzuwarten, ob sich hieraus neue „Kameradschaften“ entwickeln werden.

3.3.1 *Bedeutende Demonstrationen unter Beteiligung schleswig-holsteinischer Rechtsextremisten*

13. Februar, Dresden (Sachsen)

Aus Anlass des 63. Jahrestages der Zerstörung der Stadt Dresden (13. Februar) hatte der Landesverband Sachsen/Niederschlesien der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) - wie schon in den Vorjahren - auch 2008 zwei „Trauermärsche“ durch die Dresdener Innenstadt veranstaltet. An dem größeren Aufzug am 16. Februar nahmen nach Polizeiangaben rund 3.800 Personen teil (2007: 1.750; 2006: 4.200). Der Schweigemarsch wurde von JLO-Anhängern und der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag angeführt. Neben deutschen Rechtsextremisten nahmen auch Personen aus Schottland, Großbritannien, Frankreich, Schweden und aus Tschechien teil. Aus Schleswig-Holstein waren unter offenkundiger Leitung des Neonazis Peter Borchert rund 80 Personen (NPD-Aktivisten und „Freie Nationalisten“) angereist. Die hohe Beteiligung spiegelt die Bedeutung dieser Veranstaltung auch für die hiesige rechtsextremistische Szene wider.

29. März, Lübeck

Die Demonstration „Bomben für den Frieden? - Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ wurde schon Monate im Voraus intensiv in rechtsextremistischen Kreisen beworben. Initiator war - wie auch schon in den vergangenen Jahren - der „Freie Nationalist“ und stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Jörn Lemke (Lübeck).

Zur Vorbereitung dieser Demonstration führten am 8. März etwa 40 bis 50 Neonazis und NPD-Aktivisten in der Lübecker Innenstadt eine Mahnwache durch. Fast zeitgleich fand eine angemeldete Gegenveranstaltung des „linken“ Spektrums mit etwa 200 Teilnehmern statt, die zum Ziel hatte, die Durchführung der Mahnwache zu verhindern. Da die Polizei beide Veranstaltungen begleitete, konnte ein Zusammentreffen der Gruppen vermieden werden.

Der dann am 29. März mit rund 350 rechtsextremistischen Teilnehmern durchgeführte „Gedenkmarsch“ wurde von den Veranstaltern und anderen Szene-Angehörigen als großer Erfolg gefeiert. Erstmals konnte er nämlich aufgrund der konsequenten Abgrenzung zu den diversen Gegenveranstaltungen ohne größere Änderungen oder Einschränkungen auf der angemeldeten Route durchgeführt werden. Als Redner bei den verschiedenen Zwischenkundgebungen traten Jörn Lemke als Veranstalter, Jens Lütke (stellvertretender NPD-Landesvorsitzender), Peter Borchert sowie die bundesweit bekannten Neonazis Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern) und Christian Worch (Hamburg) auf.

Wie schon in den vergangenen Jahren war wieder ein nicht unerheblicher Teil der Rechtsextremisten aus Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern angereist. Daneben wurden auch Personen aus Dänemark festgestellt. Lediglich ein Viertel der Teilnehmer an der Demonstration kam aus Lübeck. Sie gehörten sowohl den veranstaltenden „Freien Nationalisten“ und der NPD als auch der Subkultur-Szene an.

Bei dieser Demonstration handelt es sich mittlerweile um eine Art „Pflichtveranstaltung“ für Rechtsextremisten. Innerhalb weniger Jahre hat sich der „Gedenkmarsch“ zur größten regelmäßig wiederkehrenden rechtsextremistischen Demonstration in Schleswig-Holstein entwickelt. Durch die Anwesenheit bundesweit bekannter Protagonisten des Neonazismus wird sie aufgewertet. Dementsprechend hatte das „Aktionsbüro Norddeutschland“ als Sprachrohr der hiesigen „Freien Nationalisten“ bereits im Jahr 2007 die Parole ausgegeben: „Der Gedenkmarsch in Lübeck ist eine feste Größe geworden, die es in den kommenden Jahren weiter auszubauen gilt!“. Mit einer Wiederholung ist daher auch in den nächsten Jahren zu rechnen.

1. Mai, Hamburg

Unter dem Motto „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen - gemeinsam gegen Globalisierung“ hatte die Rechtsextremistin Inge Nottelmann (Alveslohe, Kreis Segeberg) für den 1. Mai eine Demonstration in Hamburg-Barmbek angemeldet und sich selbst als Versammlungsleiterin benannt. In den Kooperationsgesprächen mit den Behörden hatte sie eine Teilnehmerzahl von rund 700 angegeben. Für die Veranstaltung war monatelang bundesweit sowohl aus dem Kreis der „Freien Nationalisten“ als auch durch die NPD mobilisiert worden. Mit rund 1.500 Teilnehmern war die Demonstration der größte rechtsextremistische Aufmarsch seit Januar 2004 in Hamburg. Die Teilnehmer kamen aus dem gesamten norddeutschen Raum sowie aus Nordrhein-Westfalen und aus Dänemark.

Am Ende des Zuges traten etwa 350 schwarz gekleidete und aggressiv auftretende Personen als „Schwarzer Block“ auf.

Die Anreise der rund 150 Teilnehmer aus Schleswig-Holstein erfolgte mit wenigen Ausnahmen mit der Bahn. Die Anreiseorganisation hatte auch hier offenkundig wieder Peter Borchert übernommen.

Neben friedlichen Protesten mehrerer tausend Gegendemonstranten kam es in Hamburg auch zu massiven Ausschreitungen militanter Linksextremisten. Am Rande der Demonstration lieferten sich gewaltbereite Links- und Rechtsextremisten Schlägereien und Verfolgungsjagden. Auf den einschlägigen Internet-Seiten stellte die rechtsextremistische Szene ihr aggressives Auftreten als Reaktion auf das vermeintliche Fehlverhalten der Polizei und die ungehinderten Angriffe linksextremistischer Gegendemonstranten dar:

„(...) Um uns selbst zu schützen, sind wir den Linken sofort entgegen gelaufen, um sie in die Flucht zu schlagen. Die Gewalt ging von links aus und wurde von uns nur in wenigen Situationen gezügelt, wo es definitiv um Leib und Leben unserer Teilnehmer ging und die Polizei nicht mehr imstande war, ihre Aufgaben wahrzunehmen.“

Damit ging die seit Jahren von Rechtsextremisten verfolgte Provokationsstrategie in Hamburg auf. Zumindest in Teilen der Bevölkerung könnte der Eindruck entstanden

sein, dass allein Linksextremisten für die Gewalttätigkeiten verantwortlich waren. Dementsprechend feierte die rechtsextremistische Szene den Verlauf:

„Es war einer der erlebnisreichsten, kämpferischsten Einsätze der letzten Jahre, der geprägt war von teilweise offenen Konfrontationen mit gewaltbereiten Linken, einer überforderten Polizei und einem Stadtteil, wo es an allen Ecken und Enden brannte.“

Daneben wurde in den Kommentaren zur Demonstration deutlich, dass sich die rechtsextremistische Szene nicht mehr in der Rolle des Opfers „des Systems“ und „linker Gewalttäter“ sieht:

„(...) dieses Recht auf Selbstschutz werden wir auch künftig überall dort praktizieren, wo der kriminelle linke Mob, unterstützt und aufgestachelt durch linke etablierte Medien, Politiker und Gutmenschen, uns an Leib und Leben bedroht (...).“

Während die rechtsextremistische Szene in den letzten Jahren darauf bedacht war, dass ihre Demonstrationen gewaltfrei verliefen, zeigen derartige Einlassungen und die Vorfälle in Hamburg, dass es unter Rechtsextremisten durchaus Strömungen gibt, die Widerstand und Gewalt bei Veranstaltungen als „legitime“ Reaktion auf behauptete Gewalt von Gegendemonstranten und Polizei ansehen.

2. August, Bad Nenndorf (Niedersachsen)

„Freie Nationalisten“ aus Niedersachsen hatten am 2. August in Bad Nenndorf einen „Trauermarsch“ initiiert, um ein britisches, nach dem Zweiten Weltkrieg dort eingerichtetes Lager zu thematisieren. An der Veranstaltung nahmen etwa 400 Personen teil. Für die Teilnahme von rund 50 schleswig-holsteinischen Aktivisten war wiederum Peter Borchert maßgeblicher Organisator.

Beispielhaft für das Ziel der Veranstalter, die Siegermächte als die eigentlich Schuldigen darzustellen, ist der folgende Auszug aus der Internet-Seite des „Aktionsbüro Norddeutschland“:

„Ekel, Abscheu und Haß gegen die perversen fremden Folterknechte machte sich bei den Teilnehmern breit, als Kamerad Steiner (Anmerkung: in der Szene gebräuchliche Bezeichnung für Thomas Wulff, ‚Frei-

er Nationalist' und NPD-Mitglied) in seiner Auftaktansprache bis ins kleinste Detail aufzählte, mit welchen Methoden die über 372 Männer, Frauen und Kinder des geheimen britischen Folterlagers in der ‚verbotenen Stadt‘ Bad Nenndorf misshandelt und teilweise zu Tode gequält worden sind. Es ist eine bestialische Perversität, wie sie einem deutschen Menschen niemals zu eigen sein könnte. Nicht von ungefähr kommt die Aussage eines betroffenen Antifaschisten, er habe in über zwei Jahren Gestapo-Haft niemals eine solche Behandlung erfahren müssen, wie in dem britischen Folterlager im Winklerbad.“

Die verhältnismäßig hohe Teilnehmerzahl zeigt, dass revisionistische Themen nach wie vor eine besonders große Anziehungskraft auf aktionistisch geprägte Rechtsextremisten haben.

16. August, Kiel

Im Zusammenhang mit dem 21. Todestag von Rudolf Heß führten Rechtsextremisten nach dem endgültigen Verbot der geplanten zentralen Veranstaltung in Wunsiedel (Bayern) am Wochenende des 16./17. August im Bundesgebiet lokale Gedenkveranstaltungen durch.

Am Abend des 16. August kam es auch in der Kieler Innenstadt zu einem vermeintlich „spontanen Fackelmarsch“ von 35 Neonazis unter der Leitung von Peter Borchert. Die Demonstrationsteilnehmer führten Fackeln, Transparente und so genannte Flyer mit der Aufschrift „Kampagne Nobelpreis für Rudolf Heß“ mit. Gegen 23 Uhr wurde der Aufmarsch am Holstenplatz durch die Polizei gestoppt. Mehrere Angehörige der linksextremistischen Szene beobachteten die „Aktion“. Ihre Versuche, zu den Rechtsextremisten vorzudringen, wurden vereitelt.

6. September, Dortmund (Nordrhein-Westfalen)

Rund 1.200 Rechtsextremisten demonstrierten am 6. September unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“ in Dortmund. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer war nach den Regeln des so genannten Schwarzen Blocks einheitlich schwarz gekleidet. Es wurden Parolen wie „Juden raus - aus Palästina“ und „Nie wieder Israel“ skandiert. Neben einem kurzen Wortbeitrag von Christian Worch sprachen führende Rechtsextremisten aus Bulgarien, Tschechien, Österreich und Großbritannien. Die Polizei bezeichnete das Aggressionspotenzial der rechtsextremistischen Teilnehmer als sehr hoch; es kam zu Flaschenwürfen auf die Sicherheitskräfte und zur Verwendung von Pyrotechnik. Es erfolgten sechs Straf-

anzeigen. Entgegen der ursprünglichen Planung nahmen aus Schleswig-Holstein lediglich knapp 20 Rechtsextremisten teil. Grund für die geringe Teilnehmerzahl dürfte Borcherts Inhaftierung Ende August gewesen sein. Damit fehlte der schleswig-holsteinischen Szene ein Motor und Organisator.

3.4 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Die 1979 gegründete HNG ist der größte neonazistische Verein in Deutschland; Ursel Müller aus Mainz ist seit vielen Jahren die Vorsitzende. In Schleswig-Holstein hat die HNG rund 25 Mitglieder.

Dem Verein kommt in erster Linie eine Rolle als Integrations- und Vernetzungsfaktor in der rechtsextremistischen Szene zu. Sein Sprachrohr sind die monatlich erscheinenden „Nachrichten der HNG“, die überwiegend der Betreuung und ideologischen Festigung inhaftierter Rechtsextremisten dienen. Der in jeder Ausgabe abgedruckten „Gefangenenliste“ ist ein Foto von Rudolf Heß als Symbolfigur des „politischen Gefangenen“ vorangestellt. Neben einigen schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten ist auch Kay Diesner, der wegen des Mordes an einem Polizisten 1997 in Schleswig-Holstein zu lebenslanger Haft verurteilt wurde und in der Justizvollzugsanstalt Lübeck-Lauerhof einsitzt, aufgeführt.

In der August-Ausgabe der „HNG-Nachrichten“ ist ein mehrseitiger Artikel zu Diesner, „einem der bekanntesten politischen Häftlinge (...), den das BRD-System seit über 11 Jahren in Haft hält“, abgedruckt. Unter Pseudonym wird über Diesner und dessen schlechte Haftbedingungen berichtet:

„Die Anstaltsleitung war immer bemüht Kay mit inhaftierten ‚Immigranten‘ zu umzingeln. Die Zellen links und rechts sowie oben und unten (...) waren mit Ausländern belegt. So musste Kay von morgens bis abends ausländisches ‚Musik-Gedudel‘ (von Kay auch immer ‚Wüsten-tuntenmusik‘ genannt), (...) über sich ergehen lassen. Allein schon diese Sache ist für jeden Deutschen Psychoterror pur, besonders aber für Nationalisten!“

Im Weiteren werden Postkontrollen, abgehörte Telefongespräche sowie Zellendurchsuchungen angeprangert. Trotz der Aussichtslosigkeit auf ein Ende der „Folterhaft“ habe Diesner aber „seinen Glauben an ein freies nationales Deutschland“ nicht verlo-

ren und hoffe „ungebeugt“ auf „eine große Wende für Volk und Heimatland“. Der Artikel endet mit der Aufforderung, Diesner die „verdiente“ und „nötige“ Unterstützung zukommen zu lassen.

Diese Vorgehensweise verdeutlicht beispielhaft die sich in den Veröffentlichungen der HNG wiederholende Botschaft: Ziel ist der Systemwechsel. Der Bekanntheitsgrad einzelner verurteilter rechtsextremistischer Straftäter wird benutzt, diese Botschaft zu transportieren.

4 Regionale Schwerpunkte

4.1 Kiel und Kreis Plön

Die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene im Raum Kiel und im Kreis Plön waren im Berichtsjahr im Wesentlichen durch den NPD-Kreisverband Kiel/Plön und durch die gewaltbereite subkulturelle Szene in Kiel geprägt. Im Gegensatz zu den Vorjahren war der Kontakt der beiden Strömungen sehr intensiv. Zurückzuführen ist dies auf die Aktivitäten des Neonazis Peter Borchert. Ihm gelang es, Personen, die eher der rechtsextremistischen Subkultur-Szene zuzurechnen sind, für Zwecke der NPD zu instrumentalisieren.

Im Zusammenhang mit der Kommunalwahl im Mai kam es - fast erwartungsgemäß - zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen des rechts- und linksextremistischen Spektrums und zu Sachbeschädigungen, die ihren Höhepunkt im April erreichten. Schon zu Beginn des Jahres machten NPD-Angehörige und „Freie Nationalisten“ mit einer Verteil-Aktion von so genannten Schulhof-CDs und Flugblättern („Die PISA-Republik“) an zwei Kieler Schulen auf sich aufmerksam.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des NPD-Kreisverbandes stand in der ersten Hälfte des Jahres der Kommunalwahlkampf in Kiel. Zwar trat die NPD flächendeckend an, musste jedoch bei der Auswahl der Kandidaten auf viele Nicht-Mitglieder - größtenteils aus der subkulturellen Szene - zurückgreifen. Nach dem Einzug eines NPD-Kandidaten in die Kieler Ratsversammlung wurde anlässlich deren konstituierender Sitzung am 12. Juni vom NPD-Kreisverband eine kleine Kundgebung zum Thema „Demokratie und Meinungsfreiheit schützen - Gesinnungsdiktatur verhindern“ veran-

staltet, an der lediglich sieben Personen teilnahmen. Zeitgleich fand eine Gegendemonstration des linken Spektrums teil, an der rund 150 Personen teilnahmen. Weitere Rechtsextremisten kamen hinzu. Dabei kam es dann zu Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten, in deren Folge knapp 40 Personen in Gewahrsam genommen wurden.

Parteiinterne Probleme führten zu Umbesetzungen im Vorstand des NPD-Kreisverbandes. Erst im Januar in ihre Ämter gewählte Vorstandsmitglieder traten bereits Ende August wieder von diesen zurück. Die Querelen hatten auch auf die Internet-Präsenz des Kreisverbandes Einfluss. Wurde in der ersten Jahreshälfte noch wie gewohnt eine breite Palette von allgemein-politischen Themen (z. B. „Aus Klausdorf und Ralsdorf werden ‚Schwentinetal‘, „Unnötig teure Autobahnrampe am Uhlenkrog geplant“ und „Kuhhandel um die Ruine der Holsatiamühle?“) mit bekannten rechtsextremistischen Untertönen veröffentlicht, so wurden im zweiten Halbjahr die Seiten nur selten aktualisiert.

Die Entwicklung der subkulturellen Szene in Kiel zeigt exemplarisch, wie sehr die Aktivitäten einer Einzelperson im Zusammenhang mit der Kommunalwahl und einem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch am 16. August in Kiel (siehe dazu unter Nr. II 3.3.1) eine ganze Region beeinflussen können. Nach deren Inhaftierung gingen die Aktivitäten der Kieler Szene merklich zurück.

4.2 Kreis Rendsburg-Eckernförde

Im Raum Rieseby/Eckernförde hat sich die regionale rechtsextremistische Szene verfestigen können. Mittlerweile sind ihr rund zehn bis fünfzehn Personen zuzurechnen. Zwar nennt sich diese Gruppierung - wie auch ihrem Internet-Auftritt zu entnehmen ist - „Freie Nationalisten aus Eckernförde“ (FNE), jedoch ist weniger von einer „Kameradschaft“, sondern eher von einer „Misch-Szene“ auszugehen. Diese bestand aus wenigen aktivistischen Neonazis und mehrheitlich aus Angehörigen der Subkultur. Mitglieder der FNE beteiligten sich im ersten Halbjahr 2008 vereinzelt an neonazistischen Demonstrationen. An im Frühjahr 2008 in Kosel durchgeführten Veranstaltungen (Liederabende, Sonnenwend-Feier) nahmen durchschnittlich rund

20 Rechtsextremisten teil, die überwiegend aus dem Raum Rieseby sowie Eckernförde stammen.

Bezeichnend ist die Situation der NPD im Kreisgebiet. Lediglich eine Handvoll der rund 240 landesweit bekannten NPD-Mitglieder hat in diesem Kreis ihren Wohnsitz. Politische Aktivitäten von NPD-Mitgliedern aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde sind im Jahr 2008 kaum zu verzeichnen gewesen. Eine am 8. November durchgeführte Flugblatt-Verteilung in Eckernförde sowie der eine Woche später an gleicher Stelle veranstaltete Informationstisch wurden maßgeblich von NPD-Aktivisten aus Kiel und Nordfriesland ausgerichtet.

4.3 Kreis Dithmarschen

Im einstigen Schwerpunkt Dithmarschen hat sich die Lage entspannt. Ende 2005 hatte sich eine neonazistische „Kameradschaft“ unter der Bezeichnung „Nationale Aktionsfront Dithmarschen“ (NAD) etabliert. Durch die Anmietung der leer stehenden Gaststätte „Zur Börse“ in Neufeld, in der bis zum Mai 2007 zahlreiche rechtsextremistische Musikveranstaltungen durchgeführt wurden, gelang es der Szene zunächst, ihren Anhängerkreis zu vergrößern. Inzwischen sind kaum noch Aktivitäten der NAD festzustellen. Eine Ursache dürften die im Mai 2007 ergangenen ordnungsbehördlichen Maßnahmen sein, mit denen eine weitere Nutzung der Immobilie für Konzerte verhindert werden konnte. Ab Mitte 2008 wurde die ehemalige Gaststätte über einen Immobilienmakler im Internet zum Verkauf angeboten. Im Oktober konnte das Objekt von der Gemeinde Neufeld erworben werden. Das Gebäude ist nach einem Beschluss der Gemeindevertretung noch im Dezember abgerissen worden.

Der NPD-Bezirksverband Westküste umfasst die Kreise Dithmarschen, Steinburg und Pinneberg. Der Vorstand ist bemüht, dem Verband ein gemäßigtes, bürgerliches Erscheinungsbild zu geben und betätigt sich kontinuierlich politisch. In den Kreisen Dithmarschen und Pinneberg wurde jeweils einmal monatlich zu einem politischen Stammtisch eingeladen. Auf seiner Internet-Seite veröffentlicht der Bezirksverband von Zeit zu Zeit parteieigene Presseartikel zu aktuellen Themen, Veranstaltungen und Aktivitäten. Flugblätter wurden an Informationstischen (jeweils einmal in Wesselburen, Hohenlockstedt und Barmstedt), regional aber auch in Briefkästen verteilt. Für

Hohenwestedt und Umgebung wurde im Eigendruck der „Volksaufklärer“, in Pinneberg eine „Bürgerinfo“ herausgegeben. Beide erschienen in unregelmäßigen (eher sehr langen) Zeitabständen. In Uetersen wurde im November ein Fackelmarsch, begleitet durch „linke“ Demonstranten, durchgeführt.

4.4 Kreis Pinneberg

Die rechtsextremistische Szene im Kreis Pinneberg bot im Berichtsjahr ein ambivalentes Bild. Nach wie vor liegen keine Anzeichen dafür vor, dass sich im ehemaligen Schwerpunktgebiet der schleswig-holsteinischen Neonazi-Szene organisierte Strukturen herausgebildet hätten. Die früher sehr aktive Kameradschafts-Szene im Pinneberger Raum ist nahezu vollständig zum Erliegen gekommen. Lediglich wenige Einzelpersonen sind noch dem Neonazi-Milieu zuzurechnen.

Im Gegensatz hierzu steht eine vergleichsweise hohe Anzahl von Angehörigen der rechtsextremistisch beeinflussten Subkultur-Szene. Diesem Personenkreis, der etwa 60 bis 70 Anhänger umfasst, sind feste, kameradschaftsähnliche Strukturen eher fremd. Zielgerichtete politische Aktivitäten gehen von ihm nur selten aus, im Vordergrund stehen eher unpolitische Freizeitaktivitäten. Allerdings traten die Angehörigen der Szene durchaus in eindeutig rechtsextremistischen Zusammenhängen in Erscheinung, beispielsweise zur 1.-Mai-Demonstration in Hamburg. Auch für diverse Propaganda- und Körperverletzungsdelikte - meist unter Alkoholeinfluss und gegenüber Angehörigen der „linken“ Szene - war dieser Personenkreis verantwortlich.

In der Gesamtschau kommt dem Kreis Pinneberg im schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus gegenwärtig keine hervorgehobene Bedeutung zu. Dies auch deshalb, weil der NPD-Bezirksverband aufgrund seiner gemäßigten Ausrichtung eher unattraktiv für aktionistische Rechtsextremisten bzw. Neonazis ist.

4.5 Nördliches Schleswig-Holstein - Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Stadt Flensburg

In den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und in der Stadt Flensburg konnte auch 2008 eine Zunahme von planmäßigen rechtsextremistischen Aktivitäten beobachtet werden. Bestimmt wurde diese Entwicklung durch den im Jahr 2006 gegründeten NPD-Kreisverband Nordfriesland/Schleswig-Flensburg/Flensburg. Auf seiner

Internet-Seite berichtet er regelmäßig über von ihm organisierte Aktionen und Teilnahmen an überregionalen Veranstaltungen. Danach ließ sich eine Reihe von Mitgliedern in Aktivitäten innerhalb, aber auch außerhalb des Kreisverbandsgebietes einbinden.

Im Mai beteiligte sich der Kreisverband an der Kommunalwahl. Im Kreis Nordfriesland konnte er zwar 21 von 27 Wahlkreisen mit Kandidaten besetzen, die Wahlergebnisse zeugten allerdings von einem nur sehr mäßigen Erfolg (siehe dazu unter Nr. II 2.1.1).

Aktivisten des NPD-Kreisverbandes beteiligten sich am 27. September in Bredstedt an einer von „Freien Nationalisten“ organisierten Mahnwache mit Kundgebung. Das bei dieser Veranstaltung gewählte Thema „Todesstrafe für Kindermörder und Kinderschänder“ wird seit längerem von Rechtsextremisten für ihre Zwecke genutzt. Im Zeitraum vom 4. Oktober bis 22. November veranstaltete der Kreisverband dann unter dem vom Parteivorstand vorgegebenen Thema „Sozial geht nur national“ insgesamt acht Informationsveranstaltungen. Die Vielzahl der Veranstaltungen war allerdings auch eine Reaktion auf Aktionen gewaltbereiter linksextremistischer Gegner. So griffen am 25. Oktober autonome Linksextremisten einen NPD-Stand in Kappeln an und verletzten zwei Rechtsextremisten.

4.6 Neumünster

Der „Club 88“ in Neumünster ist seit mittlerweile mehr als zwölf Jahren ein über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus bekannter Treffpunkt für Skinheads und Neonazis. Seit mehreren Jahren gehen die Besucherzahlen jedoch stetig zurück. Daneben hat sich auch der Kreis der Besucher in den letzten Jahren auffallend verändert. Mehrheitlich wird der Club nun von jüngeren Personen aus der subkulturellen Skinhead-Szene aufgesucht, wobei offenbar ein nicht unerheblicher Teil der Besucher - nachdem der Reiz des Neuen verflogen ist - dem Club auch schnell wieder den Rücken kehrt. Bei den älteren Neonazis wie auch bei auswärtigen Besuchern setzte sich der schon in den vergangenen Jahren festzustellende Abwärtstrend in der Anziehungskraft erkennbar fort.

Im Jahresverlauf fanden im Club unter anderem einige Liederabende statt, deren Teilnehmerzahl jedoch jeweils weniger als 50 Personen betrug. Einzig eine Solidaritätsveranstaltung für einen erkrankten rechtsextremistischen Liedermacher am 21. Juli fand mit etwa 70 Gästen eine größere Resonanz.

Hervorzuhebendes Ereignis war wie schon in den vergangenen Jahren die alljährlich stattfindende Geburtstagsfeier des „Club 88“, der im Oktober sein zwölftjähriges Bestehen feiern konnte. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren liefen die Mobilisierungsbemühungen in diesem Jahr äußerst schleppend an und waren wenig erfolgreich. Waren im Jahr 2007 noch mehr als 400 Besucher gezählt worden, die aus der gesamten Bundesrepublik und zum Teil sogar aus Dänemark angereist waren, so lag die Teilnehmerzahl 2008 unterschiedlichen Einschätzungen zufolge lediglich bei etwa 150 Personen.

Zusätzlich zum „Club 88“ hat sich in der Neumünsteraner Innenstadt mit der Gaststätte „Titanic“ ein weiterer Treffpunkt für die örtliche rechtsextremistische Szene etabliert.

Als Folge der geschilderten Entwicklung ist die Zahl der in Neumünster aktiv tätigen Rechtsextremisten seit Beginn des Jahres 2008 - auch wegen des Nachrückens nur einiger weniger, meist jugendlicher Aktivisten - insgesamt deutlich zurückgegangen. Das Mobilisierungspotenzial für die Teilnahme an politischen Aktionen lag im Berichtszeitraum bei etwa höchstens 30 Personen, wobei auch hier rückläufige Tendenzen erkennbar waren. Bedingt durch den anhaltenden Rückzug etablierter Rechtsextremisten, das Nachlassen bürgerlicher und „links gerichteter“ Aktivitäten gegen den Club und das geringere Publikumsinteresse ging die Bedeutung des „Club 88“ als überregionaler Szene-Treff weiter zurück.

Der NPD-Kreisverband Segeberg/Neumünster hat im Jahr 2008 nur sporadisch Aktivitäten entfaltet. Die einzige öffentlichkeitswirksame Veranstaltung war eine Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai am Ehrenmal in Nützen (Kreis Segeberg). Im Vergleich zu anderen Kreisverbänden ist dieser Kreisverband daher als weitgehend inaktiv zu bezeichnen.

4.7 Lübeck und Kreis Ostholstein

Die herausragenden Ereignisse in dieser Region waren die seit einigen Jahren regelmäßig im März stattfindende Demonstration „Bomben für den Frieden? - Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ und die Beteiligung der NPD an der Kommunalwahl im Mai.

Während in der Stadt Lübeck selbst eine Teilnahme an der Kommunalwahl mangels geeigneter Kandidaten nicht realisiert werden konnte, schaffte es der NPD-Kreisverband Lübeck/Ostholstein, zu den Kreistagswahlen in 27 der 29 ostholsteinischen Wahlkreise Kandidaten aufzustellen. Der Kommunalwahlkampf verlief eher unspektakulär. Bis auf den Einsatz eines Lautsprecherwagens und einiger Informationstische wurden keine größeren öffentlichen Aktionen bekannt. Die Mitglieder des Kreisverbandes konzentrierten sich ganz überwiegend auf die Verteilung von Flugblättern und Wahlkampfzeitungen, die meist auf regionale Themen („Nein zur Erweiterung des Neustädter Müllheizkraftwerkes!“) abzielten. Trotz des hohen Aufwandes und der intensiven Bemühungen gelang es dem Kreisverband jedoch nicht, einen Kandidaten in den Ostholsteiner Kreistag zu entsenden.

Die Demonstration „Bomben für den Frieden? - Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ war schon Monate im Voraus intensiv in rechtsextremistischen Kreisen beworben worden. Initiator war - wie schon in den vergangenen Jahren - der „Freie Nationalist“ und stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Jörn Lemke (siehe dazu unter Nr. II 3.3.1).

Nach der Kommunalwahl gingen die rechtsextremistischen Aktivitäten in der Region zurück. Erst am 8. November luden die NPD-Kreisverbände Lübeck/Ostholstein und Lauenburg/Stormarn anlässlich eines bundesweiten „Aktionstages“ zum Besuch von Informationsständen in Ratekau und Reinfeld ein. Schließlich nahmen am 16. November rund 50 Rechtsextremisten an einer Gedenkveranstaltung mit anschließender Kranzniederlegung auf dem Lübecker Ehrenfriedhof teil.

4.8 Südöstlicher Landesteil - Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn

Die maßgeblichen Impulse für rechtsextremistische Aktivitäten gingen in den beiden Kreisen im Wesentlichen von der NPD aus. Dem Kreisverband Lauenburg/Stormarn

gehörten Ende 2008 knapp 30 Mitglieder an. Nachdem sein Vorsitzender Kay Oelke auf der Mitgliederversammlung im Februar in seinem Amt bestätigt wurde, bestimmte der Wahlkampf zur schleswig-holsteinischen Kommunalwahl im Mai die weiteren Aktivitäten des Verbandes.

Im Kreis Herzogtum Lauenburg trat die Partei mit 27 Kandidaten, davon viele parteilos, flächendeckend an. Oelke schaffte im Wahlkreis 25 (Wentorf bei Hamburg) mit 1.668 Stimmen (= 2,1 %) den Sprung in den Kreistag:

„Wir haben unser Wahlziel, in den Kreistag einzuziehen, erreicht. (...) Die Etablierten werden in Zukunft nicht mehr daran vorbeikommen, sich mit vernünftigen nationaldemokratischen Lösungsvorschlägen für die zahlreichen Probleme des Herzogtums auseinanderzusetzen.“

Im Wahlkampf war Oelke vom Hamburger NPD-Landesvorsitzenden Jürgen Rieger und dem ehemaligen NPD-Bundesvorstandsmitglied, dem „Freien Nationalisten“ Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern), unterstützt worden.

Im Herbst erschien sowohl in der NPD-Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“ als auch im Bundesparteiorgan „Deutsche Stimme“ ein Bericht zur „kommunalen Vernetzung im Dreiländereck an der Elbe“. Danach soll im August ein „Kommunalebündnis Dreiländer-Eck“ zwischen rechtsextremistischen Mandatsträgern der Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen aus den kommunalen Vertretungen gegründet worden sein. Ziel des Bündnisses sei neben der Vernetzung vor allem, „die Schlagkraft in der kommunalen Politik zu erhöhen und damit die politischen Gegner stärker als zuvor unter Druck zu setzen“.

Im September fand das sich seit 2005 jährlich wiederholende „Dönitz-Gedenken“ in Aumühle statt. Am 28. September legten zahlreiche Rechtsextremisten aus dem norddeutschen Raum auch einen Kranz des NPD-Landesverbandes am Grab von Karl Dönitz nieder. Organisatoren der Veranstaltung waren Thomas Wulff und NPD-Funktionäre aus dem südlichen Landesteil. Wulff betonte in seiner „Gedenkansprache“, dass die Ehre von Dönitz hochgehalten werden und die Jugend diese Tradition weiterführen müsse; Dönitz hätte eine Vorbildfunktion. Nicht nur die fast doppelt so hohe Teilnehmerzahl im Vergleich zu den Vorjahren, sondern auch die deutliche Ü-

berzahl der jüngeren Teilnehmer dürfte entscheidend darauf zurückzuführen sein, dass Wulff gerade bei jüngeren Szene-Angehörigen hohes Ansehen genießt.

Am bundesweiten „Aktionstag“ der NPD am 8. November wurde durch die beiden Kreisverbände Lauenburg/Stormarn und Lübeck/Ostholstein ein Informationsstand in der Innenstadt von Reinfeld durchgeführt. Dabei wurden Flugblätter gegen „den Globalisierungswahnsinn“ und Informationsbroschüren „zur aktuellen Bankenkrise“ verteilt. Die NPD stellte die Aktion als Erfolg dar. Tatsächlich wurde der Stand offenkundig aufgrund fehlender Resonanz schnell wieder abgebaut.

Am Beispiel des südöstlichen Schleswig-Holstein wird einmal mehr deutlich, dass Anspruch und Wirklichkeit örtlicher NPD-Aktivitäten weit auseinander gehen. Auf der Internet-Seite des Kreisverbandes werden seitenweise Meinungen, Kommentare und Informationen eingestellt, die dem Betrachter „erfolgreiche Aktionen und Aktivitäten“ suggerieren. Tatsächlich ist das öffentliche Interesse an der NPD eher gering. Dies belegen die Mitgliederzahlen im Kreisverband.

Am 22. November fand ein Treffen des NPD-Kreisverbandes Lauenburg/Stormarn und „freier Kräfte“ statt, an dem rund 40 Personen teilnahmen. Die Veranstaltung war unter anderem von Thomas Wulff organisiert und stand unter dem Motto „Das System kollabiert!“. Neben dem Kreisvorsitzenden Oelke sprachen der stellvertretende Landesvorsitzende Jens Lütke sowie der Hamburger NPD-Landesvorsitzende Jürgen Rieger.

„Steuergeldverschleuderung, Ausverkauf von Volkseigentum, Verschuldung kommender Generationen und am schlimmsten der Multikultiwahnsinn, dies sind die Schlagworte anhand derer Jürgen Rieger ganz klar die Fäulnisherde des wankenden Systems beschrieb“,

heißt es in einer Internet-Meldung des NPD-Kreisverbandes über das Treffen.

Sollte die Zusammenarbeit von Wulff und Rieger Bestand haben, ist in Zukunft mit einer engeren Vernetzung der NPD-Landesverbände Schleswig-Holstein und Hamburg zu rechnen.

In der Region gab es im Berichtszeitraum kaum Strukturen in den Phänomenbereichen Skinhead-Subkultur und neonazistische Kameradschafts-Szene. Erwähnenswert ist allerdings das alljährlich stattfindende norddeutsche Szene-Fußballturnier. Es wird seit vielen Jahren von zwei Aktivisten aus dem südlichen Schleswig-Holstein organisiert. 2008 fand das Turnier am 19. Juli in Reinbek mit rund 200 Teilnehmern und ohne öffentlichkeitswirksame Vorkommnisse statt.

Im Berichtsjahr festgestellte neue Internet-Seiten mit eindeutig neonazistischen oder subkulturellen rechtsextremistischen Bezügen zeigen, dass es auch in diesem Landesteil Einzelaktivisten gibt, die bereit sind, sich rechtsextremistisch zu engagieren. Beispielhaft ist eine im April festgestellte Seite, bei der sich nach eigener Aussage Mitglieder der „Anti-Antifa Herzogtum Lauenburg“ und der „Nationalen Sozialisten Herzogtum Lauenburg“ zur „Nationalen Offensive Lauenburg“ zusammengeschlossen haben. Ziel sei es, der „Anti-Deutschen Antifa“ die Stirn zu bieten. Die Seite enthält Hinweise auf Demonstrationen, Videos und Bilder (unter anderem vom „Trauermarsch“ in Lübeck am 29. März), ein Gästebuch, Forum und Verweise zu szenebekannteren Seiten. Sowohl die genannten Aussagen als auch die Internet-Präsentation suggerieren in Aufmachung und Umfang eine Vielzahl von Aktivisten. Wahrscheinlicher ist, dass hinter diesen Aktivitäten nur wenige Rechtsextremisten stehen.

Die Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn stellen trotz des relativen Wahlerfolges der NPD bei der Kommunalwahl derzeit keinen Schwerpunkt bei der Beobachtung rechtsextremistischer Aktivitäten dar. Gleichwohl sind die genannten Aktivitäten Beispiele dafür, dass es Bemühungen gibt, sowohl die Vernetzung mit der überregionalen Szene als auch die öffentliche Wahrnehmung zu verbessern.

5 *Schrifttum und Verlagswesen*

Zu den Verlagen, die auch oder ausschließlich rechtsextremistische Publikationen anbieten, gehört in Schleswig-Holstein der in Martensrade (Kreis Plön) ansässige „Arndt-Verlag“. Zu seiner Unternehmensgruppe zählen der „Bonus-Verlag“, der „Orion-Heimreiter-Verlag“ und der „Pour-le-Mérite-Verlag“. Außerdem wird von ihm die „Deutsche Militärzeitschrift“ herausgegeben. Über den dem „Arndt-Verlag“ angeschlossenen Buchdienst „Lesen & Schenken“ wird ein Buch- und Geschenkesorti-

ment vertrieben, das in Teilen rechtsextremistische Bezüge aufweist. Es fällt auf, dass ein großer Teil des angebotenen Programms die Zeit des Nationalsozialismus ausgesprochen unkritisch darstellt.

Auch der „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur“ (Viöl, Kreis Nordfriesland), die „Versandbuchhandlung Gisela Stiller“ (Stafstedt, Kreis Rendsburg-Eckernförde) und die „Faktum-Verlag GmbH“ (Burg, Kreis Dithmarschen) bieten in Schleswig-Holstein rechtsextremistische Literatur an.

6 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2006 bis 2008

	2006	2007	2008
NPD/JN	240	240	240
DVU	300	250	210
Sonstige			
• nicht neonazistische Rechtsextremisten	60	80	100
• überwiegend neonazistisch orientierte Rechtsextremisten	90	100	110
Subkulturell geprägte und sonstige als gewaltbereit eingeschätzte Rechtsextremisten	660	740	760
Gesamt Land *	1.350	1.410	1.420
Gesamt Bund *	38.600	31.000	30.000

* Nach Abzug so genannter Doppelmitgliedschaften

III. Linksextremismus

1 Überblick

In Ermangelung eines herausragenden Ereignisses, wie es sich im Jahr 2007 mit dem G8-Gipfeltreffen im Juni in Heiligendamm geradezu angeboten hatte, widmete sich die linksextremistische Szene 2008 bundesweit verstärkt ihrem traditionellen Aktionsfeld: dem „Anti-Faschismus-Kampf“. Dieser richtet sich nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen. Eigentliche Stoßrichtung ist die freiheitliche demokratische Grundordnung als „kapitalistisches System“, um die angeblich diesem Gesellschaftssystem immanenten Wurzeln des Faschismus zu beseitigen. Für Schleswig-Holstein sind beispielhaft die „antifaschistischen Aktivitäten“ aus Anlass einer Demonstration am 29. März in Lübeck und im Zusammenhang mit der Beteiligung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) an der Kommunalwahl im Mai in Kiel zu nennen.

Linksextremisten sind erklärte Gegner der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland, die sie als von Rassismus und Faschismus geprägten Kapitalismus diffamieren. Je nach ideologisch-politischer Orientierung - revolutionär-marxistisch oder anarchistisch - haben sie sich als Ziel ein totalitäres kommunistisches System oder eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ (Anarchie) gesetzt. Dementsprechend sollen politische Aktivitäten und Kampagnen dazu geeignet sein, diesen Zielen schrittweise näher zu kommen. In den Bereichen des dogmatischen sowie des eher organisierten undogmatischen Linksextremismus wird mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen folgerichtig die Hoffnung verbunden, zunächst eine Stärkung der systemkritischen Szene, insbesondere der eigenen Organisation, zu erzielen.

Die Themen „Alternative/Autonome Zentren“, „Sozialproteste“ sowie „Anti-Globalisierung“ waren für die linksextremistische Szene im Berichtsjahr von eher geringerer Bedeutung; hingegen wurden die Politikfelder „Anti-Faschismus“, „Anti-Repression“, „Anti-Atomkraft“, „Anti-Militarismus“ sowie „Anti-Rassismus“ häufiger Anlass von Aktivitäten.

Auf Bundesebene hat sich die Anhängerschaft der Linksextremisten leicht um 400 Personen auf 31.200 (2007: 30.800) erhöht. In Schleswig-Holstein lag ihre Anzahl

unverändert bei rund 850 Personen. Dabei entfallen auf den dogmatisch geprägten Linksextremismus wiederum etwa 500 Personen. Die gewaltbereite undogmatisch-linksextremistische Szene verfügt landesweit weiterhin über rund 350 Anhänger.

Im Jahr 2008 sind für Schleswig-Holstein 247 (2007: 236) Straftaten, davon 43 (2007: 38) Gewaltdelikte, im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität registriert worden. Die leichte Erhöhung der Straftaten erklärt sich insbesondere mit der Beteiligung der NPD an der Kommunalwahl im Mai. Dieser Umstand mobilisierte das linksextremistische Spektrum in besonderem Maße und führte zu zahlreichen Auseinandersetzungen mit Rechtsextremisten.

2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums

2.1 Undogmatischer Linksextremismus

2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte

Unverändert gegenüber dem Vorjahr lag die Zahl der Personen, die sich selbst als Autonome bezeichnen, Ende 2008 bundesweit bei rund 5.500. Diese stellten somit wiederum den weitaus größten Anteil des gewaltbereiten undogmatisch-linksextremistischen Spektrums. Die Entwicklung aus dem Jahr 2007, als vorwiegend junge Leute im Zuge der Gegenveranstaltungen zum G8-Gipfel in Heiligendamm den Anschluss an die gewaltbereite autonome Szene fanden, hat sich nicht fortgesetzt, da ein vergleichbares Ereignis mit entsprechender Reizwirkung nicht stattfand. Gruppen gibt es fast in allen größeren Städten der Bundesrepublik, insbesondere in den Ballungszentren.

Auch in Schleswig-Holstein war die Anzahl undogmatischer Linksextremisten im Jahr 2007 aufgrund der starken Mobilisierung zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm leicht angestiegen. Sie lag 2008 weiterhin auf dem Vorjahresniveau von rund 350 Personen. Das bedeutet, dass die mittels eines Schwerpunktthemas an die Szene herangeführten Personen größtenteils ihre Aktivitäten fortgesetzt haben. Darüber hinaus führten einzelne Betätigungsfelder, z. B. der Widerstand gegen den Kommunalwahlkampf der NPD, zu einer Stabilisierung der Mitgliederzahlen.

Die örtlichen Schwerpunkte der undogmatisch-linksextremistischen Szene befinden sich unverändert in den großen Städten des Landes. Während in Kiel nahezu die ganze Palette der Szene-Themen bearbeitet wird und die Landeshauptstadt auch aufgrund ihrer personellen Stärke landesweit eine wichtige Rolle spielt, haben die anderen Städte eher Bedeutung in ihren jeweiligen Regionen. So hat z. B. die Szene in Flensburg ihren Arbeitsschwerpunkt im Bereich „Anti-Faschismus“ und deckt zu diesem Thema den ganzen nördlichen Landesteil ab, während Lübeck eine ähnliche Rolle für den Südosten des Landes spielt.

2.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt

Die undogmatisch-linksextremistische Szene ist nicht homogen. Sie besteht aus eher kleineren, mehr oder weniger gefestigten und eigenständigen Gruppierungen. Es gibt kein einheitliches ideologisches Konzept. Führungsstrukturen oder Hierarchien sind der Szene weitgehend fremd. Ihr Selbstverständnis ist grundsätzlich geprägt von antikapitalistischen, antifaschistischen und antisexistischen Einstellungen. Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente („Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Anti-Imperialismus“) bilden den Rahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten, die letztlich auf die Überwindung des „herrschenden Systems“ abzielen.

Neben „offenen“ Formen politischer Betätigung, wie Agitation in Flugblättern, Plakaten, Internet-Aufrufen und Szene-Publikationen, praktiziert das undogmatisch-linksextremistische Spektrum auch militante Aktionsformen. Dabei kommt es je nach Situation immer wieder zu Straftaten, wie Sachbeschädigungen unterschiedlicher Art und Intensität, Brandanschlägen, gefährlichen Eingriffen in den Straßen- und Schienenverkehr sowie Körperverletzungen, insbesondere gegen Polizisten und Rechtsextremisten.

Zum Informationsaustausch bedient sich die Szene auch weiterhin „bewährter“ Methoden wie Szene-Publikationen, Infoläden und Treffen. Daneben nutzt sie die Mittel der modernen Informationsgesellschaft, wie Internet und Mobiltelefone, mit der Möglichkeit geschützter Kommunikation. Dies begünstigt das in weiten Teilen konspirative Verhalten von Linksextremisten, erhöht deren Aktionsfähigkeit und soll den Sicherheitsbehörden die Aufklärung erschweren.

Regelmäßig werden in dem bundesweit bedeutsamen Berliner autonomen Szene-Blatt „INTERIM“ Beiträge zum Thema „Militanz“ veröffentlicht. So gab es auch in 2008 unter anderem einen längeren Text unter dem Titel „G8-Gipfel und Militanz, Repression und Solidarität“. Er endete mit dem Aufruf:

„Wer wie die G8-Kritiker/innen für eine andere, bessere Welt streitet, muss sich auch über die möglichen Mittel und Wege dorthin verständigen. (...) Genau das zu verteidigen und aufzugreifen, was die staatliche Repression ins Visier nimmt, für die Notwendigkeit militanter Praxen zu werben und einzutreten, ist eine konsequente, entschlossene und offensive, das heißt: militante Form der politischen Solidaritätsarbeit.“

In Teilen der linksextremistischen Szene wird Militanz - von zivilem Ungehorsam über gewalttätige Ausschreitungen bei Demonstrationen und Sachbeschädigungen bis hin zu Brandanschlägen - als legitime Aktionsform betrachtet. Dabei handelt es sich häufig nicht um spontane Aktionen, sondern um geplantes Vorgehen.

So wurde aus Anlass von rechtsextremistischen Demonstrationen immer wieder die direkte Konfrontation mit dem „politischen Gegner“ gesucht. Neben der Bereitschaft zu diesen fast schon üblichen militanten Auseinandersetzungen sind aber auch die Angriffe auf Polizeikräfte mittlerweile zur Regel geworden. Dabei dienen Stein- und Flaschenwürfe aus dem Hinterhalt sowie die Verwendung von Feuerwerkskörpern offenbar einem Teil der Linksextremisten als „legitimes Mittel“ für Angriffe auf den Staat.

Linksextremisten unterschiedlicher Richtungen nahmen den „revolutionären 1. Mai“ bundesweit zum Anlass, ihre politischen Ansichten mit Demonstrationen und Aktionen auf der Straße zu manifestieren. Eine besondere Bedeutung kam dabei der von Rechtsextremisten am 1. Mai in Hamburg-Barmbek angemeldeten Demonstration unter dem Motto „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen - Gemeinsam gegen Globalisierung“ zu. Ein breit gefächelter Widerstand mit rund 6.600 Teilnehmern, darunter bis zu 2.200 Gewaltbereite, sammelte sich zu einer Kundgebung in Barmbek unter dem Motto „Heraus zum antifaschistischen Mai - Den Nazis keinen Meter“.

Aus Schleswig-Holstein haben an der Demonstration rund 350 Personen, darunter auch zahlreiche Gewaltbereite, teilgenommen. Es kam zu schwersten Ausschreitun-

gen, wobei eine gezielte Militanz gegen Rechtsextremisten, Durchbrüche von Polizeiketten und Sachbeschädigungen (Steinwürfe und Brandstiftungen) festzustellen waren. Bemerkenswert war die hohe Zahl jugendlicher Teilnehmer, die sich an den Ausschreitungen beteiligt haben.

Nach dem Ende der Demonstration verursachten Kleingruppen in Barmbek und den angrenzenden Stadtteilen weitere erhebliche Sachbeschädigungen. Am Abend kam es zu weiteren Straftaten, insbesondere zu Angriffen auf Polizeibeamte. Daran beteiligten sich bis zu 700 gewaltbereite Linksextremisten, darunter auch Schleswig-Holsteiner.

Am 3. Oktober fanden die zentralen Feierlichkeiten zum „Tag der Deutschen Einheit“ in Hamburg statt. Ein vorwiegend linksextremistisches Spektrum hatte unter dem Motto „Hart Backbord! - Für etwas Besseres als die Nation! 3. Oktober: Kein Grund zum Feiern!“ zu einer Demonstration in die Innenstadt aufgerufen. Es haben rund 1.500 Personen teilgenommen, darunter auch 250 bis 300 aus Schleswig-Holstein. Das gewaltbereite Potenzial umfasste rund 1.000 Personen. Im Demonstrationaufruf wurden von den Verfassern die „deutschen Verhältnisse“, in denen „völkischer Rassismus und Antisemitismus“ zum Alltag gehörten, kritisiert.

Die Demonstration war nach Szene-Verständnis gewaltfrei angelegt. Allerdings sollte das auf größeren Demonstrationen schon des Öfteren erprobte Konzept, Blockaden und „Kleingruppenaktionen“ durchzuführen, angewandt werden, enthielt also tatsächlich ein kalkuliertes Gewaltpotenzial. Das geplante Vorhaben ließ sich aufgrund hoher Polizeipräsenz nicht umsetzen, so dass sich Auseinandersetzungen mit der Polizei anschließend in das Schanzenviertel verlagerten. Dort entzündeten gewaltbereite Linksextremisten vereinzelt Müllcontainer sowie einen Pkw und griffen Polizeikräfte an.

2.1.3 Entwicklungen der undogmatischen Szene

Spektakuläre Entwicklungen waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen. Anders als noch im Vorjahr mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm gab es 2008 kein Thema, das zum Kristallisationspunkt der gesamten Szene werden konnte.

Folgerichtig verlief die Entwicklung in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich und eher stagnierend.

Nur vereinzelt gab es öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der so genannten Antifa-Gruppen. Diese regional und oft in ländlich geprägten Gebieten agierenden Gruppierungen rekrutieren sich meist aus Jugendlichen, haben Bezüge zur örtlichen Subkultur und thematisieren fast ausschließlich das Themenfeld „Anti-Faschismus“. Dementsprechend richten sich ihre Aktionen in der Regel gegen rechtsextremistische Aktivitäten in der eigenen Umgebung. Die Akzeptanz anarchistischer und kommunistischer Ideologiefragmente grenzt diese Gruppen meistens, wenn auch nicht immer, vom demokratischen Spektrum ab. Dabei wird die Anwendung von Gewalt oft akzeptiert und die Durchführung von Straftaten, wie Sachbeschädigungen und Blockaden als Aktionsform in Kauf genommen. Nicht selten bestehen auch Kontakte zu demokratischen Parteien und Gewerkschaften, ohne dass es regelmäßig zu einer dauerhaften Zusammenarbeit käme. Die Existenz dieser örtlichen Gruppierungen führt unter anderem zu dem bekannt hohen Mobilisierungspotenzial der „linken Szene“ bei Gegendemonstrationen anlässlich rechtsextremistischer Kundgebungen. Eine Veränderung szenetypischer Merkmale war 2008 nicht festzustellen.

Ähnliches gilt für die klassische autonome Szene. 2008 waren kaum neue Gruppierungen zu beobachten; weiterhin dominierten die etablierten Gruppen. Nach wie vor lehnen Vertreter der herkömmlichen autonomen Linie auch die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften ab, sind bereit, Gewalt als Aktionsmittel jederzeit einzusetzen und vermeiden es nach Kräften, sich durch Bündnisse dauerhaft vereinnahmen zu lassen. Wie im gesamten linksextremistischen Spektrum ist der „Anti-Faschismus“ bedeutendstes Handlungsfeld. Dessen ungeachtet werden meist auch andere, von Linksextremisten regelmäßig besetzte Themen anlassabhängig und recht spontan aufgegriffen, soweit sie denn geeignet erscheinen, aktionsorientierte Reaktionen zu begründen.

Aber auch diejenigen Gruppierungen der Szene, die Bündnispolitik als Teil ihrer eigenen politischen Strategie verstehen, mussten im Berichtsjahr eine Stagnation ihrer Vernetzungsbemühungen und eine gewisse Lustlosigkeit zur kontinuierlichen politischen Arbeit bei weiten Teilen des undogmatischen Lagers akzeptieren. Den An-

strengungen dieses Teils der Szene - hierzu gehört in Schleswig-Holstein die Gruppe „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ -, die „Interventionistische Linke“ im Anschluss an die Proteste von Heiligendamm zu einer kontinuierlich arbeitenden, die Szene verbindenden Bündnisorganisation weiterzuentwickeln, war jedenfalls im Berichtsjahr noch kein Erfolg beschieden. Vernetzungserfolge bei der Vorbereitung einzelner Aktionen erschienen nach wie vor eher abhängig vom Engagement einzelner Personen als von der Überzeugung der Notwendigkeit gemeinsamen politischen Handelns. Damit verblieben nach Heiligendamm im Wesentlichen die dort erworbenen Organisationserfahrungen. Diese konnten folgerichtig bundesweit bei verschiedenen Aktionen und Demonstrationen eingesetzt werden. Der darüber hinaus nach den Geschehnissen von Heiligendamm erhoffte Motivations- und Mobilisierungsschwung blieb demgegenüber im Jahr 2008 weitgehend aus.

2.2 Dogmatischer Linksextremismus

Der dogmatische Linksextremismus hat im Gesamtspektrum extremistischer Bewegungen weiter an Bedeutung verloren. Ihm werden linksextremistische Parteien und Gruppierungen zugerechnet, die sich im Wesentlichen am Marxismus-Leninismus ausrichten. Sie verfügen über ein Weltbild, das den Anspruch wissenschaftlicher Folgerichtigkeit erhebt und geschichtlichen, gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Veränderungen bestimmte Gesetzmäßigkeiten unterlegt. Diese sollen unausweichlich auf die Ablösung der „bürgerlich-kapitalistischen“ Demokratie durch den Sozialismus als „höhere“ Gesellschaftsform hinauslaufen und damit die Beseitigung der bestehenden Verfassungsordnung zur Folge haben.

Das Spektrum des dogmatischen Linksextremismus umfasst in Schleswig-Holstein rund 500 Personen, davon sind rund 170 der „Deutschen Kommunistischen Partei“ zuzurechnen.

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Die DKP versteht sich als „revolutionär-marxistische Partei der Arbeiterklasse“. Das Bekenntnis, dass der Sozialismus für sie grundlegende Alternative zum Kapitalismus sei, ist für die Partei nach wie vor der Weg und das Ziel. Von zentraler Bedeutung auf

dem Weg zum Sozialismus ist die Bekämpfung der „kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse“.

Unter dem Motto „DKP in Bewegung - DKP für Sozialismus“ kamen Delegierte und Gäste der Partei am 23./24. Februar im hessischen Mörfelden-Walldorf zu ihrem 18. Parteitag zusammen. Der in Schleswig-Holstein wohnende Parteivorsitzende wurde in seinem Amt bestätigt; zwei weitere der insgesamt 34 Mitglieder des Vorstandes kommen ebenfalls aus Schleswig-Holstein.

Die Zukunftsfähigkeit der Partei wurde auf dem Parteitag kontrovers diskutiert. In einem Alternativantrag zum Arbeitsvorhaben-Antrag des Parteivorstandes empfahlen die Antragsteller die Konzentration auf zwei Handlungsfelder: die Betriebs-/Gewerkschaftsarbeit und die Kommunalpolitik, da „im 40. Jahr der DKP unübersehbar“ sei, dass „die kommunistische Partei um ihre Existenz kämpft“.

Von einer Existenzkrise könne, so dagegen die Mehrheit der Parteitagsdelegierten, nicht die Rede sein. Der Antrag zum Arbeitsvorhaben des Parteivorstandes, der eher umfassend gehalten war und die Fülle der bekannten linksextremistischen Politikfelder enthielt, wurde daher mit großer Mehrheit angenommen.

Der Parteivorsitzende wollte ebenfalls von einer Existenzkrise nichts wissen, räumte allerdings „riesige Probleme“ ein. Bereits im Juli hatte er sich in einer Kolumne in der parteieigenen Zeitung „Unsere Zeit“ ungewöhnlich offen über die interne Situation der DKP geäußert:

„(...) Zeitgleich befindet sich die DKP in einer Verfasstheit, die sie nur begrenzt wahrnehmbar vor Ort wirken lässt. Der Einfluss ist sehr begrenzt. Die Realität ist gnadenlos. Bei 81 Millionen Einwohnern 4.250 organisierte Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP bei einem Altersdurchschnitt von um die 60 Jahre. In anderen linken Zusammenhängen wird die Existenzberechtigung der DKP bestritten. (...)“

Weiter wurde beschlossen, die Zusammenarbeit mit der Partei „DIE LINKE.“ im außerparlamentarischen und parlamentarischen Raum fortzusetzen: „Zur notwendigen Bündnisarbeit und zur Zusammenarbeit gibt es keine Alternative“, so der Parteivorsitzende.

Zur Kommunalwahl in Schleswig-Holstein im Mai trat die DKP in den Kreisen und kreisfreien Städten nicht mit eigenen Listen an. Während DKP-Mitglieder in mehreren Kreisen auf der Liste der Partei „DIE LINKE.“ kandidierten, ist dies der schleswig-holsteinischen DKP-Landesvorsitzenden in Kiel nicht ermöglicht worden. Im Kreis Steinburg ist es einem DKP-Mitglied gelungen, über die Liste der „DIE LINKE.“ in eine Gemeindevertretung einzuziehen.

Dem am 29. September 1968 in Neumünster gegründeten schleswig-holsteinischen DKP-Landesverband fehlen die materiellen und personellen Mittel, um Bündnis- und Kampagnenpolitik im klassischen Sinne zu betreiben. Gleichwohl beteiligt er sich regelmäßig an den Aktivitäten der linksextremistischen Szene, vor allem bei den Themenfeldern „Anti-Faschismus“ und „Anti-Militarismus“.

Mit der DKP eng verbunden ist der Jugendverband „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“, der am 4./5. Mai 1968 gegründet worden ist. Der Jahrestag der Gründung wurde mit einem „Festival der Jugend“ vom 9. bis 12. Mai unter dem Motto „Zeit zu kämpfen, Zeit zu feiern“ in Köln gefeiert.

Mitglieder der DKP sind nach wie vor in den Führungsgremien der linksextremistisch beeinflussten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ vertreten.

Weitere Gruppierungen

Zu den weiteren im Lande vorhandenen dogmatisch-linksextremistischen Organisationen gehört unter anderem die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“, die, wie auch in den Vorjahren, regelmäßig „Montags-Demonstrationen“ gegen „Sozialabbau“ und „Hartz IV“ in Lübeck organisiert.

Weiterhin zählen die aus dem ehemaligen „Bund Westdeutscher Kommunisten“ hervorgegangene „Arbeitsgemeinschaft kommunistische Politik von unten in und bei der Partei DIE LINKE Schleswig-Holstein“, die „Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg/Förderverein Antifaschistische Nachrichten“ und trotzkistische Organisationen zu diesem Spektrum.

Traditionell anarchistische Gruppen, wie die in der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ organisierten Anarcho-Syndikalisten, gehören ebenfalls zum dogmatischen Spektrum.

2.3 „Rote Hilfe e. V.“

Unter dem Motto „Schafft Rote Hilfe!“ forderte die „Rote Hilfe e. V.“ in einer Selbstdarstellung

„alle auf, politische Unterdrückung und Verfolgung - nicht nur in der BRD - nicht hinzunehmen, sondern sich zu organisieren und dagegen anzugehen! Nur eine kontinuierlich arbeitende und überparteiliche Solidaritätsorganisation, die mitgliederstark ist, bietet die Gewähr dafür, dass möglichst allen politisch Verfolgten (...) geholfen werden kann.“

Ihr Selbstverständnis beschreibt die „Rote Hilfe“ mit der Unterstützung und der Solidarität für alle, die aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt würden. Die aus unterschiedlichen linksextremistischen Ausrichtungen stammenden Mitglieder der „Roten Hilfe“ gewähren von Strafverfolgung oder „staatlicher Repression“ Betroffenen aus dem gesamten „linken“ oder linksextremistischen Spektrum politische und finanzielle Hilfe:

„Wenn Ihr aufgrund Eurer politischen Aktivitäten Opfer staatlicher Repression geworden seid, stehen Euch Mitglieder der Aktivengruppe (...) mit Rat und Tat zur Seite. Wir beraten und unterstützen Euch in Euren Verfahren und können Euch bei der Wahl von AnwältInnen beraten.“

Die dazu benötigten finanziellen Mittel werden über Spenden und Mitgliedsbeiträge beschafft.

Die „Rote Hilfe“ unterstützte im Berichtsjahr unter dem Motto „Widerstand ist kein Terrorismus“ die Forderung „Weg mit den §§ 129, 129 a, 129 b!“ (Strafgesetzbuch). Nach Auffassung der „Roten Hilfe“ würden diese Straftatbestände staatlicherseits immer wieder dazu verwendet, die linke Szene massiv mit Hilfe von Rasterfahndung, Kommunikationsmittelüberwachung, Peilsendern usw. auszuforschen.

Die Freilassung des früheren RAF-Terroristen Christian Klar im Dezember kommentierte sie in einer Pressemitteilung wie folgt:

„Die Rote Hilfe hat seit vielen Jahren die längst überfällige Freilassung der verbliebenen Gefangenen aus der ‚Rote Armee Fraktion‘ (RAF) gefordert. Dass diese Forderung nicht durchsetzbar war, zeigt nicht nur eine Niederlage für die Solidaritätsbewegung. Es offenbart auch die Tatsache, dass der Umgang mit den Gefangenen aus der RAF (...), mehr als zehn Jahre nach ihrer Selbstaflösung, von einem staatlichen Rachebedürfnis geprägt ist. Christian Klar ist als Symbolfigur für den Aufbruch der Stadtguerillagruppen in den 1970er Jahren abgestraft worden (...). Der Kampf gegen die politische Justiz und für die Freiheit der politischen Gefangenen ist aber keineswegs überflüssig geworden.“

Christian Klar galt als Führungsperson der so genannten zweiten RAF-Generation. Nach seiner Festnahme 1982 wurde er wegen neunfachen Mordes 1985 zu mehrfacher lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

Der „Roten Hilfe“ gehörten im Berichtszeitraum bundesweit rund 4.500 Mitglieder an, die sich aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum rekrutieren. Sie ist nach eigenen Angaben in 40 Orts- und Regionalgruppen organisiert, die die aktive Arbeit des Vereins tragen.

In Schleswig-Holstein hat die Organisation rund 170 Mitglieder, Ortsgruppen bestehen in Kiel und Flensburg. In Kiel ist auch der Literaturvertrieb der „Roten Hilfe“ ansässig.

3 Aktionsfelder

Im Berichtsjahr waren für die linksextremistische Szene die Themen „Alternative/Autonome Zentren“, „Sozialproteste“ und „Anti-Globalisierung“ von eher geringerer Bedeutung:

- Die „alternativen/autonomen Zentren“ in Schleswig-Holstein haben für die jeweilige örtliche linksextremistische Szene nach wie vor Bedeutung. Die in den vorangegangenen Jahren bereits gefundenen - teils vertraglichen - Lösungen sorgten aber überwiegend für weitgehende Konfliktfreiheit.

Die Solidaritätskampagne für das geräumte autonome Jugendzentrum „Ung-

domshuset“ in Kopenhagen (Dänemark) wurde am Anfang des Berichtsjahres noch durch Aktionen in Kiel und Flensburg fortgeführt. Sie fand allerdings bald ihren Abschluss, da die Stadtverwaltung in Kopenhagen den Betroffenen im Frühjahr ein Ersatzobjekt zur Verfügung stellte.

- Auch 2008 mühten sich Linksextremisten, weiter vom Thema „Sozialabbau“ im Zusammenhang mit der Kritik an den „Hartz-IV“-Reformen zu profitieren. Sie versuchten, gesellschaftliche Widersprüche aufzugreifen und herauszustellen. Dabei suchten sie den Anschluss an demokratische Kräfte, um sich auf diese Weise an die Spitze der Protestbewegungen zu stellen. Die beabsichtigte Steuerung und Verstetigung des Agitationsfeldes gelang der linksextremistischen Szene aber nicht. So werden zwar in Lübeck seit 2004 Kundgebungen zum Thema „Hartz IV“ durchgeführt; die Teilnehmerzahlen erreichen jedoch regelmäßig kaum mehr als ein Dutzend.

Allerdings hat der Protest gegen soziale Ungerechtigkeit auch im Berichtsjahr gewalttätige Aktivisten zu Farb- und Brandanschlägen auf Häuser und Pkw solcher Personen veranlasst, die vermeintlich für die Folgen des behaupteten „Sozialabbaus“ verantwortlich sind.

- Seit Ende der 1990er-Jahre konnte sich eine über das linksextremistische Spektrum hinausgehende Protestbewegung gegen die ihrer Meinung nach negativen Folgen der fortschreitenden weltweiten Globalisierung bilden. Schnell hatte diese sich dann zu einer weltweiten Bewegung mit vielfältigen Vernetzungsaktivitäten formiert, zu der auch nicht-extremistische Gruppierungen gehören.

Einem langfristig und strategisch denkenden Teil der Linksextremisten geht es neben der Kritik an der Globalisierung darum, grundsätzliche Kritik am Gesellschaftssystem zu üben und durch die Gewinnung nicht-extremistischer Bündnispartner seine öffentliche Wahrnehmbarkeit zu erhöhen. Andere Linksextremisten, hauptsächlich aus dem Spektrum ursprünglicher Autonome, setzen weiterhin auf spontane und direkte Aktionen und sehen ihre Erfolge in möglichst schwerwiegenden Interventionen, etwa bei Störungen anlässlich von Gipfeltreffen von Staats- und Regierungschefs.

Beispiele sind die Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm oder das „Antirassismus- und Klimacamp“ im August in Hamburg. Sie hoffen, damit längerfristig ihre Isolation innerhalb der Gesellschaft zu überwinden; der Protest gegen Gipfeltreffen wird dabei als Teil ihres Kampfes für eine revolutionäre Überwindung unseres Gesellschaftssystems angesehen.

Nachfolgend benannte Aktionsfelder waren für Linksextremisten von größerer Wichtigkeit:

3.1 „Anti-Faschismus“

In Ermangelung eines herausragenden Ereignisses, wie es sich im Jahr 2007 mit dem G8-Gipfeltreffen im Juni in Heiligendamm geradezu angeboten hatte, widmete sich die linksextremistische Szene 2008 bundesweit verstärkt ihrem traditionellen Aktionsfeld: dem „Anti-Faschismus-Kampf“. Dieser richtet sich nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen. Eigentliche Stoßrichtung ist die freiheitliche demokratische Grundordnung als „kapitalistisches System“, um die angeblich diesem Gesellschaftssystem immanenten Wurzeln des Faschismus zu beseitigen.

Die Aktivitäten gewaltbereiter Linksextremisten zielten gegen „Nazi-Aufmärsche“, gegen Einzelpersonen und gegen Einrichtungen der rechtsextremistischen Szene. In diesem Zusammenhang sind auch die Belagerung und Sachbeschädigung von „rechten Läden“ zu nennen, die szenetypische Bekleidung für das rechtsextremistische Spektrum anbieten. Gesucht wurde die direkte Konfrontation mit dem „politischen Gegner“ auf der Straße, und es wurden Anstrengungen unternommen, durch „Massenmilitanz“, Blockaden oder Kleingruppentaktik Aufmärsche zu verhindern, zumindest aber deren Verlauf zu behindern. Im Zusammenhang mit solchen Ereignissen kam es auch im Berichtsjahr wiederholt zu Verletzungen von eingesetzten Polizeibeamten.

In Schleswig-Holstein waren 2008 im „praktischen Anti-Faschismus-Kampf“ der linksextremistischen Szene diverse Geschehnisse zu beobachten, über die im Nachfolgenden beispielhaft berichtet wird:

- Am 1. März fand in Pinneberg eine Demonstration eines vorwiegend linksextremistischen Spektrums gegen vermeintlich rechte Strukturen mit rund 450 Teilnehmern unter dem Motto „Pinneberger Kameradschaft stilllegen - Keine Toleranz für FaschistInnen“ statt. Die friedlich verlaufene Demonstration wurde von zahlreichen Personen aus den angrenzenden Bundesländern unterstützt. Zu besonderen Vorkommnissen kam es dabei nicht.
- Am 29. März formierte sich wie in den Vorjahren in Lübeck gegen die Demonstration schleswig-holsteinischer Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Lübecks durch die britische Luftwaffe im März 1942 ein breit gefächelter Widerstand. Eine vielschichtige Unterstützerplattform aus Kirche, Gewerkschaften, Parteien, bürgerlichen und extremistischen Gruppierungen hatte sich zu dem großen Bündnis „Wir können sie stoppen“ zusammengeschlossen, das von den führenden Aktivisten der linksextremistischen Gruppe „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ dominiert wurde. Neben etlichen auch überregional stattgefundenen Vorbereitungstreffen wurde im Internet monatelang intensiv für die Gegenkundgebung und die anschließende Blockade geworben. Bei einer bereits am 8. März in Lübeck im Vorwege durchgeführten „Mahnwache“ der rechtsextremistischen Szene zum selben Thema hatten bereits 200 Personen einer angemeldeten Gegendemonstration im Rahmen einer „Generalprobe“ versucht, die Veranstaltung zu blockieren. An mehreren Orten Norddeutschlands hatte es im Vorwege so genannte Aktionstrainings gegeben. In Rollenspielen wurden „konkrete Techniken“ gelernt, „wie du Hindernisse überwindest oder wie du am besten eine Straße blockierst“ (Auszug aus dem Aufruf). Aufbauend auf den Erfahrungen, die während der Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm gesammelt wurden („Umfließen der Polizei mit der Fünf-Finger-Taktik“), sollten das Erreichen des Blockadepunktes und das Halten einer Blockade auch im Falle einer polizeilichen Räumung geübt werden. Von der insgesamt rund 1.000 Personen umfassenden Gegendemonstration am 29. März aus wurde zu einer „Drei-Finger-Taktik“ aufgerufen. In drei Marschzügen, mit unterschiedlich farbigen Flaggen gekennzeichnet, wurde der Kundgebungsort in drei unterschiedliche Richtungen mit dem Ziel verlassen, die polizeili-

chen Absperrungen um den Aufzugsbereich der Rechtsextremisten zu durchbrechen. Mittels einer Sitzblockade versuchten 45 Personen, die schon frühzeitig in den abgesperrten Bereich eingesickert waren, den „rechten Aufmarsch“ zu stoppen; Gehwegplatten als Wurfgeschosse wurden herausgerissen, es kam zu etlichen Steinwürfen gegen Polizeibeamte, doch jegliche Versuche, den Aufzug des rechtsextremistischen Spektrums zu erreichen, blieben erfolglos.

Aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Gegendemonstranten fand sodann am Folgetag, dem 30. März, eine friedlich verlaufene „Anti-Represionsdemo“ durch das „Bündnis Autonomer Antifas Nord“ statt. Diese richtete sich gegen die „massive Polizeipräsenz und unberechtigte Festnahmen von Gegendemonstranten“ vom Vortag.

- Die Beteiligung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) an den Kommunalwahlen am 25. Mai in drei Landkreisen und in Kiel traf erwartungsgemäß im gesamten linken Spektrum und darüber hinaus auf Ablehnung. Im linksextremistischen Lager teilte sich der Widerstand in einen friedlich und in einen gewalttätig orientierten Teil. Der größere davon, darunter die linksextremistische Organisation „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ und der durch linksextremistische Teilnehmer beeinflusste „Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel“, verzichtete auf gewalttätige Aktionen. Durch die friedliche Ausrichtung sollte die Bündnisfähigkeit mit Personen und Organisationen des demokratischen Bereichs erhalten bleiben, um für Aktionen und Demonstrationen auf ein großes Mobilisierungspotenzial zurückgreifen zu können. Zudem wollte man gegenüber den Wahlberechtigten möglichst seriös auftreten, um diese von der Wahl der NPD abzuhalten.

Mitglieder der herkömmlichen autonomen Szene akzeptieren dagegen keinen taktischen Gewaltverzicht. Sie setzten daher von vornherein, wohl auch gerade als Abgrenzung zu der friedlichen Linie, auf eine gewaltorientierte Konfrontation mit den Rechtsextremisten. Insbesondere in Kiel kam neben der Wahlkampfsituation die Besonderheit hinzu, dass es das Selbstverständnis von Autonomen berührte, als einige NPD-Kandidaten es „wagten“, sich in „ihrem“ Stadtteil Gaarden niederzulassen. Ab Mitte April kam es zunächst zu ersten Sachbeschädigungen an Wohnobjekten von Rechtsextremisten. Danach eskalierten wechselseitig begangene Straftaten bis hin zu Schlägereien. Als weitere Reaktion führten Autonome

und ihr Umfeld am 3. Mai eine Demonstration in Kiel-Gaarden mit 600 Personen durch. Unter einseitiger Darstellung der Straftaten der Rechtsextremisten wurde mobilisiert, um das „offensive Vorgehen der Nazis in Kiel“ anzuprangern. Die Veranstaltung verlief friedlich. In der Folgezeit setzten sich auf Seiten der Linksextremisten die Kräfte durch, die im Bündnis mit demokratischen Organisationen auf Aufklärung setzen wollten. Allerdings wurde dies stark dadurch begünstigt, dass die beteiligten Rechtsextremisten sich ebenfalls mit weiteren Straftaten zurückhielten, um der NPD vor der Wahl ein schlechtes Image der „Gesamt-Rechten“ zu ersparen. So konnten die Beteiligten einer Demonstration mit 1.500 Teilnehmern, in der großen Mehrzahl aus dem demokratischen Spektrum, am Vortag der Kommunalwahl ihrer Zielrichtung, ein friedliches Signal gegen Rechtsextremismus zu setzen, entsprechen.

Die konstituierende Sitzung der Kieler Ratsversammlung am 12. Juni wollten Linksextremisten nutzen, um gegen den Einzug eines NPD-Kandidaten in den Rat zu protestieren. Die weitgehend regional begrenzte Mobilisierung bekam durch die Anmeldung einer NPD-Kundgebung auf dem Rathausplatz vor der Sitzung im Rathaus eine andere Zielrichtung. Die auf einen vom Rathaus entfernten Platz verlegte Kundgebung des linksextremistisch beeinflussten „Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus“ wurde mit 40 bis 50 Personen ohne besondere Vorkommnisse durchgeführt. Eine lautstarke Spontandemonstration in der Nähe des Rathauses mit rund 100 Personen, initiiert von linksextremistischen Autonomen, wurde mittels starker Polizeipräsenz schon nach wenigen Metern unterbunden. Zu mehreren Zwischenfällen kam es allerdings im weiteren Stadtgebiet. Insbesondere ist eine Schlägerei zwischen Rechts- und Linksextremisten, die mit ein oder zwei Schwerverletzten endete, zu nennen. Die Sitzung der Ratsversammlung verlief dagegen störungsfrei.

Einige Wochen später wurde ein Brandanschlag auf das Fahrzeug eines NPD-Kandidaten verübt. Mittlerweile liegt mit mehrmonatiger Verspätung eine Taterklärung vor, die in dem Berliner autonomen Szene-Blatt „INTERIM“ abgedruckt wurde. Darin wird die Straftat unter anderem wie folgt begründet:

„In den frühen Morgenstunden des 27. Juni haben wir einen Brandsatz unter das Auto des Kieler Neonazis (...) geschoben. (...) ist nicht zufällig das Ziel unserer Aktion geworden. Im Kommunalwahlkampf 2008 kandidierte er für die NPD in Kiel, auf der anderen Seite ist er ein herausragendes Mitglied der militanten Nazis um (...). Am 12. Juni griff eine Gruppe sog. ‚ANS‘ eine kleine Gruppe Antifas an und verletzten einen Genossen schwer.“

- Am 27. September fand in Neumünster anlässlich des 12. Geburtstages des „Club 88“ eine „antifaschistische“ Demonstration unter dem Motto „fünf vor zwölf - 12 Jahre Club 88 - 0 Toleranz für Nazistrukturen“ statt. Die von Rechtsextremisten frequentierte Gaststätte „Club 88“ ist seit Jahren ständiges Reizobjekt für die linksextremistische Szene. In den letzten Jahren fanden immer wieder Demonstrationsveranstaltungen vor dem Hintergrund des Club-Geburtstages statt. Die Demonstration am 27. September war Teil einer Veranstaltungsreihe des „Bündnis gegen Rechts“. In dem Bündnis sind hauptsächlich Vertreter des demokratischen Spektrums zu finden, es haben aber auch Linksextremisten mitgewirkt. Der Demonstrationsaufruf wurde auf diversen linksextremistischen Internet-Seiten aus Schleswig-Holstein und Hamburg eingestellt, die Hamburger Antifa-Szene kündigte eine organisierte Anreise an, Vorbereitungstreffen fanden statt, Flyer wurden an verschiedenen Schulen verteilt, Plakate verklebt. Die „antifaschistische“ Demonstration selbst verlief mit rund 300 Teilnehmern störungsfrei. Jedoch versuchten nach Beendigung der Veranstaltung mehrere Kleingruppen des linksextremistischen Spektrums, den mittlerweile etablierten Szenetreffpunkt von Rechtsextremisten „Titanic“ aufzusuchen, um diesen mit Steinwürfen anzugreifen. Ungewöhnlich war, dass im Gegensatz zu den Vorjahren die linksextremistische Szene die Initiative für eine Veranstaltung gegen den „Club-88“-Geburtstag ergriffen hatte, ohne dass bislang eine entsprechende Veranstaltung der rechtsextremistischen Szene geplant war. Denn auch wenn sich am 27. September das Bestehen des Clubs zum 12. Mal jährte und dies in den vergangenen Jahren stets zum Anlass für eine größere Feier genommen wurde, so plante die Betreiberin eine derartige Aktion erst am 4. Oktober. Für diesen Termin wurde von Seiten des linksextremistischen Spektrums zwar eine Kundgebung mit Informationstisch unter dem Motto „Fünf vor Zwölf reloaded -

Null Toleranz für Nazistrukturen“ angemeldet, eine starke Mobilisierung fand jedoch nicht statt. Dadurch verlief diese Veranstaltung mit rund 50 Personen störungsfrei. Im Anschluss wurde im Rahmen einer Spontandemonstration Richtung „Club 88“ marschiert. Zu einem Zusammenstoß zwischen Links- und Rechtsextremisten kam es aufgrund der hohen Polizeipräsenz jedoch nicht.

- Nachdem die NPD in den Vorwochen an verschiedenen Orten im nördlichen Schleswig-Holstein (Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg) bereits mehrere Informationsstände unbehelligt aufgebaut hatte, kam es am 25. Oktober in Kappeln zu Protesten gegen die acht Standbetreiber. Von Beginn an standen rund 15 überwiegend bürgerliche Gegendemonstranten mit Plakaten und Transparenten in unmittelbarer Nähe zu den Rechtsextremisten. Zwischen diesen Gruppen blieb alles beim friedlichen Protest. Dann wurde der Stand jedoch von 15 bis 20 schwarz gekleideten und vermummten Personen angegriffen. Das Informationsmaterial wurde mit einem Feuerlöscher unbrauchbar gemacht, der Tisch umgeworfen und einige der Rechtsextremisten mit Knüppeln geschlagen.

Linksextremisten waren weiterhin bestrebt, Aktivitäten und Strukturen von Rechtsextremisten sowie die Zugehörigkeit von Einzelpersonen zur rechtsextremistischen Szene aufzudecken („Recherchearbeit“). Zur Veröffentlichung in Szene-Publikationen oder im Internet betrieben sie eine offensive „Aufklärung“ und sammelten Informationen über Funktionäre, Schulungsangebote, Trefflokale und andere Einrichtungen, letztlich mit dem Ziel, öffentlichkeitswirksame, teils auch militante Aktionen vorzubereiten.

3.2 „Anti-Repression“

Unter „Anti-Repression“ verstehen Linksextremisten ihren Kampf gegen „staatliche Unterdrückung“ durch (vermeintlich) diskriminierende Gesetze oder zu Unrecht ergangene polizeiliche Maßnahmen und Urteile gegen Gesinnungsgenossen.

Höhepunkt der „staatlichen Repression“ waren im Berichtsjahr aus der Sicht von Linksextremisten ohne Zweifel die zahlreichen Ermittlungsverfahren, die im Zusammenhang mit den Razzien vor und nach dem G8-Gipfel 2007 und der Fahndung

nach Mitgliedern der „militanten gruppe (mg)“ eingeleitet wurden. Die gegen zahlreiche Linksextremisten geführten Ermittlungsverfahren nach § 129 a Strafgesetzbuch (StGB) (Bildung terroristischer Vereinigungen) wurden allerdings in der Zwischenzeit durch den Bundesgerichtshof aufgrund einer Änderung der Strafvorschrift aus dem Jahr 2003 neu bewertet. In der Begründung heißt es dazu: „Obwohl die Tätigkeit der ‚militanten gruppe‘ darauf ausgerichtet ist, Brandanschläge namentlich gegen Gebäude und Fahrzeuge staatlicher Institutionen sowie privatwirtschaftlicher Unternehmen und sonstiger Einrichtungen zu begehen, kann die Gruppierung nicht als terroristische Vereinigung eingestuft werden.“ Nach der neuen gesetzlichen Regelung muss eine Gruppe „durch die Art ihrer Begehung oder ihre Auswirkungen einen Staat oder eine internationale Organisation erheblich schädigen“, um als terroristisch eingestuft zu werden, was bei der „militanten gruppe (mg)“ nicht zutrefte. Seither wird das Verfahren auf der Grundlage von § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen) geführt.

Neben einem Sachschaden von rund einer Million Euro hätte die Gruppe „einen eher nur propagandistischen Effekt mit potenzieller Mobilisierungswirkung bei Gleichgesinnten gehabt“.

Das Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Mitglieder der „militanten gruppe (mg)“ ist noch nicht abgeschlossen.

Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes hatte auch Auswirkungen auf ein nach § 129 a StGB geführtes Verfahren gegen mutmaßliche militante Linksextremisten aus Bad Oldesloe, Berlin und Hamburg. Hintergrund waren mehrere Brandanschläge in Schleswig-Holstein im Zeitraum 2002 bis 2006, bei denen auch Sachschäden, zum Teil in erheblichem Umfang, entstanden.

Nach fast zweijährigen Ermittlungen ließ die Bundesanwaltschaft den Vorwurf nach § 129 a StGB fallen und gab das Verfahren an die Staatsanwaltschaft Flensburg ab. Nachdem das Landgericht Flensburg die bei den Beschuldigten durchgeführten Durchsuchungen für rechtswidrig erklärte, wurde das Ermittlungsverfahren gegen die Beschuldigten im Juni 2008 eingestellt.

Die Täter sind bis zum heutigen Tag nicht bekannt.

3.3 „Anti-Atomkraft“

In der linksextremistischen Szene Schleswig-Holsteins spielte die „Anti-AKW“-Thematik im Berichtszeitraum - im Gegensatz zu den Vorjahren - erstmals wieder eine bedeutendere Rolle.

An den Protesten gegen den Castor-Transport vom 7. bis 10. November aus dem französischen La Hague in das Zwischenlager Gorleben (Niedersachsen) beteiligten sich bis zu 15.000 Atomkraftgegner (2006: 3.500), darunter rund 800 Linksextremisten, davon rund 300 aus Schleswig-Holstein.

In Lübeck wurde im Vorfeld für die Proteste unter dem Motto „der Castor bleibt diesmal auf der Strecke - basta!“ geworben:

„Mit einer großen gemeinsamen Aktion werden wir uns einen Teil der Castor-Gleise aneignen. (...) Mit dieser Idee wollen wir an die Aktionserfahrungen anschließen, die in den vergangenen Jahren viele Menschen - in Heiligendamm, Hamburg und anderswo - spektrenübergreifend gesammelt haben.“

Die Zahl der Demonstranten und der Anteil der - auch gewaltbereiten - Linksextremisten waren deutlich höher als in den vergangenen Jahren. Verliefen die Demonstrationen und die Blockade der Zufahrt zum Zwischenlager weitgehend friedlich, so wurden diverse Blockaden entlang und auf den Gleisen der vom Castor-Transport genutzten Bahnlinie durch die Polizei unter Gewaltanwendung aufgelöst. Dabei wurden Polizeibeamte verletzt, Polizeipferde mit Feuerwerkskörpern und Polizeihubschrauber mit Leuchtmunition beschossen, Bahngleise wurden unterhöhlt oder beschädigt sowie diverse logistische Einrichtungen der Bahn durch Brände vernichtet. In der Nähe von Reinbek (Kreis Stormarn) wurden zwei Schaltkästen der Bahn durch Brände zerstört, die in einer Taterklärung in den Zusammenhang zum Castor-Transport gestellt wurden.

3.4 „Anti-Militarismus“

Das Thema „Anti-Militarismus“ war in der Vergangenheit kein permanenter Schwerpunkt der linksextremistischen Agitation. Hauptsächlich wird es von linksextremistisch beeinflussten Teilen der „Friedensbewegung“ getragen.

In verschiedenen Veröffentlichungen wurde unter der Überschrift „Sozialabbau als Rekrutierungshilfe der Bundeswehr“ angeprangert, dass mit allen Mitteln versucht werde,

„Jugendliche dazu zu bewegen, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten, um ‚deutsche Interessen‘ überall auf dieser Welt zu ‚verteidigen‘. Effektiv ist jedoch nur die Ausnutzung der Perspektivlosigkeit und dem durch die Hartz IV Regelungen ausgeübte finanzielle und soziale Druck. Hieran zeigt sich, dass Sozialabbau und Militarisierung zwei Seiten derselben Medaille sind, (...).“

Gegen eine Informationsveranstaltung der Bundeswehr in Bad Oldesloe wurde auf einschlägigen Seiten im Internet geworben. Später war ein gefälschtes Schreiben „der Stadt“ verteilt worden, dass für diese Veranstaltung „keine Räumlichkeiten mehr zur Verfügung“ stehen würden.

Unter dem Motto „Kriegsgerät interessiert uns brennend“ haben Angehörige der linksextremistischen Szene im Februar die „Legitimität und Notwendigkeit von antimilitaristischem Widerstand (...) im Sinne selbstorganisierter Abrüstung (...)“ diskutiert:

„Die ursprüngliche Idee war, Aktionen mit ‚offenem Gesicht‘ wie auch ‚verdeckte‘ Aktionen gleichzeitig zu diskutieren und in dieser Diskussion auch den Boden zu bereiten für eine breite Akzeptanz von militanten Aktionen. Das verbindende ist der Wille zum Eingreifen in die Kriegsmaschinerie und die Zerstörung von Kriegsmaterial - praktische Abrüstung. Wir sehen beide Aktionen als wichtige Bestandteile der Mobilisierung gegen den Krieg nach innen und außen.“

Im September war die Zufahrt des Bundeswehr-Munitionsdepots in Laboe (Kreis Plön) mit auf die Straße gemalten Parolen wie „Nie wieder Krieg! Bundeswehr abschaffen!“ und Aufklebern an Pfählen wie „bundeswehr - befehlen gehorchen mor-den - abschaffen“ versehen worden.

Schleswig-holsteinische Linksextremisten haben sich sowohl an den weitgehend friedlichen Protesten gegen die alljährlich stattfindende „Konferenz für Sicherheitspolitik“ im Februar in München beteiligt als auch an den Protestaktionen gegen den NATO-Gipfel im April in Bukarest (Rumänien).

Auch für Proteste gegen das NATO-Gipfeltreffen anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Bündnisses im April 2009 in Straßburg (Frankreich) und Baden-Baden ist seit dem Sommer durch Gruppierungen der linksextremistischen Szene geworben worden. Man könne an die punktuellen Erfahrungen der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, insbesondere an die dort gezeigte Entschlossenheit im Handeln und die kollektive Erfahrung von „Gegenmacht“, anknüpfen. Unter dem Motto „Make NATO History! Auf die Straße gegen den NATO-Gipfel!“ heißt es auf einer entsprechenden Internet-Seite:

„(...) Wir werden Widerstand leisten. (...) Wir rufen dazu auf, das NATO-Treffen zu belagern, zu umzingeln, zu blockieren! Wir rufen dazu auf, sich an den Demonstrationen und Aktionen zu beteiligen! Wir rufen dazu auf, massenhaft Blockaden und andere Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen das Treffen der KriegstreiberInnen zu setzen!“

Die Resonanz, an den Protesten teilzunehmen, war bis zum Ende des Berichtsjahres eher verhalten verlaufen.

3.5 „Anti-Rassismus“

Linksextremisten sehen die Ursache für Rassismus in der von Klassengegensätzen, Ausbeutung und Unterdrückung geprägten kapitalistischen Gesellschaft. In entsprechenden Publikationen wird den EU-Staaten, vor allem der Bundesrepublik Deutschland, vorgeworfen, Europas Wirtschaftsmacht weiter auszubauen und all jene abzuschieben, die nicht der „Profitgier der kapitalistischen Verwertungs politik“ entsprechen würden. Flüchtlingen würde es möglichst schwer gemacht, in die EU-Staaten einzureisen. Die „Festung Europa“ habe das Ziel, die „herrschende imperialistische Weltwirtschaftsordnung“ aufrecht zu erhalten. Flüchtlinge in Deutschland würden kriminalisiert, verfolgt und „weggesperrt“. Das Asylrecht sei mit „rassistischen Sondergesetzen“ vergleichbar.

Linksextremisten vertreten ihre Überzeugungen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik - teilweise auch militant - durch Demonstrationen, Kundgebungen und andere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. In einem im Internet veröffentlichten Aufruf zu einem „dezentralen Aktions-Tag ohne Abschiebungen“ am 30. August, an dem sich auch

linksextremistisch beeinflusste und bürgerliche Gruppen beteiligten, wurde seitens der Initiatoren erklärt:

„Wir legen das Abschiebesystem lahm - mit Aktionen an Abschiebeknästen und -lagern, bei Ausländerbehörden, auf Flughäfen und bei Profiteuren - bei allen Agenten der rassistischen Behandlung und Kontrolle von Menschen. (...) Mit Demonstrationen, Blockaden, Ämterbesuchen und kreativen Protestaktionen werden wir Sand ins Getriebe streuen.“

Im Vorfeld und während eines „Antirassismus- und Klimacamps“ vom 15. bis 24. August in Hamburg wurden vor allem in Niedersachsen, Berlin und Hamburg Autos von Firmen, die als angebliche „Nutznießer menschenunwürdiger Unterbringung von Flüchtlingen“ im Fokus der linksextremistischen Szene stehen, in Brand gesetzt; außerdem wurden Wohnhäuser von Leitern von Ausländerbehörden und Dienstgebäude beschädigt und der Hamburger Flughafen unter dem Motto „Für eine grenzenlose Bewegung - keine Abschiebung vom Flughafen Hamburg!“ blockiert.

Während des Camps stürmten am 20. August verummte Personen in das Bezirksamt Hamburg-Nord. In der Abteilung für Ausländerangelegenheiten wurden Glastüren, Computer und Telefone zerstört, Wände mit Farbe beschmiert und ein Mitarbeiter leicht verletzt.

Auch in Schleswig-Holstein wurde am 14. August ein Brandanschlag auf ein Fahrzeug einer Pinneberger Firma verübt. In der Taterklärung einer bislang unbekanntenen Gruppe begründen die Verfasser den Anschlag als Protest gegen Personen und Firmen, die mit der Einrichtung und dem Betreiben von Lagern für Flüchtlinge Geld verdienen.

An dem Bündnis „Gegenstrom08“, das das Camp organisiert hatte, war neben anderen die Lübecker Ortsgruppe von „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ beteiligt. Ein Lübecker Linksextremist fungierte darüber hinaus als Sprecher des „Antirassismus- und Klimacamps“.

Im Übrigen kam es in Schleswig-Holstein zu wenigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen zum Themenfeld „Anti-Rassismus“. So wurde am 24. Dezember ein Farbanschlag auf das Haus eines Mitarbeiters des Ausländeramtes des Kreises Ostholstein

verübt. Der Inhalt des Bekennerschreibens bezog sich auf im September veranstaltete Solidaritätskundgebungen für eine kurdische Familie aus Bad Schwartau, die in die Türkei abgeschoben werden sollte.

Anlässlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm hatten 2007 mehrere Demonstrationen im Rahmen eines „antirassistisch“ motivierten „Migrationstages“ mit rund 10.000 Teilnehmern stattgefunden. Die von den Protagonisten dadurch erhofften strukturellen Verbesserungen der linksextremistisch beeinflussten „Anti-Rassismus“-Szene konnten ein Jahr später trotz des in Hamburg veranstalteten Camps nicht festgestellt werden.

4 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2006 bis 2008

	2006	2007	2008
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	500	500	500
Gewaltbereite undogmatische Linksextremisten	320	350	350
Gesamt Land	820	850	850
Gesamt Bund	30.700	30.800	31.200

IV. Extremistische Bestrebungen von Ausländern

1 Übersicht

Im Spektrum des politischen Extremismus rückt der noch relativ junge Phänomenbereich „Islamismus“ in der Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden immer weiter in den Vordergrund. Insbesondere im radikal-islamistischen und terroristischen Bereich offenbart sich hier ein hohes Maß an Gefährdung. Doch auch die gewaltlosen Erscheinungsformen des Islamismus kollidieren mit ihrem theokratischen Herrschaftskonzept, ihrer polarisierenden Weltsicht und ihrem Alleingeltungsanspruch mit der deutschen Rechts- und Verfassungsordnung.

Mit ihren vielfältigen Ausprägungen machen islamistische Strömungen darum auch den bedeutendsten Aspekt im Bereich des Ausländerextremismus aus. Darüber hinaus zeichnen sie sich durch eine besondere Dynamik aus, die die Sicherheitsbehörden vor die Herausforderung stellt, sich ständig flexibel an die sich verändernden Strukturen anzupassen. Das gilt vor allem für die Beobachtung des islamistischen Internets, das einen entscheidenden Faktor bei der modernen Ausformung des Phänomens „Islamismus“ darstellt.

Ebenso müssen die Sicherheitsbehörden aber auch der Tendenz Rechnung tragen, dass sich islamistische Bestrebungen immer häufiger weg von organisationsgebundenen Strukturen hin zu informellen Interessens-Netzwerken entwickeln. Diese können mit einem viel größeren Aktionsradius eine entscheidende Rolle bei individuellen Radikalisierungsprozessen spielen. Während Vereinsstrukturen, Landes- oder Staatsgrenzen dabei weniger bedeutsam werden, spielen auch für Schleswig-Holstein der Einfluss internationaler Krisen, transnationale Ideologien und die weltweite digitale Vernetzung eine immer größere Rolle: Die Globalisierung verändert auch den politischen Extremismus.

Diese Entwicklung prägte auch das Jahr 2008: Die Akteure des islamistischen Terrorismus, allen voran das „al-Qaida“-Netzwerk mit seinen verschiedenen Gruppierungen, verfolgen weiterhin das Ziel opfer- und folgenreicher Großanschläge auf westliche Staaten bzw. westliche Interessen im Ausland. Die Anschläge im indischen Mumbai Ende November auf Hotels und andere von Touristen frequentierte Einrich-

tungen sowie ein jüdisches Gemeindezentrum stellten dafür nur ein besonders drastisches Beispiel dar. Gleichzeitig bestehen die Konfliktfelder, die den Nährboden für den islamistischen Terrorismus bilden, unverändert fort, destabilisieren die Region und verschaffen den islamistischen Bewegungen neuen Zulauf. Das gilt vor allem für die Brennpunkte Afghanistan und Irak, aber auch für den andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt sowie eine Reihe von schwelenden Regionalkonflikten. Das „al-Qaida“-Netzwerk agiert in diesem Kontext primär als Markenname bei gleichzeitigem Anspruch seiner Kernstrukturen auf die Meinungsführerschaft im globalen *Jihad*. Das wird vor allem in den diversen Video-Botschaften deutlich, die auch im Berichtsjahr veröffentlicht wurden.

Dabei steht Deutschland, insbesondere infolge des Engagements der Bundeswehr in Afghanistan, zunehmend im Fokus des islamistischen Terrorismus. Die Zielrichtung Deutschland führt auch dazu, dass dieses immer mehr als Rekrutierungsfeld entdeckt wird: So publizierten „al-Qaida“ sowie die „Islamische Jihad-Union“ 2008 eine Reihe von deutschsprachigen Video-Botschaften, unter anderem mit dem deutschen Konvertiten Eric Breininger.

In Schleswig-Holstein sind weiterhin keine terroristischen Strukturen feststellbar, allerdings liegen Anhaltspunkte für die Existenz einer Reihe von Einzelpersonen mit ideologischer Nähe und Kontakten in das *jihadistische* Spektrum vor. Daneben gibt es Hinweise auf ein unstrukturiertes Anhängerpotenzial der irakischen Terrororganisation „Ansar al-Islam“, die in der Vergangenheit auch unter dem Namen „Ansar al-Sunna“ bekannt geworden war.

2008 fanden zwei Strafprozesse gegen Personen aus Schleswig-Holstein wegen deren Beteiligung am internationalen *Jihad* statt.

Bei den meisten Radikalisierungsprozessen spielt *salafistisch* geprägte Ideologisierung eine zentrale Rolle. Diese besonders rigide sunnitisch-islamistische Richtung mit hoher missionarischer Energie findet seit einigen Jahren auch in Deutschland immer mehr Anhänger. Diese Entwicklung ist auch in Schleswig-Holstein bemerkbar. *Salafisten* konzipieren ihre Idee von der einzig „wahren Religion“ mit einer kompromisslosen Buchstabengläubigkeit und einem vollkommenen Absolutheitsanspruch in Bezug auf andere religiöse und gesellschaftliche Konzepte. Für sie geht damit häufig

auch eine notwendige Abkehr von der aus ihrer Sicht verdorbenen Mehrheitsgesellschaft einher, verbunden mit antisemitischen Stereotypen und antiwestlichen Resentiments. Von daher eignen sich auch die gewaltlosen *salafistischen* Strömungen als Nährboden für weitergehende Radikalisierung.

Auch im Jahr 2008 bedienten sich Islamisten aktueller Themen, durch die sie ihre Botschaft transportieren und Anhänger mobilisieren konnten: Das war vor allem der erneute Abdruck der dänischen Mohammed-Karikaturen sowie zum Jahreswechsel 2008/2009 die israelische Militäroffensive im Gazastreifen. Der ungelöste israelisch-palästinensische Konflikt mit seiner starken emotionalen Zugkraft ist seit vielen Jahren ein „Dauerbrenner“ auf der islamistischen Agenda, dem der Gaza-Krieg zu neuem Aufschwung verhalf.

Die libanesische „Hizb Allah“ steht dagegen für eine islamistische Organisation, die ein schiitisch geprägtes islamistisches Weltbild mit einer stark antiisraelisch ausgerichteten nationalen Ideologie verknüpft und ihre Ziele auch mit gewaltsamen Mitteln durchsetzt. In Schleswig-Holstein sind einzelne Anhänger bekannt, und es existieren in mehreren Städten Vereine, die als Anlaufstelle für diese Personen gelten.

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) zählt als größter türkisch-islamistischer Verband in Deutschland zu den „legalistischen“ Organisationen, die ihre Ziele im Rahmen der deutschen Rechtsordnung verfolgen. Trotz neuerer Tendenzen hin zu einer Emanzipation von den Vorgaben der türkischen „Milli-Görüs“-Bewegung bleibt die Zielrichtung der IGMG allerdings die unbedingte Bewahrung einer eigenständigen türkisch-islamischen Identität, was mit desintegrativen Tendenzen einhergehen kann.

Dagegen tritt die transnationale Missionsbewegung „Tablighi Jama’at“ (TJ) kaum öffentlich in Erscheinung. Weder existiert eine formale Organisationsstruktur noch hat die Bewegung eine dezidiert politische Agenda. Gleichwohl strebt sie eine langfristige weltweite Islamisierung an und weist Überschneidungen mit *salafistischen* Überzeugungen auf. Auch in Schleswig-Holstein sind Moscheen bekannt, die regelmäßig von TJ-Missionierungsgruppen aufgesucht werden.

Bei der „Türkischen Hizbullah“ schließlich handelt es sich um eine kurdisch-islamistische Gruppierung, die ihr Ziel, die Errichtung einer islamistischen Herrschaftsordnung in den Kurdengebieten der südöstlichen Türkei, in der Vergangenheit auch mit gewaltsamen Methoden verfolgt hat. Die Aktivitäten des in Deutschland existenten Anhängerpotenzials nahmen in den vergangenen Jahren zu.

Der säkulare Ausländerextremismus dreht sich vor allem um den „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL), der Nachfolgeorganisation der in Deutschland verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Die Organisation strebt die Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates in den türkischen Kurdengebieten an. In Deutschland verfügt der KONGRA-GEL über offene wie auch verdeckte Strukturen mit zahlreichen Unterorganisationen.

Für die schleswig-holsteinische Anhängerschaft stellt die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ in Kiel die zentrale Anlaufstelle dar.

Der KONGRA-GEL verfolgt weiterhin eine ambivalente Strategie zwischen „Friedenskurs“ und der jederzeit aktivierbaren Option einer „kontrollierten Eskalation“. Auch 2008 fand bundesweit eine Vielzahl von Veranstaltungen und Protestkundgebungen statt. Die Anhänger konnten mit Themen wie dem Verbot des Fernsehsenders „ROJ TV“ oder dem Gesundheitszustand des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan mobilisiert werden. Gleichzeitig beinhaltet die Strategie des KONGRA-GEL aber auch die Unterstützung der Guerillakämpfer der PKK in der Türkei.

2 Islamismus

2.1 Islamistische Ideologie

2.1.1 Islamismus: Ein religiös motivierter politischer Extremismus

Die Verfassungsschutzbehörden definieren Islamismus als eine Form des politischen Extremismus. Damit unterscheiden sie den politischen Islam klar von der islamischen Religion, die für den Verfassungsschutz nicht relevant ist. Deshalb stehen auch gläubige Muslime wegen ihrer Ausrichtung nicht im Fokus der Beobachtung.

In Abgrenzung zur islamischen Religion versteht man unter Islamismus eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Die Religion wurde unter dem Eindruck

bestimmter historisch-politischer und gesellschaftlicher Umstände des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts zur Konstruktion einer Ideologie instrumentalisiert. Der Verfassungsschutz beobachtet islamistische Bestrebungen, die sich gegen Wert- und Ordnungsvorstellungen in Deutschland richten, insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Dennoch kann der Übergang vom Islam zum Islamismus im Einzelfall in einer Grauzone liegen. So fordern alle Islamisten das Kopftuch, aber nicht jede Kopftuchträgerin ist eine Islamistin. Wo also hört ein konservativ gelebter Glaube auf und wo beginnt die extremistische Ideologie? Für die Verfassungsschutzbehörden besteht die Herausforderung darin, diese Grenzen konkret abzustecken: Das Vorhandensein islamistischer Wesensmerkmale muss immer wieder neu geprüft werden.

2.1.2 Was wollen Islamisten? Ziele und Charakteristika

Der Verfassungsschutz unterscheidet islamistische Organisationen und Personen-Netzwerke nach ihrem Durchsetzungsverhalten in Bezug auf ihre Ziele, das heißt je nach Intensität ihrer Aktivitäten und der Wahl ihrer Mittel. Gefragt wird auch, inwieweit es sich um ein konkretes Ziel oder eine Utopie handelt und ob ihre Durchsetzungsstrategien aktiver oder passiver Natur sind. Danach werden die Gruppierungen und Einzelpersonen in drei Kategorien eingestuft:

- Unterstützung des transnationalen *Jihadismus*: Gruppen und Personen-Netzwerke, die sich mit einem weltweiten gewaltsamen „*Jihad* zur Verteidigung und Ausbreitung des Islams“ solidarisieren und damit den transnationalen Terrorismus in Ausführung oder Planung bzw. finanziell, logistisch oder medial unterstützen;
- Organisationen, deren Ziel die gewaltsame Veränderung der Herrschaftsverhältnisse in den Herkunftsländern ihrer Anhänger ist, verknüpft mit einer islamistischen Agenda;
- Organisationen, die ihre Ziele gewaltlos mit einer legalistischen Strategie unter Ausnutzung der deutschen rechtlichen Freiräume verfolgen und keinen Straftatbestand erfüllen; in der Konsequenz würden ihre Aktivitäten jedoch zu einer Konsolidierung von islamistischen, desintegrativen Milieus in Deutschland führen, die wiederum den Boden für weitergehende Radikalisierung bilden könnten.

Das islamistische Spektrum ist sehr breit gefächert. Islamistische Organisationen und Netzwerke können sehr unterschiedliche Ausformungen annehmen. Gemeinsamer Nenner aller Strömungen ist jedoch die Vorstellung von einer Rückkehr der Gläubigen zu den Idealen eines vermeintlich vollkommenen Urislams zur Zeit des Propheten Mohammed und seiner Gefährten. Nur in dieser kurzen Zeitspanne habe es, so die Idee, eine wirklich gerechte - weil gottbestimmte - gesellschaftliche Ordnung gegeben. Dabei wird die Diskrepanz zwischen der gegenwärtig desolaten Lage vieler mehrheitlich islamischer Länder und Regionen und der einflussreichen Rolle, die islamische Reiche in den ersten Jahrhunderten islamischer Zeitrechnung spielten, von vielen Muslimen schmerzhaft wahrgenommen und macht ein Gutteil der großen Attraktivität aus, derer sich islamistische Bewegungen aktuell erfreuen. Diese propagieren „den Islam“ als „die Lösung“ für alle politischen und gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart und behaupten, dass die Renaissance des „goldenen islamischen Zeitalters“ der unterdrückten und gespaltenen Gemeinschaft der Gläubigen (*umma*) zu Einheit, Gerechtigkeit und neuer Größe verhelfen werde. Nur so würden Muslime wieder den führenden Platz in der Weltgemeinschaft einnehmen, der ihnen eigentlich zusteht.

Da Gottes Gebote für die Menschen universal und zeitlos gültig seien, könnten sie - so der islamistische Leitgedanke - auch im 21. Jahrhundert unmittelbar angewandt werden. Der Koran und die umfangreichen Überlieferungen vom Leben des Propheten Mohammed (*sunna*) werden buchstabengetreu zur alleinigen und allgemein gültigen Grundlage allen persönlichen und politischen Handelns gemacht.

In seinem Buch „Mohammed der Gesandte Allahs“ definiert der saudische Gelehrte Abdurrahman al-Sheha die Religion als „Lebensweise (...), welche sowohl das private als auch das öffentliche Leben umfasst. Sie beinhaltet alle Handlungen des Gottesdienstes, politische Verfahrensweisen und ein detailliertes Gesetz für das Verhalten.“

An anderer Stelle zitiert der Autor einen anderen Gelehrten zum Charakter des Korans als Gesetzbuch: Dieser sei „ein vollkommenes Gesetz für den zivilen, geschäftlichen, militärischen, juristischen, kriminalen Bereich und Strafverfolgungen“. Das Buch lag 2008 in einer Lübecker Moschee zur Mitnahme aus. Dieses und ähnliche Bücher sind in den vergangenen Jahren ins Deutsche übersetzt worden und werden

hier im Rahmen einer intensiven Missionsstrategie zur Verbreitung einer saudisch-wahhabitischen bzw. salafistischen Islaminterpretation kostenlos an Interessierte verteilt. Die Inhalte des Buches sind deutlich islamistisch geprägt.

Zielpunkt einer islamistischen Agenda ist folglich die Durchsetzung des so genannten islamischen Systems (*nizam al-islami*). Es beinhaltet die Errichtung einer Gesellschafts- und Rechtsordnung, die ausschließlich auf einer islamischen Lesart gründet. Deren praktische Umsetzung durch die Erhebung des islamischen Rechtskanons (*Scharia*) zu geltendem Recht stellt islamistische Denker jedoch tatsächlich vor große Probleme: Es ergeben sich mehrdeutige Interpretationsfragen und eine Reihe von Widersprüchen, die nicht aufgelöst werden können. Und so gibt es wie bei jedem utopischen System auch innerhalb des islamistischen Spektrums eine Vielzahl von Kontroversen über die tatsächliche Gestalt der angestrebten islamischen Herrschaft. Die Vorstellungen reichen von nationalstaatlichen Zielrichtungen, wie sie z. B. von Organisationen angestrebt werden, die der ägyptischen „Muslimbruderschaft“ nahe stehen, bis hin zu transnationalen Konzepten, wie der Errichtung eines weltumspannenden Kalifats, wie es z. B. die in Deutschland verbotene „Hizb ut-Tahrir“ anstrebt. Gegenwärtig existiert weltweit keine einzige Herrschaft, die - auch in den Augen von Islamisten - wirklich die Kriterien eines „islamischen Staates“ erfüllt.

Vor allem stünde eine solche Rechtsordnung aber in teilweise eklatantem Widerspruch zur deutschen Verfassungsordnung, insbesondere zu einer Reihe von Grundgesetzartikeln und zu wesentlichen Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung: Statt des Prinzips der Volkssouveränität wäre eine islamische Herrschaft von einer Art „Gottessouveränität“ bestimmt. Herrschen würden letztlich diejenigen, die für sich in Anspruch nähmen, das religiöse Gesetz alleingültig zu interpretieren.

Prinzipien wie Gewaltenteilung oder Parteienpluralismus wären damit ebenfalls ad absurdum geführt. Abweichende Wertvorstellungen und die Ausbildung einer politischen Opposition wären ausgeschlossen. Im Konzept islamischer Herrschaft genießen Anhänger anderer Religionen oder auch Atheisten keine vollen Bürgerrechte; Religions- und Meinungsfreiheit wären nicht gewährleistet. Schließlich kollidiert eine islamische Herrschaftsordnung auch mit dem Gleichheitsgrundsatz zwischen Mann und Frau, da die im Islam postulierte Gleichwertigkeit der Frau vor Gott nicht gleich-

bedeutend ist mit dem modernen, im Grundgesetz verankerten Konzept der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Für das Leben in einer nicht-islamisch geprägten Mehrheitsgesellschaft bestehen aus islamistischer Sicht besondere Herausforderungen. Ist doch der Gläubige hier gezwungen, sich Gesetzen und Vorschriften zu unterwerfen, die sich mit den vermeintlichen religiösen Geboten nicht decken oder ihnen sogar widersprechen. Das kann die Schulausbildung der Kinder, Bekleidungs- oder Speisevorschriften betreffen, aber auch bis zu einer grundlegenden Ablehnung der „ungläubigen“ Rechtsordnung reichen. Entsprechend erklärt auch der Autor des oben vorgestellten Buches den aus seiner Sicht absoluten Anspruch des islamischen Systems: „Man muss auch seine *Scharia* (die Gebote, Rechte und Pflichten) allen anderen Geboten, Standrechten, Systemen und Gesetzen vorziehen.“

In diesem Zusammenhang erläutert er auch die Überlegenheit des Islams über das Christentum, dessen Evangelien keine so detaillierten Vorschriften enthielten, sondern „zumeist aus zusammengepflückten Geschichten, Märchen und einem Durcheinander bezüglich des Gottesdienstes bestehen. Ihr Inhalt basiert nicht auf Vernunft und hat keinen Einfluss.“

Überlegenheit gegenüber anderen Religionen und die pointierte Abgrenzung von politischen Systemen oder Ideologien sind ein zentrales Merkmal islamistischen Gedankengutes. Im polarisierten islamistischen Weltbild stehen die USA und Israel schon seit vielen Jahren synonym für die grundlegenden Widersacher der Muslime. Die USA werden in diesem Denken als der allmächtige militärische Aggressor wahrgenommen, dessen Ziel die militärische, aber auch die kulturelle Durchdringung der gesamten Welt sei. Das Feindbild Israel wird ebenso wie das davon kaum unterschiedene Judentum - unterstützt vom emotionalen Feuer des seit vielen Jahren ungelösten israelisch-palästinensischen Konfliktes - von antisemitischen Stereotypen genährt. Diese stützen sich auf das gesamte Arsenal des europäischen rassistisch motivierten Anti-Semitismus, aber auch auf christlichen und islamischen Anti-Judaismus.

Insbesondere seit der israelischen Militäroffensive im Gazastreifen Ende Dezember nahmen entsprechende Äußerungen vor allem im Internet (z. B. Video-Clips) deutlich zu. Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung wurde gepaart mit unterschwelligem, aber auch unverhohlenem Anti-Semitismus. So heißt es Anfang 2009 auf einer englischsprachigen HAMAS-nahen Internet-Seite, dass Zionismus eigentlich nichts anderes sei als „jüdischer Nationalsozialismus“, und die israelische Armee eine „jüdische Wehrmacht“, deren Ziel es sei, nicht nur die Palästinenser, sondern auch den Rest der arabisch-islamischen Welt zu versklaven und auszulöschen. Da Israel jedoch alles daran setze, seine Politik international zu rechtfertigen und die westlichen Medien jüdisch kontrolliert seien, würden diese wahren Ziele nicht öffentlich. Fazit des Kommentators: Israel sei ein „Krebsgeschwür“ für die Menschheit, das - werde es nicht „ausgemerzt“ - alles vernichten werde.

Innerhalb des Islamismus bildet der „*Jihadismus*“ eine Sonderform, die allerdings den Sicherheitsbehörden am meisten Sorge bereitet. Von gewaltlosen islamistischen Strömungen unterscheidet sich diese Ideologie durch ein anderes Verständnis des Begriffs des „*Jihad*“. Der Begriff der „Anstrengung auf dem Wege Gottes“ hat mehrere Nuancen und wurde in der frühen islamischen Geschichte und Theologie geprägt. Muslime unterscheiden zwischen dem Konzept des „großen *Jihads*“, der eine Art persönliche Bemühung um das Gute im Leben und in der Gesellschaft ist, und dem des „kleinen *Jihads*“, der unter genau festgelegten Bedingungen den (militärischen) Einsatz zur Verteidigung und Ausbreitung des Glaubens meint.

Während der „kleine *Jihad*“ jedoch für die meisten Muslime durch die Anerkennung des allgemeinen Kriegs- und Völkerrechts an Bedeutung verloren hat, sehen *Jihadisten* darin eine individuelle Pflicht für jeden Gläubigen. *Mujahidin*, also diejenigen, die den *Jihad* ausüben, stehen somit unter einem permanenten Erklärungsdruck gegenüber ihren Anhängern, aber auch gegenüber der muslimischen Öffentlichkeit, um ihr militantes Vorgehen zu rechtfertigen. Das ist auch eine Funktion, die die regelmäßigen *jihadistischen* Video-Botschaften erfüllen sollen (siehe dazu unter Nr. IV 2.7).

In den vergangenen Jahren haben islamistische Netzwerke mit einer transnationalen Ideologie im Vergleich zu islamistischen Organisationen mit lokaler oder nationaler Agenda eine ungleich größere Dynamik entwickelt, die ihnen wachsenden Zulauf

einbringt. Bei dieser Entwicklung spielt der *Salafismus* (arabisch: *salafiya*) eine entscheidende Rolle. Unter diesem Oberbegriff versteht man eine islamistische Richtung, deren Anhänger die Wiederherstellung aller Aspekte des religiösen, politischen und gesellschaftlichen Lebens zur Zeit des Propheten Mohammed bzw. seiner Gefährten (*al-salaf al-salih*) durchsetzen wollen. Die Denker dieser „Reformbewegung“ fordern folglich die Bereinigung der islamischen Glaubensgrundsätze von allen Traditionen, die sich nicht direkt auf ihre Interpretation des Urislams zurückführen lassen. Ihr Hauptaugenmerk liegt somit darauf, ihr religiöses System vor „schädlichen Neuerungen“ (*bid'a*) zu bewahren. *Salafisten* legen sehr viel Energie in die Unterwerfung unter ein komplexes System aus Vorschriften und Regeln, stets darauf bedacht, sich keine Handbreit vom aus ihrer Sicht einzig wahren Weg abbringen zu lassen und damit in Gefahr zu geraten, das System selbst in Frage zu stellen und so dem Verderben anheim zu fallen. Die Angst vor Abweichung ist ein prägendes Element dieser islamistischen Ideologie. Die Dauerpräsenz des Satans (*shaitan*) als ständigem Versucher des Gläubigen geht dabei einher mit einer ausgeprägten Jenseitsorientierung, in der die Belohnung im Paradies ebenso ausführlich geschildert wird wie die farbigen Drohszenarien der Qualen des Höllenfeuers.

Hinzu kommt, dass der *Salafismus* die Unbedingtheit islamischer Glaubensgrundsätze, vor allem den absoluten Monotheismus (*tauhid*), auf die Spitze treibt und jeden Relativismus als unverzeihliche „Beigesellung“ (*shirk*) verdammt, bei der Gott nicht die alleinige Anbetung zukommt. Angehörige anderer islamischer Denkrichtungen und Konfessionen oder auch einfach Muslime mit anderen Glaubensansichten werden ebenso wie Anhänger anderer Religionen pauschal zu „Ungläubigen“ (*kufar*) erklärt (*takfir*).

Die meisten *jihadistischen* Gruppierungen, allen voran das „al-Qaida“-Netzwerk, stützen sich ideologisch auf die *salafistische* Lehre, die sowohl gewaltlose als auch gewaltbereite Ausformungen kennt. Das macht sie zu einem entscheidenden Faktor bei Radikalisierungsprozessen.

2.1.3 Salafistische Aktionsfelder: Missionierung und Radikalisierung

Neben einer weniger bedeutenden rein religiösen („puristischen“) *salafistischen* Richtung unterscheidet man heute den nicht gewaltbereiten „politischen“ oder „Mainstream-Salafismus“ vom militanten „Jihad-Salafismus“. Dabei ist diese Trennung eigentlich eine künstliche, da - wie auch die Auswertung von individuellen Radikalisierungsprozessen gezeigt hat - die Übergänge zwischen den Bereichen weitgehend fließend sind. Auch im gewaltlosen „Mainstream-Salafismus“ existieren ambivalente Haltungen zur Frage der Anwendung von Gewalt. *Salafistisch* orientierte Akteure - ganz gleich, ob gewaltlos oder gewaltbereit - berufen sich häufig auf die selben Vordenker. Das Weltbild von „politischen“ und „militanten“ *Salafisten* unterscheidet sich nur durch die Methoden und die Wahl der Mittel, mit der die angestrebten Ziele erreicht werden sollen.

Ein Grund für diese heterogene Ausformung *salafistischer* Ideologie ist, dass moderne *salafistische* Gelehrte die islamischen Quellen weitgehend unabhängig von einer der vier klassisch-sunnitischen Rechtsschulen interpretieren. Von seiner ultrakonservativen Ausrichtung her ist der *Salafismus* am ehesten mit der orthodoxen saudi-arabischen Islaminterpretation der *wahhabiya* zu vergleichen, allerdings lehnen *Salafisten* diese wiederum als saudische Staatsreligion ab und betonen den universalen Anspruch ihres Glaubens.

Obwohl *Salafisten* anstreben, einen gesellschaftlichen Zustand von vor 1.400 Jahren wieder herzustellen, nimmt das Phänomen in seiner globalen Ausrichtung überaus moderne Charakterzüge an: Die Entwicklung und der derzeitige Vormarsch *salafistischer* Bewegungen wären ohne die modernen Medien, allen voran das Internet, so nicht denkbar. Ohne sich notwendigerweise an lokale Organisationsformen binden zu müssen, können Interessierte sich mittels individueller Internet-gestützter Ideologisierung flexibel im Spektrum *salafistischer* Argumentationsstrukturen bewegen und sich je nach Bedarf mit Gleichgesinnten vernetzen oder auch neue, möglicherweise „konsequentere“ Positionen aneignen. Das macht die besondere Attraktivität dieser islamistischen Strömung für jüngere, gut ausgebildete Muslime aus, paradoxerweise gerade auch für solche, die in einem urbanen, westlich geprägten Umfeld sozialisiert wurden, wie z. B. Muslime der zweiten oder dritten Einwanderergeneration oder auch

Konvertiten. Hinzu kommt, dass nationale oder ethnische Identitäten aus *salafistischer* Sicht als irrelevant gelten, so dass das *salafistische* Weltbild auch als Ausweg aus Integrationskonflikten und als klare und einfache Alternative zu den komplexen Identitätsfindungsprozessen multiethnisch geprägter Personenkreise erscheint.

Gleichzeitig ist hier aber auch die Gefahr einer weitergehenden Radikalisierung angelegt: Zwar lehnen die meisten *Salafisten* in Deutschland Gewalt überwiegend ab. Jedoch propagieren sie mit ihrem Konzept des „wahren Glaubens“ einen kompromisslosen Absolutheitsanspruch, die unbedingte Überlegenheit über andere religiöse und gesellschaftliche Konzepte sowie die notwendige Abkehr von der aus ihrer Sicht verdorbenen Mehrheitsgesellschaft, verbunden mit antiwestlichen Stereotypen und antichristlichen Ressentiments. Gleichzeitig suggerieren sie ihren Anhängern in klassischer Sektenmanier die Zugehörigkeit zu einer auserwählten - weil von Gott „gerettet“ - Gruppe (*firqa al-najiya*). Für viele Anhänger liegt die Attraktivität auch in dieser gewandelten Selbstwahrnehmung vom diskriminierten gesellschaftlichen „Underdog“ zum Angehörigen einer Art religiösen Avantgarde.

Seine besondere Dynamik erhält das „Mainstream-*salafistische*“ Spektrum durch die Mission (*da'wa*), die *Salafisten* als zwingende religiöse Verpflichtung betrachten. Sie verstehen darunter ihre Pflicht, allen anderen Menschen die Möglichkeit zum rechten Glauben und damit den Weg ins Paradies nahe zu bringen.

Neben diversen technisch professionell und ansprechend aufgemachten Internet-Seiten gibt es in Deutschland eine Reihe von prominenten Predigern, die auf Vortragsreisen oder bei so genannten Islam-Seminaren eine kleine, aber wachsende Anhängerschar auf das *salafistische* Weltbild einschwören. Einer der bekanntesten ist der Konvertit Pierre Vogel, der mit locker vorgetragenen und leicht verständlichen Vorträgen auch in Schleswig-Holstein eine wachsende Anhängerschaft für seine *salafistisch* geprägte Islaminterpretation gewonnen hat. So fordert Vogel in einem Vortrag, aus dem Teile in einem Video-Forum im Internet eingestellt wurden, seine Zuhörer ultimativ zum Handeln auf: Wer wisse, dass „(...) keine Religion am jüngsten Tage angenommen wird, außer Islam (...)“ und dass derjenige, der eine andere Religion als den Islam bevorzuge, „im Jenseits zu den Verlierern gehören (werde), die in

der Hölle sind“, wer also die Wahrheit kenne, aber seinen Mitmenschen gegenüber verschweige, der werde ganz genauso in der Hölle enden.

Um nun interessierten Muslimen die „*da'wa*-Arbeit“ zu erleichtern, initiierte das Netzwerk um Vogel und andere die Produktion von ansprechend aufgemachten Faltblättern, aber auch Aufklebern und anderen „Marketing“-Artikeln, die man en gros bestellen und verteilen kann. Auch in diesen Faltblättern, die 2008 auch in Schleswig-Holstein verteilt wurden, wird suggeriert, dass jeder, der die Chance habe, den „wahren Glauben“ kennen zu lernen und diesen dann nicht annimmt, unweigerlich dem Höllenfeuer ausgeliefert sei. Wer dagegen das islamische Glaubensbekenntnis spreche (und damit den Islam annehme), für den sei das die „Rettung vor der ewigen Bestrafung in der Hölle am jüngsten Tag und der Schlüssel zum Paradies“.

Die Verteilung solcher Faltblätter ist nur ein kleines Indiz dafür, dass der zunehmende Einfluss *salafistischen* Gedankengutes auch nach Schleswig-Holstein ausstrahlt. Auch wenn es hier kein *salafistisches* Zentrum gibt, so setzte sich im Berichtsjahr doch der Trend eines wachsenden Anhängerpotenzials insbesondere unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen fort. Dieses Gedankengut kann unter Umständen den Nährboden für eine weitergehende Radikalisierung bilden.

Islamisten und ganz besonders *Salafisten* brauchen Themen, um ihr Empörungspotenzial auszuspielen; Themen also, die sich zur Hervorhebung ihres dualistischen Weltbildes eignen. Auch im Jahr 2008 gab es eine Reihe solcher Themen, die entsprechend genutzt wurden: So war im Frühjahr der erneute Abdruck von Karikaturen des Propheten Mohammed in mehreren dänischen und auch deutschen Zeitungen ein willkommener Anlass, um die Polarisierung zu betonen, die das *salafistische* Weltbild maßgeblich bestimmt. Der erstmalige Abdruck dieser Karikaturen hatte 2006 zu weltweiten Protesten und gewaltsamen Ausschreitungen geführt und wurde in der Folgezeit immer wieder als Rechtfertigung auch für terroristische Aktionen herangezogen. Während der zweite Aufguss der umstrittenen Karikaturen insgesamt weit weniger harsche Reaktionen hervorrief und keine vergleichbare Breitenwirkung wie die erste Veröffentlichung erzielen konnte, tat sich für *salafistisch* orientierte Islamisten ein hoch willkommenes Aktionsfeld auf: Wieder einmal zeigte sich in ihren Augen das hässliche Gesicht „des Westens“, der „dem Islam“ von Grund auf feind-

lich gesinnt sei. Auch „al-Qaida“-Anführer Usama Bin Ladin ließ sich diese Gelegenheit nicht entgehen und veröffentlichte eine Audio-Botschaft, in der er sich mit dem erneuten Abdruck der Karikaturen auseinandersetzte. In der Botschaft, mit der er sich an die „Weisen in der europäischen Union“ wandte, kritisierte er die Karikaturen als „Teil eines neuen Kreuzzuges“, bei dem auch „der Papst und der Vatikan“ eine besondere Rolle spielten. Dies sei „eine Prüfung für die Muslime“, ob sie ihre Religion beschützten. Man werde den „Worten Taten folgen lassen“.

Eine ähnliche Funktion erfüllte der antiislamische Kurzfilm „Fitna“ des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders, der ebenfalls im Frühjahr im Internet veröffentlicht wurde. Der Film wurde von der Mehrheit der Muslime als geplante Provokation erkannt, und - wie auch andere antiislamisch motivierte Kampagnen - in der deutschen Öffentlichkeit marginalisiert. Für Islamisten war der Film jedoch ein willkommenes Vehikel für antiwestliche Agitation. Dies wurde vor allem auf islamistischen Internet-Seiten deutlich, wo zum Boykott niederländischer Produkte und zur Tötung von Wilders aufgerufen wurde.

In diesem Kontext fand in Kiel Anfang Mai - gut zwei Monate nach dem erneuten Abdruck der Mohammed-Karikaturen - eine Demonstration gegen die Verunglimpfung des Propheten Mohammed durch die Karikaturen und den Film von Wilders statt. Mit etwa 120 Personen blieb die Teilnehmerzahl allerdings weit hinter den Erwartungen der Organisatoren zurück, da die islamischen Dachverbände in Schleswig-Holstein und Hamburg dem Aufruf nicht gefolgt waren. Einige der Demonstrationsplakate riefen zum Boykott dänischer Waren auf. Jugendliche verteilten verschiedene Faltblätter und Handzettel an Passanten, darunter Broschüren von Organisationen, die der ägyptischen „Muslimbruderschaft“ nahe stehen, ebenso wie Handzettel mit dem Hinweis auf die Internet-Seite von Pierre Vogel. Daneben wurde ein Faltblatt unter dem Titel „Kennen Sie diesen Menschen?“ verteilt, das der „Arabische Kulturverein e. V. Kiel“ aus Anlass des erneuten Abdrucks der Karikaturen Anfang März hatte drucken lassen. Das Blatt verweist ebenfalls auf mehrere deutschsprachige Internet-Adressen, die dem Umfeld der „Muslimbruderschaft“ zuzurechnen sind.

Seit Ende des Berichtsjahres ist dagegen infolge der israelischen Militäroffensive im Gazastreifen das Thema „Palästina“ wieder ganz oben auf der islamistischen The-

menliste. Bilder von Unterdrückung und Besatzung, aber auch das erst im 20. Jahrhundert entstandene Konzept von Palästina mit den dort befindlichen heiligen islamischen Stätten als unveräußerliches „islamisches Stiftungsland“ (*waqf*), lassen sich hervorragend instrumentalisieren und bilden seit langem einen Dauerbrenner auf der islamistischen Agenda. Die Ereignisse in Gaza zum Jahreswechsel 2008/2009 brachten diesem Thema neuen Aufschwung.

Auch in Schleswig-Holstein nutzten Islamisten den Gaza-Konflikt mit seiner hohen Mobilisationskraft als Aktionsfeld, wie z. B. die teilweise deutlich islamistische Färbung von einigen Demonstrationen gegen die Gaza-Offensive belegte.

2.1.4 Formen möglicher Radikalisierungsprozesse

Salafistische Ideologisierung ist zumeist ein entscheidender Faktor bei Radikalisierungsprozessen mutmaßlicher gewaltbereiter Islamisten. Das Zusammenwirken verschiedener Faktoren und die unterschiedlichen Ausformungen solcher Radikalisierungsprozesse sind zentrale Aspekte für Entstehung und Wirkungsweise des islamistischen Terrorismus.

Für die Sicherheitsbehörden stellt sich die Frage, ob und welche Muster sich bei diesen komplexen und sehr individuellen Prozessen erkennen lassen. Sie definieren islamistische Radikalisierung als eine mehr oder minder zügige - in der Regel von islamistischen Akteuren forcierte - ideologisch-politische Sozialisation, in deren Verlauf die involvierten Personen einen psychologischen Wandlungsprozess durchlaufen. Soziale Faktoren, wie berufliche Perspektivlosigkeit, krimineller Vorlauf, eine konfliktbehaftete familiäre Situation oder gruppenspezifische Prozesse können begünstigend hinzukommen. Die bekannten Radikalisierungsverläufe von Personen, die in Anschlagplanungen verwickelt waren oder sich aktuell im Ausland aufhalten, zeigen, dass die Dauer von Radikalisierungsprozessen sehr unterschiedlich sein kann, sich jedoch im Normalfall über mehrere Jahre hinzieht.

Schrittweise werden die Betroffenen in eine subkulturelle Gruppe oder ein Netzwerk integriert, das sich nicht nur im Besitz einer absoluten Wahrheit wähnt, sondern - damit verbunden - in Konsequenz auch Handlungsbedarf signalisiert. Dabei bietet die Gemeinschaft dem Einzelnen neben einem geschlossenen Sinn- und Welterklä-

rungssystem und klaren Handlungsempfehlungen auch emotionale Geborgenheit und Selbstvergewisserung.

Radikalisierungsprozesse können sowohl im Ausland ihren Ausgang nehmen, wobei das Personenspektrum des so genannten importierten Terrorismus bereits vorradikalisiert nach Deutschland kommt, um sich hier möglicherweise weiter zu radikalieren. Demgegenüber kann Radikalisierung auch in Europa beginnen, hier ihren weiteren Verlauf nehmen oder auch ins Ausland zurückführen: Die größte sicherheitspolitische Relevanz kommt Aufhalten in Ausbildungslagern einer Terrororganisation zu, auch wenn diese in der Regel bereits das Ende eines Radikalisierungsprozesses darstellen.

2.2 Islamistischer Terrorismus

2.2.1 Internationale Entwicklungen im Jahr 2008

Auch wenn Europa und die USA im Jahr 2008 von größeren islamistischen Terroranschlägen verschont blieben, kann weiterhin nicht von einer Entspannung der Sicherheitslage ausgegangen werden. Die Konfliktfelder, die den Nährboden für den islamistischen Terrorismus bilden, bestehen unverändert fort. Hierbei sind insbesondere die militärischen Brennpunkte im Irak und in Afghanistan sowie der israelisch-palästinensische Konflikt zu nennen. Hinzu kommt eine Reihe von schwelenden Regionalkonflikten, wie z. B. zwischen Indien und Pakistan, in Tschetschenien oder auch Konflikte im Kontext zerfallender Staaten wie Somalia, in denen sich in Ermangelung staatlicher Gewalt terroristische bzw. kriminelle Strukturen (Piraterie) ansiedeln konnten.

Einen weiteren Faktor bilden die bereits beschriebenen Themenfelder, die Islamisten zur polarisierenden Konfrontation zwischen „dem Westen“ und „dem Islam“ nutzen, und die ebenfalls zur Rechtfertigung von Gewaltakten herangezogen werden, wie z. B. die Karikaturen des Propheten Mohammed (siehe dazu unter Nr. IV 2.1.3).

Im Irak ist es 2008 zu einer relativen Verbesserung der Sicherheitslage gekommen, die allerdings immer noch (mit rückläufiger Tendenz) als angespannt bewertet wird. Der kurdisch dominierte Norden des Landes ist im Verhältnis zum übrigen Land we-

niger stark betroffen, dennoch werden nach wie vor auch dort regelmäßig schwere Anschläge verübt. Den irakischen militant-islamistischen Widerstandsgruppen, die - mehr oder weniger liiert mit dem lokalen „al-Qaida“-Ableger „Islamischer Staat von Irak“ - aktiv sind, ist es weiterhin möglich, jederzeit im gesamten Land Anschläge zu verüben. Ziel dieser Anschläge sind neben Angehörigen der Sicherheits- und Polizeikräfte in erster Linie hohe Beamte und Personen des öffentlichen Lebens.

Auch die Lage in Afghanistan ist weiterhin unsicher und instabil. Im gesamten Land ist mit Angriffen der militanten Opposition der *Taliban*-Bewegung und lokalen Gruppen zu rechnen. Dabei ist die Anschlagshäufigkeit im Süden und Osten des Landes weiterhin höher als im deutschen Verantwortungsbereich im Norden. Allerdings besteht auch im Bereich der Provinz Kunduz, dem Kerngebiet des deutschen ISAF-Kontingents, eine besondere Bedrohung durch Selbstmord-Attentate. Hier starben zuletzt am 20. Oktober zwei deutsche Soldaten und fünf afghanische Kinder bei einem solchen Anschlag.

Darüber hinaus bleibt Afghanistan Operations- und Rückzugsraum auch für militant-islamistische Gruppen aus Zentralasien, wie die „Islamische Jihad-Union“ oder die „Islamische Bewegung Usbekistan“ (siehe dazu unter Nr. IV 2.2.2).

Im Jahr 2008 zeigte sich aber auch, dass Pakistan einen nicht zu vernachlässigenden Faktor in den regionalen politischen und sozialen Verflechtungen darstellt. Seit knapp einem Jahr bemüht sich dort eine neue Regierung um die Konsolidierung der instabilen Verhältnisse in der Atommacht. Das Land, das nach 2001 mit der Antiterror-Koalition kooperierte, ist politisch und gesellschaftlich vielfach gespalten: Armee und Sicherheitsdienste dominieren das politische System seit vielen Jahren, gleichwohl gewinnen auch islamistische Strömungen, teilweise mit Ersteren verflochten, weiter an Einfluss. Islamistische Moscheen und Koranschulen, militante Gruppierungen wie die „Lashkar-e Taiba“, aber auch die Existenz von terroristischen Ausbildungslagern bestimmten 2008 die Lage in Pakistan. Immer wieder kam es zu gewaltsamen Zwischenfällen, allen voran der Anschlag auf das Marriott-Hotel in Islamabad am 11. September mit mindestens 60 Toten. Insbesondere in den nordwestlichen Provinzen zeigt sich der Einfluss der Stammesstrukturen. Paschtunen leben diesseits und jenseits der - eigentlich künstlichen - afghanisch-pakistanischen Gren-

ze. Gerade diese Gebiete beiderseits der Grenze dienen als Operations-, Rückzugs- und Rekrutierungsraum für das „al-Qaida“-Netzwerk und die mit ihm verbündete *Taliban*-Bewegung. Diese ist wiederum geprägt durch ein paschtunisch-islamistisches Weltbild, das jede Einmischung in Stammesangelegenheiten durch die Zentralgewalten in Islamabad und Kabul ablehnt.

Der Konflikt mit Indien in der Region Kashmir ist ein anderer Brennpunkt. Eine nachhaltige Befriedung Afghanistans wird langfristig nur unter Berücksichtigung des regionalen Kontextes und unter Einbindung Pakistans möglich sein.

Der Jahreswechsel 2008/2009 stand dagegen unter dem Eindruck der neuerlichen Gewalteskalation im Nahen Osten: Vom 27. Dezember 2008 bis zum 18. Januar 2009 operierte die israelische Armee mit Luftangriffen und einer Bodenoffensive im Gazastreifen. Ziel der Militäraktion war die Beendigung des Raketenbeschusses der israelischen Zivilbevölkerung aus dem Gazastreifen durch militante Gruppierungen, allen voran die dort seit Juni 2007 herrschende HAMAS. Diese wiederum forderte das Ende der seit 18 Monaten anhaltenden Totalblockade des Gazastreifens. Der Eskalation war eine sechsmonatige Waffenruhe vorausgegangen, während der es aber nicht gelang, eine politische Lösung herbeizuführen, und die schließlich von beiden Seiten verletzt wurde.

Weltweit kam es zu Protestkundgebungen, und auch in vielen deutschen Städten gab es in der ersten Januarhälfte 2009 eine Vielzahl von Demonstrationen. Obwohl die HAMAS mit weltweiten Angriffen auf jüdische bzw. israelische Einrichtungen gedroht hat, wird die Gefahr terroristischer Anschläge durch die HAMAS bzw. andere palästinensische Organisationen in Deutschland aktuell gering eingeschätzt.

„Al-Qaida“ setzte im Jahr 2008 den Trend hin zu einem losen Netzwerk unabhängig voneinander agierender lokaler Gruppierungen fort. Der Markenname „al-Qaida“ steht dabei für eine gemeinsame *jihadistische* Ideologie mit weltweitem Anspruch. Den Kern des Netzwerkes bilden vor allem in ideologischer Hinsicht die Strukturen um Usama Bin Ladin und Aiman al-Zawahiri, die sich in ihren Botschaften weiterhin entschlossen zeigen, Anschläge in den USA und Europa, aber auch gegen Regime

im Nahen und Mittleren Osten zu verüben, die mit dem Westen verbündet sind. Letztere stellen als „Apostaten“-Regime die ursprüngliche Stoßrichtung „al-Qaidas“ dar.

Da die operativen Möglichkeiten der Kern-„al-Qaida“ aufgrund des großen Verfolgungsdruckes eingeschränkt sind, bemüht diese sich neben der Koordinierung mit regionalen Terrororganisationen nach wie vor verstärkt um die Weiterentwicklung der Propagandaarbeit und die Aufrechterhaltung ihres Anspruchs an Meinungshoheit im internationalen *Jihad*. Bin Ladin und al-Zawahiri nutzen professionell produzierte Audio- und Video-Botschaften, die in einschlägigen Internet-Foren veröffentlicht werden, um die Ideologie der „al-Qaida“ weltweit zu verbreiten und ihre Anhänger zu motivieren. In den Botschaften werden aktuelle politische Ereignisse bewertet, klare Feindbilder definiert, antiwestliche Ressentiments geschürt und das Vorgehen von „al-Qaida“ gegenüber Kritikern gerechtfertigt.

Dennoch bedeutet die vermeintliche Konzentration der Kern-„al-Qaida“ auf Propagandaarbeit keinen Rückzug von operativen Aktivitäten. Gerade um auch vor den eigenen Anhängern nicht in den Ruf eines „Papiertigers“ zu geraten, wird „al-Qaida“ auch weiterhin permanent bemüht sein, entsprechende symbolträchtige Großanschläge zu verüben.

Im Fokus islamistischer Terroristen stehen vorrangig westliche Interessen im Ausland, da die Sicherheitsmaßnahmen in westlichen Ländern eine größere Hürde darstellen. „Weichere“ Ziele sind dagegen z. B. Hotels, touristische Stätten oder auch Botschaften in Reichweite der potenziellen Attentäter, wie die Anschläge gegen die dänische Botschaft in Islamabad im Juni oder gegen die US-amerikanische Botschaft in Sanaa (Jemen) im September belegten.

Ein herausragendes Beispiel dafür sind aber vor allem die Anschläge vom Mumbai (Indien) von Ende November: Ziel der Terrorserie mit insgesamt mehr als 170 Toten - darunter auch drei Deutschen - waren vor allem Einrichtungen, die auch von westlichen Touristen besucht wurden. Nach Augenzeugenberichten wurden von den islamistischen Attentätern gezielt US-Amerikaner, Briten und Israelis gesucht. Die indische Regierung, aber auch viele Analysten vermuten hinter den Anschlägen Personen aus Pakistan. Derartige Anschläge werden vermutlich nicht unmittelbar durch

Kern-„al-Qaida“ initiiert, sondern durch lokale Gruppierungen und Personen ausgeführt, die dem Spektrum des internationalen *Jihads* zuzurechnen sind. Kern-„al-Qaida“ beansprucht dabei aber weiterhin die Vorreiterrolle im „Kampf gegen den Westen“.

2.2.2 Islamistischer Terrorismus in Deutschland

Deutschland befindet sich, wie die bisher fehlgeschlagenen bzw. vereitelten Anschlagsvorbereitungen belegen - zuletzt mit der Festnahme der so genannten Sauerland-Gruppe im September 2007 -, unverändert im Fokus islamistischer Terroristen. Neben dem Ziel, symbolträchtige und folgenreiche Großanschläge in Deutschland zu verüben, sind auch die deutschen Interessen im Ausland, insbesondere die Bundeswehrkräfte in Afghanistan stark gefährdet. Das deutsche Militäroengagement in Afghanistan, aber auch die weitere Beteiligung am weltweiten Anti-Terrorkampf, wie z. B. die Ausbildung von irakischen und afghanischen Sicherheitskräften, rücken Deutschland stärker in das unmittelbare Zielspektrum islamistischer Terroristen.

Deutschland wurde wiederholt ausdrücklich in „al-Qaida“-Botschaften ebenso wie in Verlautbarungen der „al-Qaida“-nahen usbekischen „Islamischen Jihad-Union“ (IJU) benannt. Die IJU ist eine vorwiegend in Zentralasien aktive sunnitisch-islamistische Gruppierung, die sich im Jahr 2002 von der „Islamischen Bewegung Usbekistan“ abgespalten hatte. Die IJU verfolgte zunächst regionale Ziele, hat aber ihren Aktionskreis zwischenzeitlich im Sinne des globalen *Jihads* ausgeweitet. Sie unterhielt Verbindungen zur „Sauerland-Gruppe“, die am 4. September 2007 bei der Vorbereitung von mutmaßlich mehreren Autobombenanschlägen in Deutschland festgenommen und damit vorerst zerschlagen wurde.

Insbesondere die Verlautbarungen der IJU, zuletzt am 21. Oktober mit dem deutschen Konvertiten Eric Breininger, belegen die anhaltende Gefährdung Deutschlands. Zwar spricht Breininger keine konkrete Anschlagdrohung aus, macht aber die deutsche Bundesregierung und die Deutschen selbst infolge der Stationierung von deutschen Truppen in Afghanistan und Usbekistan für die anhaltende Gefahr von Anschlägen in Deutschland verantwortlich.

Die Botschaften von Breininger waren der Auftakt zu einem Trend, der sich gegen Ende des Jahres deutlich abzeichnete: Immer häufiger werden im Ausland deutschsprachige *jihadistische* Videos produziert, in denen Personen aus Deutschland eine für deutsche Empfänger abgestimmte Botschaft verlautbaren. Auch das ist ein Indikator für die wachsende Bedeutung Deutschlands als Ziel des islamistischen Terrorismus. Darüber hinaus spricht diese Entwicklung auch für die planmäßige Erschließung Deutschlands als Rekrutierungsfeld.

Die Existenz von terroristischen islamistischen Gruppen, radikalisierten Einzeltätern oder sonstigen Anhängern des „al-Qaida“-Netzwerkes kann in Deutschland ebenso wenig ausgeschlossen werden wie so genannte Home-grown-Strukturen (das heißt in Deutschland aufgewachsene und radikalisierte Personen-Netzwerke) oder auch *jihadistisch* beeinflusste deutschstämmige Konvertiten, die bereit sein könnten, in Deutschland Anschläge zu verüben. Eine besondere Gefahr geht dabei von Rückkehrern von den Schauplätzen des internationalen *Jihads* aus. So haben sich viele dieser Personen in *jihadistischen* Ausbildungslagern aufgehalten und kehren dann - wie möglicherweise der genannte Breininger - mit entsprechender Erfahrung und Ausbildung sowie der notwendigen Motivation und gegebenenfalls sogar Instruktion zu Anschlägen nach Deutschland zurück.

2.2.3 Islamistischer Terrorismus in Schleswig-Holstein

Islamistisch-terroristische Strukturen sind in Schleswig-Holstein weiterhin nicht feststellbar. Allerdings liegen zu einer Reihe von Personen im Lande tatsächliche Anhaltspunkte für Kontakte unterschiedlicher Art und Qualität zum Personenspektrum des internationalen *Jihads* vor. Deshalb ist davon auszugehen, dass zumindest bei Einzelpersonen eine ideologische Nähe zum gewaltbereiten *Jihad* vorhanden ist. Um potenzielle Gewalttäter möglichst frühzeitig zu identifizieren, gilt es, diesen Personenkreis mit besonderer Aufmerksamkeit zu beobachten.

Im Kontext der weiter zunehmenden Aktivitäten der militanten Netzwerke in Afghanistan sind Kontakte zu diesen Widerstandskräften wie auch zu denen im Irak von besonderer Bedeutung. Das bereits in der Vergangenheit festgestellte unstrukturierte Anhängerpotenzial der irakischen Terrororganisation „Ansar al-Islam“ (AAI) spielt in

Schleswig-Holstein weiterhin eine wichtige Rolle. Ziel der kurdisch-islamistischen Organisation bleibt - trotz interner Konflikte und Überschneidungen mit anderen lokalen Widerstandskräften - die Errichtung eines islamischen Staates in den nordirakischen Kurdengebieten, vergleichbar mit dem ehemaligen *Taliban*-Regime in Afghanistan. Dem hiesigen Anhängerpotenzial könnte hierbei zumindest eine mögliche logistische Unterstützung der AAI in finanzieller, materieller oder auch personeller Art zufließen. Dass bei der finanziellen Unterstützung auch Kleinbeträge relevant sein können, verdeutlicht eine Feststellung, die anlässlich der Verurteilung von drei Islamisten wegen der Mitgliedschaft in der AAI am 15. Juli vom Oberlandesgericht Stuttgart getroffen worden ist. Demnach könne mit 25 US-Dollar z. B. bereits ein Kämpfer der AAI im Irak einen Monat lang versorgt werden.

Daneben sind weiterhin die Reisebewegungen identifizierter Islamisten zu beobachten. Aufgrund der aktuellen Erfahrungen mit z. B. Eric Breininger oder dem Personenkreis um die „Sauerland-Gruppe“ sind vor allem Reisen nach Pakistan von besonderer Bedeutung, da sie zum einen der direkten Teilnahme am *Jihad* oder aber auch der Ausbildung in einschlägigen Terrorausbildungslagern dienen könnten. Mit der erworbenen Expertise sowie ihren Kontakten stellen solche Personen ein besonderes Gefährdungspotenzial dar. Das gilt unabhängig davon, ob sie bereits mit entsprechenden Instruktionen einer einschlägigen Terrororganisation zurückkehren oder ob sie im Zuge ihrer fortschreitenden Radikalisierung selbständig Anschläge planen werden.

2.2.4 Terrorprozesse gegen Personen aus Schleswig-Holstein

Im Zuge des Prozesses gegen Redouane E. H. aus Kiel verurteilte das Oberlandesgericht Schleswig den 25-jährigen marokkanischen Staatsangehörigen Abdelali M. wegen Beihilfe zur Gründung und Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von vier Jahren. In der Verhandlung kam das Gericht zu der Überzeugung, dass der Angeklagte an der Rekrutierung und Schleusung von *Jihad*-Kämpfern beteiligt war. Abdelali M. war im Mai 2007 von Schweden nach Deutschland überstellt worden und befand sich seitdem in Untersuchungshaft.

Dieses Urteil schließt sich den Urteilen gegen Redouane E. H. wegen Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung (Freiheitsstrafe von fünf Jahren und neun Monaten) und Thaer A. (zwei Jahre Freiheitsstrafe ohne Bewährung) aus Januar 2008 an (vgl. dazu die Ausführungen im Verfassungsschutzbericht 2007).

In einem weiteren Verfahren gegen eine Person aus Schleswig-Holstein wurde am 9. Dezember vom Oberlandesgericht Düsseldorf der libanesische Staatsangehörige Youssef Mohamad E. H. aus Kiel wegen versuchten vielfachen Mordes sowie der versuchten Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Wegen dieser Tat wurde er bereits am 18. Dezember 2007 im Libanon in Abwesenheit zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Gemeinsam mit dem bereits im Libanon zu zwölf Jahren Haft verurteilten libanesischen Staatsangehörige Jihad H. hatte Youssef Mohamad E. H versucht, aus Rache für die Mohammed-Karikaturen zwei zeitlich aufeinander abgestimmte Sprengstoffanschläge auf Regionalzüge in Nordrhein-Westfalen zu verüben, um eine Vielzahl von Menschen zu töten. Die dabei verwendeten Gasflaschen waren nur deshalb nicht explodiert, weil die Täter nicht über ausreichende technische Kenntnisse verfügten hatten.

Das islamistische Spektrum in Schleswig-Holstein nahm zumindest öffentlich keinerlei Anteil an den Prozessen.

2.3 „Hizb Allah“ [„Partei Gottes“]

Die libanesische „Hizb Allah“ wurde 1982 unter maßgeblicher Beteiligung des iranischen Regimes nach dem Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon, die die PLO-Zentrale aus Beirut vertreiben sollten, gegründet. In einem Mitte der 1980er-Jahre veröffentlichten „Offenen Brief an die Entrechteten im Libanon und in der Welt“, der lange Zeit die zentrale politisch-programmatische Schrift der „Hizb Allah“ bleiben sollte, umriss die Gruppierung ihre politischen Ziele: die Etablierung einer „Islamischen Republik Libanon“ nach dem Vorbild des Iran, Widerstand gegen Israel und die USA und das Streben nach einer politischen Umgestaltung des Libanon.

Von Beginn ihres Bestehens an übte die „Hizb Allah“ eine pan-islamisch begründete Solidarität mit den Palästinensern und propagierte die Befreiung des „islamischen Territoriums“, nicht nur des israelisch besetzten Süd-Libanons, sondern eben auch Palästinas. 1983 wurde erstmals die Taktik von Selbstmord-Attentaten eingesetzt, und die „Hizb Allah“ übernahm die Verantwortung für mehrere verheerende Angriffe auf US-amerikanische, französische und israelische Einrichtungen im Libanon. Der damalige US-Präsident Reagan zog daraufhin die amerikanischen Truppen aus dem Libanon ab, was sie propagandistisch auszunutzen wusste.

In den frühen 1990er-Jahren beteiligte sich die „Hizb Allah“ an Anschlägen gegen israelische und jüdische Einrichtungen in Südamerika, deren Hintergründe bis heute nicht vollständig aufgeklärt sind. Seither hat sich die Gruppierung zu keinen Gewaltakten auf internationaler Ebene mehr bekannt und betrachtet offensichtlich den Libanon als ausschließliches Operationsgebiet.

Nach Ende des Bürgerkrieges im Libanon im Jahr 1990 formulierte die „Hizb Allah“ ihre politischen Zielsetzungen neu. Sie beendete ihre Konfrontation mit dem libanesischen Staat und gab den am Vorbild des Iran orientierten Anspruch auf eine „Islamische Republik Libanon“ auf, schließlich - so die Begründung - könne man ein solches Unternehmen nicht gegen den Willen der Mehrheit der libanesischen Bevölkerung durchsetzen. Seit 1992, als die „Hizb Allah“ erstmals an Wahlen teilnahm, ist die Organisation mit mehreren Abgeordneten im libanesischen Parlament vertreten. Daneben existieren ein militärischer Flügel, über dessen Mitgliederzahlen stark voneinander abweichende Angaben kursieren, und zahlreiche karitative Einrichtungen. So hat die Organisation über verschiedene Suborganisationen in den südlichen Landesteilen quasi-staatliche Verwaltungsstrukturen etabliert. Sie unterhält Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser, verteilt Wasser und Energie und führt Infrastrukturmaßnahmen durch. Diese Aktivitäten tragen maßgeblich zu ihrem Rückhalt innerhalb der libanesischen Bevölkerung bei. Dabei erhält die „Hizb Allah“ signifikante finanzielle und materielle Unterstützung aus dem Iran und Syrien. Weitere Zuwendungen stammen aus Spenden und den Erlösen parteieigener Wirtschaftsunternehmen.

Den Abzug der israelischen Truppen aus dem Süd-Libanon im Jahr 2000 feierte die „Hizb Allah“ mit Hilfe ihres umfangreichen Propagandaapparates als Befreiung und

vor allem als Triumph des Widerstandes. Die Ereignisse trugen dazu bei, dass sich die Popularität der Organisation in der Bevölkerung nicht nur des Libanons sprunghaft erhöhte. Zudem steht sie in dem Ruf, eine der wenigen politischen Kräfte im Lande zu sein, die nicht korrumpierbar sind. Einen weiteren Schub erhielt ihr Ansehen im arabisch-islamischen Raum im Sommer 2006 während des Krieges gegen Israel. Trotz der weit mehr als 1.000 Toten und der vielen Verletzten auf libanesischer Seite war es der israelischen Armee nicht gelungen, die operative Handlungskraft des Gegners zu zerstören.

Die USA, Israel und Kanada betrachten die „Hizb Allah“ als Terrororganisation, Großbritannien und Australien bezeichnen lediglich ihre für militärische Operationen im Ausland zuständige „External Security Organisation“ als solche. Imad Mughniya, der als Chefplaner der internationalen terroristischen Einsätze der Gruppierung galt und dessen Name sich auf der EU-Terrorliste befand, fiel im Februar einem Mordanschlag in Damaskus (Syrien) zum Opfer. Unmittelbar nach dem Attentat auf diesen ranghohen Führungskader machte der Generalsekretär der „Hizb Allah“, Hassan Nasrallah, Israel für dessen Tod verantwortlich und schwor in verschiedenen Reden Rache. So verkündete er unter anderem, dass das Blut von Mughniya der Anfang des Niedergangs von Israel sei. Bis heute hat die Gruppierung diese angedrohte Vergeltung nicht in die Tat umgesetzt.

Das Bundesministerium des Innern verfügte im November ein Verbot gegen den „Hizb-Allah“-Fernsehsender „al-Manar“ [„Der Leuchtturm“] und schloss sich damit den bereits im Jahr 2004 getroffenen Entscheidungen von Frankreich, Spanien und den Niederlanden an. Begründet wurde dieser Schritt unter anderem mit der antiisraelischen und antijüdischen Hetzpropaganda und der Glorifizierung des „Märtyrertodes“ im bewaffneten Kampf gegen Israel.

Der seit 1991 bestehende Sender wird täglich von rund 10 Millionen Menschen via Satellit im gesamten arabischen Raum bis nach Europa empfangen und strahlt sein Programm in verschiedenen Sprachen aus.

In den im Dezember ausgebrochenen militärischen Konflikt zwischen Israel und der HAMAS im Gazastreifen intervenierte die „Hizb Allah“ nicht direkt, griff der verbündeten HAMAS allerdings mit psychologischer Kriegsführung unter die Arme. Kurz nach

Ausbruch der Kampfhandlungen lancierte sie eine umfangreiche Medienkampagne, in der sie den Krieg im Libanon im Sommer 2006 mit der aktuellen Situation verglich und die Schwäche Israels konstatierte. Generalsekretär Nasrallah stellte bei seinen Auftritten immer wieder den Bezug zur Situation im eigenen Land her und drohte, dass gegen das, was „Hizb Allah“ Israel für den Fall einer erneuten Konfrontation vorbereitet habe, der zurückliegende Konflikt geradezu ein „Spaziergang im Park“ gewesen sei. Die Wut auf Israel wuchs mit jedem verblutenden palästinensischen Kind, das „al-Manar“ und andere arabische Fernsehsender zeigten. Nasrallah weiß einen Großteil der Bevölkerung hinter sich, etlichen Umfragen zufolge ist er der beliebteste Politiker in der arabischen Welt.

In Deutschland verfügt die „Hizb Allah“ über keine einheitliche Organisationsstruktur. Bundesweit werden ihr etwa 800 bis 900 Anhänger zugerechnet. Die Organisation ist in einer Reihe von Moscheevereinen vertreten, die weitgehend unabhängig voneinander agieren. Dabei beschränken sich die Vereinsaktivitäten im Wesentlichen auf interne Treffen, Diskussionsveranstaltungen, Spendensammlungen und religiöse Feierlichkeiten.

Von der „Hizb Allah“ werden jährlich am Tag des Rückzugs der Israelis aus der südlibanesischen Sicherheitszone (23. Mai) Siegesfeiern organisiert. Daneben beteiligt sich die Gruppierung aber auch an anderen öffentlichen Kundgebungen. Der 1979 von Ayatollah Chomenei im Iran ins Leben gerufene „al-Quds-Tag“, der der weltweiten Mobilisierung der Muslime dienen soll, wird insbesondere von Schiiten wahrgenommen. Auch „Hizb-Allah“-Anhänger aus ganz Deutschland kommen jährlich an diesem Tag zur zentralen Veranstaltung in Berlin zusammen.

In Schleswig-Holstein sind den Sicherheitsbehörden Einzelpersonen als Sympathisanten oder Aktivisten der „Hizb Allah“ bekannt. Über die regelmäßigen Treffen in den schiitischen Gemeinden hinaus konnten für den Berichtszeitraum keine weiteren Aktivitäten festgestellt werden.

2.4. Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG)

Die IGMG gründet sich auf die türkische „Milli-Görüs“-Bewegung [„Nationale Sicht“] des früheren türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan. Dieser hat trotz eines lebenslangen Politikverbotes immer noch großen Einfluss. Seine Anhänger sind in der Türkei in der „Saadet Partisi“ [„Partei der Glückseligkeit“] organisiert, dem politischen Arm der Bewegung. Als zentrale Ziele der „Milli-Görüs“-Bewegung propagiert Erbakan die Schaffung einer „neuen großen Türkei“ in Anlehnung an das osmanische Reich, die Überwindung des Laizismus sowie - letztlich mit globalem Anspruch - die Errichtung einer „islamischen Gesellschaftsordnung“. Er propagiert die Schaffung einer islamischen „gerechten Ordnung“ (*Adil Düzen*). Diese stellt er dem aus seiner Sicht durch Gewalt, Unrecht und Ausbeutung der Schwachen charakterisierten westlichen System gegenüber, welches sich in Rassismus, Imperialismus und Zionismus manifestiert.

Bei der IGMG handelt es sich um den deutschen bzw. europäischen Ableger der „Milli-Görüs“-Bewegung. Sie ist mit rund 27.000 Mitgliedern die größte islamistische Organisation in Deutschland, erreicht aber mit ihren Angeboten vermutlich weit über 100.000 Menschen. Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen vor allem im Bereich Familie, Jugend und Bildung. Sie verfügt auch über eine eigene Rechtsabteilung, die nicht nur ihre Mitglieder berät und unterstützt (z. B. bei Einbürgerungen), sondern auch für ihre eigenen Interessen die vorhandenen Rechtsmittel ausschöpft. In jüngerer Zeit gibt es Tendenzen innerhalb der IGMG, insbesondere der Führungsebene, hin zu einer gewissen Emanzipierung von der türkischen Erbakan-Linie, von deren Einfluss man sich befreien will. Dabei bleibt abzuwarten, inwieweit sich in diesem Richtungsstreit ein tatsächliches reformerisches Streben nach mehr Unabhängigkeit von der Türkei manifestiert oder ob es sich eher - wie Kritiker der Organisation vorwerfen - um ein taktisches Vorgehen handelt. Zielrichtung der IGMG bleibt allerdings die unbedingte Bewahrung einer eigenständigen türkisch-islamischen Identität, was mit desintegrativen Tendenzen einhergehen kann.

Im Berichtsjahr zeigten sich das aktuelle Erscheinungsbild der IGMG, aber auch die weiterhin bestehenden Verflechtungen zwischen der deutschen IGMG und der türkischen „Milli-Görüs“-Bewegung auf den durchgeführten Großveranstaltungen: So fand

neben vielen Veranstaltungen auf regionaler Ebene am 31. Mai in Hasselt (Belgien) der „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ statt, an dem rund 25.000 Personen teilnahmen. Im überwiegend kulturell geprägten Programm präsentierte sich auch die IGMG-Spitze, wie z. B. der Generalsekretär Oguz Ücücü. Unter Beifall wurde eine Botschaft von Necmettin Erbakan vorgetragen.

Der IGMG-Vorsitzende Yavuz Celik Karahan ging in seiner Rede unter anderem auf die Hilfeleistungen der IGMG in die muslimische Welt und auf ihre Aufgaben in Europa ein. Vor allem aber wurde das Credo der IGMG von der Notwendigkeit einer türkisch-islamischen Identität betont. Es sei die Aufgabe der Gemeinschaft, so Karahan, dies durch die Vermittlung von entsprechenden religiösen Kenntnissen sicherzustellen.

Über den „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ berichtete die Zeitung „Milli Gazete“ ausführlich. Sie spielt neben der Publikation „IGMG Perspektive“ für die Organisation eine wichtige Rolle. Auch im Internet ist die IGMG mit einer eigenen Seite vertreten.

Anti-Zionismus, der vor allem in der Vergangenheit auch mit antisemitischen Motiven vermengt war, stellt eine der Konstanten in der Weltsicht der IGMG dar. Insofern bildeten der eskalierende israelisch-palästinensische Konflikt und die israelische Militäroffensive im Gazastreifen zum Jahreswechsel 2008/2009 ein günstiges Aktionsfeld auch zur Mobilisierung der eigenen Anhänger. IGMG-Moscheevereine beteiligten sich maßgeblich an zahlreichen Protestkundgebungen während des Gaza-Krieges. Die IGMG gehörte dabei bundesweit zu den aktivsten Organisationen, die zu Demonstrationen und Spenden für die Palästinenser aufriefen. So organisierte sie am 10. Januar 2009 in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) eine Demonstration gegen den Gaza-Krieg. An dem Protestmarsch, der überwiegend friedlich verlief, nahmen rund 10.000 Personen teil. Zu einem Zwischenfall kam es, als israelische Fahnen, die aus einem Fenster hingen, von Demonstrationsteilnehmern mit Gegenständen beworfen wurden, woraufhin die Fahnen von der Polizei entfernt wurden. Die IGMG-Führung distanzierte sich offiziell von diesem Vorfall.

Die Anhänger der IGMG sind in zahlreichen Vereinen und Einrichtungen organisiert. Im norddeutschen Raum haben sich Vereine aus Hamburg, Niedersachsen und

Schleswig-Holstein zum „Bündnis der Islamischen Gemeinden Norddeutschland e. V.“ mit Sitz in Hamburg zusammengeschlossen.

Auch dieser Verband stellt sich und seine Arbeit auf einer eigenen Internet-Seite umfassend dar. Unter den dort aufgeführten Gemeinden aus Kiel, Neumünster, Lübeck und Glinde (Kreis Stormarn) könnte in Schleswig-Holstein künftig das „Islamische Zentrum Rendsburg“ eine zentrale Position einnehmen. Der repräsentative Neubau der dortigen Moschee mit angeschlossenem Gemeindezentrum ist fast abgeschlossen, allerdings hat die formelle Einweihung noch nicht stattgefunden. Das Projekt wurde Ende der 1990er-Jahre begonnen und aus Spenden und Eigenleistungen der Mitglieder finanziert. Mit einem eigenen (überwiegend türkischsprachigen) Internet-Auftritt stellt die Gemeinde sich und ihre Moschee vor. Schon vor der offiziellen Eröffnung wird die rund 300 Personen fassende Moschee bereits von Gläubigen aus Schleswig-Holstein und Hamburg genutzt.

2.5 „Tablighi Jama’at“ [„Gemeinschaft der Verkündung und Mission“]

Um das Jahr 1926 gründete der indische muslimische Gelehrte Maulawi Mohammad Ilyas die pietistische Wiedererweckungsbewegung „Tablighi Jama’at“ (TJ) (Bezeichnung in Urdu). Sie ist seither zu einer transnationalen Massenbewegung herangewachsen, deren Anhängerschaft weltweit auf bis zu 12 Millionen geschätzt wird. Ihre bedeutendsten Zentren befinden sich in Indien, Bangladesh und Pakistan, wo einmal jährlich in Raiwind anlässlich des Welttreffens der TJ die größte muslimische Zusammenkunft nach der Pilgerfahrt in Mekka stattfindet. Die Europazentrale der Bewegung liegt in Dewsbury (Großbritannien).

Die TJ unterscheidet sich von anderen islamistischen Gruppierungen durch ihre aktiven Missionierungsbemühungen, die das Selbstverständnis der Bewegung kennzeichnen. So ist jeder Anhänger dazu verpflichtet, regelmäßig und unbezahlt missionarisch tätig zu werden. Von allen Aktivisten wird verlangt, drei Tage im Monat und 40 Tage im Jahr auf Missionsreisen zu gehen. Ziel dieser Unternehmungen ist einerseits die Verbreitung des Glaubens im Sinne der TJ und zum anderen die Selbstreinigung und Steigerung der eigenen Hingabe zu Gott. Auf diese Weise versucht die TJ, eine weltweite Islamisierung durch das vorbildhafte Leben eines jeden Einzelnen zu erreichen. Langfristig sollen die in westlichen Gesellschaften geltenden Werte und

Normen durch islamische Inhalte ersetzt werden. Primäre Zielgruppe der Bewegung sind junge, ökonomisch und sozial benachteiligte Muslime, die häufig eine kriminelle Vergangenheit aufweisen und von der TJ als besonders empfänglich für ihre Botschaften eingeschätzt werden. Nicht-Muslime stellen kein vorrangiges Missionierungsziel der TJ dar, wenngleich eine steigende Zahl von Konvertiten in den Reihen der Bewegung zu beobachten ist.

Kennzeichnend für die TJ ist das Fehlen einer formalen Organisationsstruktur und damit einhergehend offizieller Mitgliedschaften. Es ist von rund 700 Anhängern in Deutschland auszugehen, die Zusammensetzung ist jedoch ständigen Fluktuationen ausgesetzt. Weder im Internet noch in Form von Publikationen tritt die TJ öffentlich in Erscheinung, und es existieren nur wenige Lehrbücher, die als originäre TJ-Schriften gelten. Der Ideologietransfer sowie die Vermittlung strategischer Zielvorgaben geschehen über persönliche Kontakte im Rahmen regelmäßiger Zusammenkünfte.

Die TJ erhebt selbst keine dezidiert politischen Forderungen und distanziert sich grundsätzlich von Gewalt. Auch in den der TJ zuzurechnenden Schriften ist eine deutliche politisch-religiöse Agenda nicht erkennbar. Gleichwohl gibt es eine große Nähe zu und zahlreiche ideologische Überschneidungen mit *salafistischen* Überzeugungen: Auch die TJ mythologisiert die islamische Frühzeit zu Lebzeiten des Propheten Mohammed und will zu einem vermeintlich reinen und unverfälschten Islam zurückkehren, was einhergeht mit der kategorischen Ablehnung jeglicher Neuerungen (das heißt moderner Interpretation der religiösen Vorgaben) im Islam.

Das Verwaltungsgericht Ansbach (Bayern) hat im Januar die Versagung der Einbürgerung eines türkischen TJ-Anhängers bestätigt und unter anderem in seiner Begründung das Argument vorgebracht, dass das Ziel der TJ nicht ausschließlich in der religiösen Heilsverkündung für ihre Anhänger bestehe, sondern dass die Organisation vielmehr ein deutliches politisches Ziel verfolge, nämlich die Errichtung eines weltweiten islamischen Gottesstaates nach ihrer eigenen, streng fundamentalistischen Auslegung des Korans. Insofern agiere die TJ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Auch in Schleswig-Holstein sind den Sicherheitsbehörden in mehreren Städten Moscheen bekannt, die von TJ-Gruppen aufgesucht und als Ausgangspunkt für ihre Missionierungsaktivitäten genutzt werden. In der jüngeren Vergangenheit hat die Bewegung ihre Bemühungen hier intensiviert und an der Ausbildung überregionaler Strukturen mitgewirkt.

2.6 „Türkische Hizbullah“

Anfang der 1980er-Jahre schlossen sich im Südosten der Türkei verschiedene kurdische Gruppierungen unter dem Namen „Hizbullah“ zusammen. Die überwiegende Mehrheit ihrer Anhänger sind Sunniten, deren Ziel es nach wie vor ist, das laizistische politische System in der Türkei, vordringlich in den kurdischen Gebieten, durch eine islamistische Herrschaftsordnung zu ersetzen. Die „Türkische Hizbullah“ (TH) - so bezeichnet in Abgrenzung zur schiitischen „Hizb Allah“ im Libanon - befürwortet explizit gewaltsame Methoden zur Durchsetzung ihrer Ziele. In den 1980er- und 1990er-Jahren gingen zahlreiche Verbrechen auf das Konto der operativen Einheiten des militärischen Flügels der TH. Insbesondere die bewaffneten Auseinandersetzungen mit Anhängern der marxistisch-leninistisch orientierten „Arbeiterpartei Kurdistans“ forderten Schätzungen zufolge an die 2.000 Todesopfer. Auch Personen, denen ein „unislamischer“ Lebensstil vorgeworfen wurde, sowie moderate muslimische Geistliche gerieten in den Fokus der TH. Darüber hinaus entledigte man sich der „Verräter“ in den eigenen Reihen, von denen etliche gefoltert und getötet wurden.

Im Jahr 2000 gelang den türkischen Sicherheitskräften ein nachhaltiger Schlag gegen die Gruppierung, die ihren Aktionsschwerpunkt wenige Jahre zuvor aus dem Südosten der Türkei in die urbanen Zentren im Westen des Landes verlagert hatte. Hüseyin Velioglu, damaliger Führer der TH, wurde dabei in Istanbul erschossen. Mit Hilfe des sichergestellten Hauptarchivs der Organisation konnte eine große landesweite Verhaftungswelle in Gang gesetzt werden. Das beschlagnahmte Datenmaterial brachte die grausamen Folter- und Tötungsmethoden der Organisation ans Tageslicht, und die Polizei konnte an verschiedenen Orten der Türkei hunderte von Massengräbern mit Opfern der TH ausfindig machen.

Nach dieser Aktion, bei der fast die gesamte Führungsriege der TH zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurde oder ins Ausland geflohen war, galt die Organisation zu-

nächst als weitgehend zerschlagen. Die einsitzenden Funktionäre stehen jedoch in den Gefängnissen untereinander in Kontakt und führen auch dort ideologische und - türkischen Berichten zufolge - militärische Schulungen durch. Derzeit gilt der seit Mai 2003 in Diyarbakir inhaftierte Mehmet Besir Varol als Führer der Organisation.

Türkische Zeitungen berichteten Anfang des Jahres, dass sich die TH mittlerweile nicht mehr über Moscheen, sondern in Vereinen organisiert. Nach dem Vorbild der HAMAS und der libanesischen „Hizb Allah“ engagiert sich die Organisation verstärkt im karitativen Bereich und verteilt im Umfeld von Schulen und Krankenhäusern finanzielle Hilfen an Bedürftige. Dabei tritt sie nicht mehr unter ihrem Namen auf, sondern agiert unter dem Deckmantel von Wohltätigkeitsvereinen. Insgesamt ist die TH aktuell in der Türkei sehr erfolgreich in der Rekrutierung und Mobilisierung neuer Anhänger.

Nach der Polizeiaktion im Jahr 2000 sind Angehörige der Führungsebene auch nach Deutschland gelangt, wo es in mehreren Bundesländern Anlaufstellen für Sympathisanten der TH gibt.

In Schleswig-Holstein sind Einzelpersonen mit Bezug zum TH-Spektrum bekannt. Insgesamt sollen sich rund 200 TH-Mitglieder in Deutschland, Frankreich, Österreich, den Niederlanden und der Schweiz aufhalten. Die Gruppierung verhält sich extrem konspirativ und rekrutiert neue Mitglieder, die fast ausschließlich aus dem kurdischen Teil der Türkei stammen, mit großer Vorsicht. Die Sicherheitsbehörden stellen aktuell mit Besorgnis fest, dass die in Deutschland vorhandenen Netzwerk-Strukturen heute deutlich aktiver und gefestigter sind als noch vor wenigen Jahren.

Seit Anfang 2007 kann eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der TH beobachtet werden. In Lörrach (Baden-Württemberg) erscheint die Publikation „Yeni Müjde“ [„Neue frohe Botschaft“], während die Zeitschrift „Inzar“ [„Warnung“] mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren in Istanbul (Türkei) hergestellt wird und auch in deutschen Moscheen ausliegt.

Wie viele andere islamistische Gruppierungen misst die TH der Bildungsarbeit eine zentrale Bedeutung bei und organisiert Islam- und Koranunterricht für Kinder und

Jugendliche. Mit „Cocuk“ gibt sie eine weitere Publikation heraus, die sich explizit an diese Altersgruppe richtet.

Neben der Propagierung ihrer Ziele und Aktivitäten weisen die genannten Zeitschriften eine deutlich antiisraelische und antiamerikanische Färbung auf, vereinzelt wird offen zum Kampf gegen die Juden aufgerufen. Insgesamt verleihen diese Periodika der integrationsfeindlichen, islamistischen und antiwestlichen Grundhaltung der TH Ausdruck.

2.7 Islamistische Aktivitäten im Internet

2.7.1 Internationale Entwicklungen

Islamistische Strömungen haben in den vergangenen Jahren eine Entwicklung genommen, die ohne den rasanten Fortschritt der neuen Medien so nicht denkbar gewesen wäre. Das gilt insbesondere für die transnational orientierten islamistischen Richtungen. Damit eignet sich der Islamismus aller Traditionsverbundenheit und aller Kritik an der westlichen Moderne zum Trotz notgedrungen elementare Bestandteile der modernen globalen Weltordnung an.

Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Internet, das ein geradezu ideales Kommunikationsmittel für globale Interessens-Netzwerke und damit auch für die Zwecke von Islamisten darstellt: Es ist anonym und weltweit verfügbar, und Gleichgesinnte können sich dort vernetzen und Informationen und Know-how austauschen. Es dient der Mission (*da'wa*) und der Rekrutierung neuer Anhänger ebenso wie der Propaganda und der Rechtfertigung. Darüber hinaus bietet es aber auch eine Plattform für ideologische und theologische Diskurse, und schließlich ist es auch ein Ort für Diskussion und Kritik von der islamistischen Basis. Auf allen diesen Ebenen wird das Internet intensiv genutzt und kann in seiner kommunikativen und sozialen Rolle nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dabei fällt auf, dass islamistische Internet-Angebote, gemessen am Anteil von Islamisten unter allen Muslimen, deutlich überrepräsentiert sind: Sowohl international wie auch im deutschsprachigen Raum zeigt sich damit ein starkes islamistisches Sendungsbewusstsein.

Besondere Aufmerksamkeit widmen die Sicherheitsbehörden *jihadistischen* Aktivitäten im Internet, die sich indirekt, aber auch direkt auf die Entwicklung der Sicherheitslage auswirken können. *Jihadisten* stehen unter einem hohen Rechtfertigungsdruck, vor allem gegenüber ihren eigenen Unterstützerkreisen, von denen sie nicht nur Solidarität benötigen, sondern vor allem logistische und finanzielle Hilfe. Insofern bemühen sich islamistische Terroristen, allen voran das „al-Qaida“-Netzwerk, um regelmäßige Medienpräsenz, durch die sie ihre Sichtweise internationaler Entwicklungen darlegen und ihr Vorgehen rechtfertigen können.

Auch 2008 bemühten sich die Protagonisten der Kern-„al-Qaida“ mit einer Vielzahl von Video-Botschaften um die Aufrechterhaltung der *jihadistischen* Meinungshoheit. Den westlichen Staaten gegenüber sollen darüber hinaus Schlagkraft und Handlungsfähigkeit der *Mujahidin* - und damit die Wirkungslosigkeit des Anti-Terrorkampfes - demonstriert werden.

Um terroristische Akte theologisch rechtfertigen zu können, sind jedoch riskante islamrechtliche Konstruktionen notwendig, die wiederum von nicht-*jihadistischen* Gelehrten regelmäßig kritisiert oder widerlegt werden. Und auch innerhalb des *jihadistischen* Spektrums wird das Vorgehen von gewaltbereiten Islamisten, insbesondere von „al-Qaida“, kritisch hinterfragt, z. B. wenn es um die Vielzahl von muslimischen Zivilisten geht, die dem islamistischen Terrorismus zum Opfer fallen.

So fand beispielsweise im Berichtsjahr eine „Offene Begegnung mit Sheikh Aiman al-Zawahiri“ statt, bei der in mehreren *jihadistischen* Internet-Foren eine Verlautbarung eingestellt wurde, in der al-Zawahiri Fragen seiner Anhänger beantwortete. Zuvor war in diesen Foren dazu aufgerufen worden, entsprechende Fragen einzureichen, was auf große Resonanz gestoßen war. Neben vielen anderen Themen widmete al-Zawahiri sich auch der Frage nach der Legitimität der Tötung von Zivilisten und betonte, dass die Vorwürfe, „al-Qaida“ würde auch Zivilisten töten, unwahr und Teil der gegnerischen „Medienpropaganda“ seien.

Diese Art der Kommunikation macht deutlich, dass die Strategen innerhalb von Kern-„al-Qaida“ die Notwendigkeit des Kontaktes mit der Basis sehr deutlich wahrnehmen, und zwar gerade wegen der amorphen, losen Struktur des Netzwerkes. „Al-Qaida“

zeigt sich damit weiterhin in der Lage, flexibel auf das Informationsbedürfnis seiner Anhänger zu reagieren und neue Wege in der Medienarbeit zu gehen.

2.7.2 Deutschsprachiges Internet

Auch im deutschsprachigen Internet zeigt sich die ganze Bandbreite islamistischer Denkrichtungen, darunter vor allem auch die unter Nr. IV 2.1.3 beschriebenen *salafistischen* Strömungen: Neben einem breiten Angebot von Internet-Seiten und -Foren mit überwiegend gewaltloser „Mainstream-salafistischer“ Prägung existiert auch eine Reihe von „Jihad-salafistisch“ orientierten Internet-Angeboten. Insgesamt ist ein Trend zu mehr und zielgruppengerechteren Angeboten speziell für ein deutschsprachiges Anhänger- und Unterstützerpotenzial zu beobachten, wie auch der deutschsprachige Ableger der „Globalen Islamischen Medien Front“ (GIMF) exemplarisch belegt. Diese Plattform zur Verbreitung von *jihadistischen* Inhalten mit Bezügen zu „al-Qaida“ und anderen terroristischen Organisationen entstand Ende 2006. Während anfangs hauptsächlich fremdsprachige *jihadistische* Texte und Videos ins Deutsche übersetzt und eingestellt wurden, entwickelte der Auftritt zunehmend eine Eigendynamik mit eigenen Beiträgen, Kommentaren und Diskussionen. 2007 machte die GIMF mit zwei selbst produzierten Drohbotschaften von sich reden, die an die Regierungen in Deutschland und Österreich gerichtet waren. Trotz Festnahme der verantwortlichen Personen 2007 und ihrer Verurteilung im Frühjahr 2008 konnte die Gruppe nicht zerschlagen werden. Wenn auch unter immer wieder wechselnden Adressen, bildet die GIMF weiterhin ein aktives *jihadistisches* Forum. Doch die deutschsprachige „Jihad-salafistische“ Internet-Szene konzentriert sich inzwischen nicht mehr nur auf eine einzige Plattform. Im Berichtsjahr kamen weitere Foren hinzu, die sich schnell zu neuen Anlaufstellen entwickelten.

Was für die internationale Internet-Präsenz gilt, gilt auch für die deutschsprachige Szene: Die Foren erfüllen ein elementares Bedürfnis nach Austausch und Kommunikation, nach Gruppenbindung und Bestätigung durch Gleichgesinnte. Gleichzeitig bewegen sich die technisch oft sehr versierten „Cyber-Jihadisten“ aber flexibel und vorsichtig im virtuellen Raum. Dabei darf der virtuelle Charakter dieses „Medien-Jihads“ nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser jederzeit in reale Aktivitäten um-

schlagen kann. Das Internet stellt einen entscheidenden Faktor bei Radikalisierungsprozessen von islamistisch motivierten Gewalttätern dar.

Diese Problematik gilt letztlich auch für die große Anzahl von deutschsprachigen ansprechend und professionell gestalteten Foren und Portalen mit einer gewaltlosen *salafistischen* Orientierung und starker missionarischer Ausrichtung. Zwar wird in diesen Foren nicht zu Gewalt aufgerufen, gleichwohl können sie einen Nährboden für weitergehende Radikalisierung bilden. Die Übergänge der *salafistischen* Richtungen sind, wie gezeigt, fließend, da es sich letztlich um die selbe Ideologie handelt. In diesen Foren wird für eine *salafistische* Lesart des Islams als die einzig wahre Religion geworben, die im scheinbar modernen Gewand ein archaisches Menschen- und Gesellschaftsbild postuliert, das mit einer pluralistischen demokratischen Gesellschaftsordnung nicht vereinbar ist. Ob „Die wahre Religion“ oder „Einladung zum Paradies“ - die Namen dieser Seiten sind Programm: Hier können sich Interessierte Predigten zu theologischen, aber auch lebenspraktischen Fragen herunterladen, Video-Clips von Konversionen zum Islam anschauen oder auch telefonische Lebensberatung mit der Möglichkeit zur Konversion erhalten.

Auffallend ist, dass Islamisten zunehmend auch allgemeine Kommunikations- und Netzwerk-Foren für ihre Zwecke nutzen: So präsentieren sie Video-Clips auf Video-Plattformen, wie z. B. „You Tube“, und gründen eigene Kommunikationsgruppen auf „StudiVZ“, „Facebook“ oder anderen Netzwerk-Foren.

In jüngerer Zeit hat vor allem die Kommunikations-Plattform „Paltalk“ besonderen Zulauf erfahren: Mit Hilfe dieses Internet-Kommunikationsmediums können sich Menschen in themenbezogenen virtuellen - teilweise passwortgeschützten - „Räumen“ treffen und mittels Text-, Audio- und Videokommunikation in Echtzeit über alle denkbaren Themen austauschen. Islamisten verschiedener Richtungen halten auf „Paltalk“ z. B. virtuelle Seminare und Vorträge oder tauschen sich in Diskussionsforen zu bestimmten Themen aus.

Die Beobachtung des islamistischen Internets stellt die Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen. Eine besondere Schwierigkeit liegt in der Anonymität der Internet-Nutzer. Die hinter den Pseudonymen stehenden Personen sind oft nicht zu iden-

tifizieren. Dennoch muss man davon ausgehen, dass auch Personen aus Schleswig-Holstein in einschlägigen Foren aktiv sind. Angesichts dessen kann die Auswertung des islamistischen Internets nur länderübergreifend geschehen: Sie wird vom Gemeinsamen Internet-Auswertungszentrum von Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst zusammen mit den Verfassungsschutzbehörden der Länder koordiniert.

3 Nicht islamistisch motivierter Ausländerextremismus: „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

3.1 KONGRA-GEL-Strukturen in Deutschland

Die Kurden sehen sich als eigenständige Volksgruppe, die traditionell in der heutigen Türkei, im Irak und Iran sowie in Syrien lebt. Als Bewegung gegen die staatliche Repression der Kurden in der Türkei gründete sich 1978 unter der Führung von Abdullah Öcalan die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Sie wurde 2002 zunächst in „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) umbenannt, seit 2003 führt sie den Namen „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL).

In Deutschland unterliegen alle Nachfolge- und Teil-Organisationen der PKK seit dem 26. November 1993 einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot. Sie gelten als verfassungsfeindlich, da sie marxistisch-leninistisch orientiert sind, als zentralistisch geführte Kaderorganisationen konspirativ agieren und - zumindest im Ausland - ihre politischen Ziele mit Gewalt verfolgen.

Der KONGRA-GEL erhebt zwar einen Alleinvertretungsanspruch für kurdische Interessen; von den rund 500.000 Kurden in der Bundesrepublik Deutschland werden aber nur 11.500 Personen zu seinem festen Anhängerstamm gezählt. Je nach aktueller Lage des Kurden-Konfliktes in der Türkei lassen sich wesentlich mehr Personen zur Teilnahme an KONGRA-GEL-Veranstaltungen sowie zur Beteiligung an der jährlichen Spendenkampagne motivieren.

Gerade die jährlich stattfindenden Großveranstaltungen tragen zum Teil volkstümlichen Charakter und ziehen daher - obwohl stets mit Organisationspropaganda verbunden - auch unpolitische Gäste an. So sollen laut Angaben der KONGRA-GEL-nahen Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ [„Neue Freie Politik“] an den Hauptfeier-

lichkeiten zum kurdischen Neujahrsfest „Newroz“ am 22. März in Essen (Nordrhein-Westfalen), Frankfurt/Main und Hamburg insgesamt 50.000 Personen teilgenommen haben.

In Kiel beteiligten sich an dem „Newroz“-Fackelzug der „Deutsch-Kurdischen Gesellschaft“ rund 200 Personen.

Aber auch das „11. Mazlum-Dogan-Jugend- und Sportfestival“ am 12. Juli in Köln wurde von rund 5.000 - überwiegend jugendlichen - Kurden aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland besucht.

Und das „16. Internationale Kurdische Kulturfestival“ am 6. September in Gelsenkirchen unter dem Motto „Frieden für Kurdistan, Freiheit für Öcalan“ zog rund 35.000 Teilnehmer aus ganz Europa an und wurde über kurdische Fernsehsender live übertragen.

Der KONGRA-GEL setzte 2008 seine Strategie fort, sich durch Bildung von „Volksräten“ als basisdemokratische Organisation zu präsentieren. Allerdings blieben die Entscheidungswege faktisch in der Hand der hierarchisch aufgebauten Kaderstrukturen. Die Organisation verfügt über einen konspirativ und illegal operierenden Funktionsapparat sowie über ein weit verzweigtes Netzwerk aus Unterorganisationen für alle denkbaren Zielgruppen. Seine Anhängerschaft organisiert der KONGRA-GEL in Deutschland offiziell in Vereinen, die häufig dem Dachverband YEK-KOM („Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“) angehören. Aufgrund ihrer Einbindung in interne KONGRA-GEL-Aktivitäten sind diese Vereine als inoffizielle Untergliederungen der „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK) anzusehen, die als politischer Arm des KONGRA-GEL in ganz Europa konspirativ agiert. Auch in Schleswig-Holstein sind CDK-Strukturen vorhanden und bekannt.

Als zentrale Anlaufstelle für die konstant auf 650 Personen geschätzte Anhängerschaft des KONGRA-GEL in Schleswig-Holstein fungiert, wie in den Vorjahren, die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ (DKG) in Kiel. Der Verein ist Gründungsmitglied der YEK-KOM. Die Aktivitäten der DKG fügen sich überwiegend in bundes- oder sogar europaweite Kampagnen des KONGRA-GEL ein. Beispielhaft sei hier eine Veranstaltung der DKG am 23. November unter dem Motto „Wir gratulieren der PKK zum 30. Geburtstag“ angeführt, die sich in eine europaweite Reihe von Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der PKK-Gründung einfügte.

Über die Veranstaltungen des Kieler Vereins wird regelmäßig in „Yeni Özgür Politika“ berichtet, so am 23. April über eine Versammlung mit dem Ziel, in Lübeck einen kurdischen Verein zu gründen und eine kurdische Moschee zu eröffnen. Das Gründungsvorhaben wurde bisher offenbar nicht realisiert.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das Engagement der „Islamischen Gemeinde Kurdistans“ (CIK), die hier erstmalig in Schleswig-Holstein als Organisation in Erscheinung trat.

Der KONGRA-GEL finanziert sich durch die Mitgliedsbeiträge der YEK-KOM-Vereine, den Verkauf von Zeitschriften und Eintrittskarten für Veranstaltungen, in erster Linie aber durch die zum Ende eines jeden Jahres durchgeführte Spendenkampagne. In Deutschland erbringt diese jährlich regelmäßig Millionenbeträge. 2008 wurde sie erneut konspirativ durchgeführt. Angesichts der zugespitzten Lage der Kurden in der Türkei ist offenbar die Bereitschaft für freiwillige Spenden gestiegen. In Schleswig-Holstein gab es im Berichtszeitraum keine Hinweise auf Spendengelderpressungen, wohl aber auf ein gegenüber 2007 weiterhin gestiegenes Spendenaufkommen. Die Geldmittel werden vorrangig zur Finanzierung der Guerillaeinheiten und zur Aufrechterhaltung der konspirativen und der „offenen“ Organisationsstrukturen des KONGRA-GEL verwendet.

3.2 Strategien und Aktionsfelder des KONGRA-GEL

3.2.1 Bündelung der Kräfte

Um die kurdischen Interessen wirkungsvoller zu vertreten, verfolgt der KONGRA-GEL gegenwärtig eine Politik der Kooperation und der Bündelung aller Kräfte. Im Mai schlossen sich diverse kurdische Einrichtungen - unter anderem die YEK-KOM und die CIK - zu einer „Plattform der demokratischen, kurdischen Einrichtungen in Deutschland“ zusammen.

In Deutschland versucht der KONGRA-GEL offenbar verstärkt, über das legale Parteienspektrum politischen Einfluss zu gewinnen. Insbesondere mit der Partei „DIE LINKE.“ wurde die Zusammenarbeit gesucht. Bei der Kommunalwahl in Schleswig-

Holstein im Mai kandidierte der Vorsitzende der DKG für die Partei. Laut „Yeni Özgür Politika“ vom 25. Mai rief die YEK-KOM alle Kurden dazu auf, die kurdischen Kandidaten dieser Partei bei der Kommunalwahl zu unterstützen.

An einer Protestkundgebung der DKG gegen das Verbot des kurdischen Fernsehsenders „ROJ TV“ vor dem Kieler Landtag am 4. Juli beteiligte sich die Partei „DIE LINKE.“ mit mehreren Fahnenträgern.

3.2.2 Unterstützung für den Guerillakrieg in der Türkei

Am 15. August 1984 begannen PKK-Guerillakrieger im Südosten der Türkei den bewaffneten Kampf gegen die türkischen Streitkräfte. Der Jahrestag dieses Ereignisses wird alljährlich von den KONGRA-GEL-Anhängern gefeiert, so auch in Kiel am 17. August mit einem Picknick im Volkspark Gaarden.

Die Kampfhandlungen zwischen der türkischen Armee und den Guerillas, die sich selbst als „Volksverteidigungskräfte“ (HPG) bezeichnen, dauern bis heute an und forderten seither tausende von Todesopfern auf beiden Seiten. Die Gefallenen auf Seiten der Guerilla werden von den KONGRA-GEL-Anhängern als Märtyrer verehrt. In der DKG in Kiel fanden im Jahr 2008 einige Gedenkveranstaltungen zu Ehren von Märtyrern statt.

Die KONGRA-GEL-Propaganda ruft die kurdische Jugend - männlich wie weiblich - ständig auf, sich der HPG-Guerilla anzuschließen. Die Jugendzeitschrift des KONGRA-GEL namens „Ciwanen Azad“ wirbt in jeder Ausgabe für den aktiven Kampf:

„In dieser Hinsicht muss es für die kurdische Jugend in Europa, mehr noch als für alle anderen und mehr noch als alles andere, die größte Leidenschaft und Sehnsucht sein, der Guerilla beizutreten und in die Freiheitsberge zu marschieren.“

Auch die Selbsttötung als äußerstes Mittel des Kampfes wird als Vorbild gepriesen:

„Anstatt angesichts der überlegenen Technologie des Feindes immer weiter Kameraden als Märtyrer zu verlieren, war nunmehr die Zeit reif,

zur Selbstopferung zu schreiten. Sie ist die größte Waffe und übersteigt jede Technologie. Unsere Herzen waren seit langem bereit dazu. Als wir die Briefe von Kameradin Zilan lasen, schlugen wir alle gleichzeitig einen Selbstmordanschlag vor.“

Die Grenzregionen des Nord-Irak nutzen die HPG gegenwärtig als Rückzugsraum. Am 17. Oktober 2007 erteilte das türkische Parlament der Regierung in Ankara erstmals die Erlaubnis für grenzüberschreitende Militärschläge gegen die HPG. Seit Dezember 2007 griff die türkische Armee daraufhin aus der Luft Stellungen der HPG im Nord-Irak an. Eine Welle von Kundgebungen und Demonstrationen gegen diese Aktionen ebte in Deutschland im Verlauf des Januar 2008 zunächst ab.

3.2.3 Abdullah Öcalan bleibt Symbolfigur des KONGRA-GEL

Obwohl der PKK-Gründer Abdullah Öcalan sich seit 1999 in der Türkei in Isolationshaft befindet, wird er von PKK-Sympathisanten als unbestrittene Führungsfigur akzeptiert und als „Apo“ [„Onkel“] verehrt. Sein 59. Geburtstag wurde europaweit von KONGRA-GEL-Anhängern gefeiert, so auch mit einer Veranstaltung der DKG am 4. April in Kiel.

Meldungen über gesundheitliche Beeinträchtigungen Öcalans in der Haft verursachen stets eine Welle der Empörung unter den in Europa lebenden Kurden. Die bereits im Jahr 2007 vom KONGRA-GEL ausgerufenen und im Jahr 2008 fortgeführte Kampagne „Edi Bes e!“ [„Es reicht!“] thematisierte ursprünglich den Gesundheitszustand Öcalans, insbesondere eine angebliche schleichende Vergiftung in der Haftanstalt. Am 6. März entkräftete das Europäische Komitee für die Verhinderung von Folter den Vorwurf einer Vergiftung Öcalans. Die Kampagne wurde danach mit anderen Themen fortgesetzt.

Unmittelbar nachdem das türkische Parlament die Regierung zu weiteren grenzüberschreitenden Einsätzen der Armee ermächtigt hatte, verbreitete die kurdische Nachrichtenagentur „Firat“ am 16. Oktober die Nachricht, Öcalan sei in der Haftanstalt körperlich misshandelt worden. Die KONGRA-GEL-nahe Presse thematisierte dies sehr emotional und traf dabei auf starke Resonanz.

Die YEK-KOM organisierte bundesweit Protestveranstaltungen, an denen in Köln und Hamburg jeweils mehrere tausend Kurden teilnahmen. Überwiegend verliefen die

Kundgebungen friedlich. In Einzelfällen kam es am Rande zu Provokationen der Teilnehmer durch nationalistische Türken.

In Kiel fand, organisiert von der DKG, am 1. November eine friedliche Protestdemonstration mit rund 120 Teilnehmern statt.

3.2.4 Hohes Konfliktpotenzial mit nationalistischen Türken in Deutschland

Parallel zu den friedlichen Protestaktionen wurden im Oktober europaweit gewaltsame Übergriffe, unter anderem Brandanschläge, gegen türkische Einrichtungen verübt, zu denen sich teilweise „apoistische Jugendinitiativen“ (das heißt Öcalan-treue Jugendinitiativen) bekannten.

So attackierte in Nordrhein-Westfalen am 16. Oktober eine „Apoistische Initiative Essen“ das Büro der türkischen Fluggesellschaft THY in Essen mit Steinen. In Bochum bekannte sich die „Apoistische Universitätsjugend“ zu einem Brandanschlag mit Molotow-Cocktails auf ein Studentenwohnheim.

In Berlin-Kreuzberg verursachte laut „Yeni Özgür Politika“ ein Angriff der „Apoistischen Jugend“ auf ein „von türkischen Faschisten“ besuchtes Café am 18. Oktober Sachschaden.

Weitere Anschläge mit KONGRA-GEL-Hintergrund wurden aus Hamburg, Stuttgart und Waiblingen (Baden-Württemberg) bekannt, jedoch nicht aus Schleswig-Holstein.

Körperliche Angriffe extremistisch-nationalistischer Türken auf jugendliche Kurden wurden nach Berichten in kurdischen Medien am Rande des „16. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals“ im September in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) bekannt.

Eine extremistisch-nationalistische türkische Hacker-Gruppe, die sich selbst als „Ayyildiz-Team“ [„Halbmond- und Stern-Team“; nach den Symbolen der türkischen Flagge] bezeichnet, attackierte im Internet Seiten vermeintlicher politischer Gegner, darunter auch solche mit kurdischen Inhalten.

3.3 KONGRA-GEL zwischen „Friedenskurs“ und dem Ringen um internationale Aufmerksamkeit

Seit 1999 praktiziert die PKK bzw. der KONGRA-GEL in Deutschland einen „Friedenskurs“. Im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei erhofft man sich

eine Lösung der Kurdenfrage und will dabei als politischer Gesprächs- und Verhandlungspartner für die Belange der Kurden anerkannt werden. Für eine grundsätzliche Abkehr des KONGRA-GEL vom „Friedenskurs“ gibt es bisher keine Anzeichen.

Genutzt werden in Deutschland mit „offizieller Billigung“ der Organisation nur gewaltfreie und legale Aktionsformen. Allerdings artikulierten im Berichtszeitraum Vertreter KONGRA-GEL-naher Organisationen Enttäuschung über die mangelnde Wahrnehmung kurdischer Interessen durch die europäische Öffentlichkeit und Politik und drohten indirekt mit der Möglichkeit unfriedlicher Aktionen. So zitierte die „Yeni Özgür Politika“ am 28. Oktober eine gemeinsame Presseerklärung verschiedener Verbände, unter anderem der YEK-KOM, in welcher diese „die Tatsache kritisierten, dass die Reaktionen der Kurden in Europa auf die Folter Abdullah Öcalans nicht beachtet würden, und dass niemand sich berufen fühle, einzugreifen. Ferner betonten sie, dass die Kurden selbst für ‚mögliche künftige Aktionen anderer Art‘ nicht verantwortlich zu machen seien.“

„Apoistische“ Jugendliche wurden im Berichtszeitraum in Deutschland gewalttätig, ohne dass Sanktionen der Organisation bekannt wurden. Anlässlich einer KONGRA-GEL-Demonstration am 19. April kam es in Berlin zu Ausschreitungen von zumeist jugendlichen Teilnehmern des Aufzuges gegen Polizeibeamte sowie gegen türkischstämmige Passanten. In einer schriftlichen Stellungnahme erklärte die CDK dazu:

„Wir als CDK beklagen diese rücksichtslosen Angriffe der deutschen Polizei. Wir rufen die deutsche Regierung, die bis jetzt schon nichts unterlassen hat, den demokratischen Kampf unseres Volkes zu kriminalisieren, und die dafür immer mehr Wut und Reaktionen auf sich zieht, dazu auf und warnen sie gleichzeitig, ihre Haltung aufzugeben, gemeinsam mit dem faschistischen türkischen Regime (gegen die Kurden) vorzugehen.“

3.4 Exekutivmaßnahmen gegen den KONGRA-GEL

Am 3. April erklärte der Europäische Gerichtshof die am 2. Mai 2002 erfolgte Aufnahme der PKK und des KONGRA-GEL in die EU-Liste terroristischer Organisationen für nichtig. Eine im April 2007 nachgereichte Begründung durch den Europäischen Rat habe in dem laufenden Verfahren keine Berücksichtigung finden können. Für das in Deutschland bestehende vereinsrechtliche Betätigungsverbot hat das Ur-

teil jedoch keine unmittelbaren Auswirkungen. Die Strafverfahren gegen die Organisation und ihre Funktionäre als „kriminelle Vereinigung“ richten sich seit Jahren nach den Bestimmungen des § 129 Strafgesetzbuch; diese rechtliche Einordnung wird durch das Urteil ebenfalls nicht berührt.

Im Berichtszeitraum wurden bundesweit mehrere aktive und ehemalige Funktionäre des KONGRA-GEL verhaftet und angeklagt. Außerdem wurden kurdische Vereine in Kassel, Hannover und Bremen wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot polizeilich durchsucht.

Am meisten Aufsehen unter der kurdischstämmigen Bevölkerung in Deutschland und den europäischen Nachbarländern erregten 2008 die Exekutivmaßnahmen gegen KONGRA-GEL-nahe Medienunternehmen. Am 13. Juni erließ das Bundesministerium des Innern eine Verbotsverfügung gegen den Betrieb des Fernsehsenders „ROJ TV“. Begründet wurde das Verbot unter anderem damit, dass der Fernsehsender von der verbotenen PKK als Sprachrohr genutzt werde, um ihre Anhängerschaft in Europa mit Nachrichten zu versorgen. Seine Tätigkeit gefährde das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern bzw. verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet. Der Sender rufe Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange hervor.

Gegen das Verbot von „ROJ TV“ erhob sich europaweit eine Protestwelle. Alle KONGRA-GEL-nahen Organisationen gaben in den Medien Protesterklärungen ab, einige deutsche Organisationen und einzelne Bundestagsabgeordnete solidarisierten sich. In zahlreichen Städten Deutschlands hielten Kurden Kundgebungen ab, zum Teil begleitet von Hungerstreikaktionen.

Am 4. Juli demonstrierten rund 60 Personen vor dem Kieler Landeshaus friedlich gegen das Verbot.

Nach einem Bericht in der „Yeni Özgür Politika“ nahmen am 6. Juli mehr als 1.000 Kurden an einer von der DKG in Kiel organisierten „Solidaritätsnacht“ für den Sender teil. Außerdem organisierte die DKG am 7. August einen Informationsstand in der Kieler Fußgängerzone.

In der Türkei wurde am 8. Juli eine Gruppe von dreizehn deutschen Bergsteigern in einem Basislager am Berg Ararat von bewaffneten PKK-Kämpfern überfallen. Sie entführten drei der Bergsteiger und begründeten diese Tat mit dem Protest gegen die Kurdenpolitik der Bundesrepublik, insbesondere gegen das Verbot von „ROJ TV“. Die kurdische Nachrichtenagentur „Firat“ zitierte eine Erklärung, in der die PKK-Führung eine „Eigeninitiative der Provinzkommandantur“ für die Entführung verantwortlich machte. Nach zwölf Tagen wurden die Geiseln unversehrt freigelassen.

In der KONGRA-GEL-nahen Presse wurden im Berichtszeitraum vermehrt Stimmen laut, die aus den Exekutivmaßnahmen gegen den KONGRA-GEL die Schlussfolgerung ableiteten, Deutschland habe als Handlanger der Türkei dem kurdischen Volk den Krieg erklärt. Laut „Yeni Özgür Politika“ vom 26. Juli habe in London eine Gruppe Kurdischstämmiger gegen die „kurdenfeindliche Politik Deutschlands“ protestiert; dabei hätten sie Slogans wie „SS Deutschland“ und „Gestern Hitler, heute Merkel“ skandiert.

3.5 Ausblick

Trotz des „Friedenskurses“ scheint eine Rückkehr der Organisation zu gewalttätigen Aktionsformen jederzeit möglich, wenn die KONGRA-GEL-Führung es für opportun hält. Der Ausgang der Kommunalwahl in der Türkei am 29. März 2009, die weitere Entwicklung der EU-Beitrittsverhandlungen sowie die politische Entwicklung des kurdischen Autonomiegebietes im Nord-Irak bei einem Abzug der US-amerikanischen Truppen werden insofern sicherlich eine Rolle spielen. Ebenso dürfte es Auswirkungen haben, wenn die deutschen Sicherheitsbehörden das vereinsrechtliche Verbot des KONGRA-GEL weiterhin konsequent mit Exekutivmaßnahmen durchsetzen.

4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2006 bis 2008

	2006	2007	2008
Türkische Organisationen			
• linksextremistische Gruppen	50	50	50

• islamistische Gruppen	480	480	470
• extrem-nationalistische Gruppen	450	450	420
Kurdische Organisationen	650	650	650
Iranische Organisationen	30	25	25
Arabische Organisationen sowie nicht eindeutig zuzuordnende Einzelpersonen aus dem Spektrum arabischer Islamisten	80	80	85
Gesamt Land	1.740	1.735	1.700
Gesamt Bund	57.400	58.420	59.470